

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 25 Pf. Frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Mehrerer Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechs-spaltigen Kolonnen  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 9. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Die Wucherphalange.

Die Rede, die am Freitag der Reichskanzler vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat hielt, verfolgt das Ziel, dieselbe „geschlossene Schlichtordnung“ für den Brotwucher zu schaffen, die an demselben Tage die Unwahrhaftigkeiten der deutschen Marinepolitik schäufte. Ungefähr dieselben Parteien, welche die Täuschung des Parlaments und des deutschen Volkes in seiner Selbsterniedrigung beschönigen, werden aufgerufen zur Sammlung um das schändliche Wuchergesetz, das dem deutschen Volke ungeheure Belastung auferlegen soll.

Graf Bülow hat den Wucherbereiten die vielverlangte „Macht“ gegeben, indem er die neuliche Warnungsnote der „Nordd. Allg. Ztg.“ ausführlich ergänzte. Er hat nicht mehr davon gesprochen, daß durch weitergehende Forderungen der Agrarier die Vorlage „ernstlich gefährdet“ werde, er hat derartige Forderungen rundweg für unannehmbar erklärt. Er hat allerdings andererseits auch die liberale Legende befestigt, als ob der Kaiser, der einst das Wort vom Brotwucher gesprochen, nicht mit ihm, dem Kanzler, in der Beurteilung der Tarifvorlage übereinstimme. Eine Erklärung für den Wechsel in den Anschauungen des Kaisers über diese Fragen binnen wenigen Jahren hat Graf Bülow ebensowenig gegeben wie der Kaiser selbst, der seit langem über die Angelegenheiten der Landwirtschaft und insbesondere über die Zollfrage beharrliches Schweigen beobachtet hat.

Es ist nicht zu zweifeln, daß die konservative Partei, die bereits seit der Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ den Zollrückzug antrat, jetzt in dieser Rückwärtsbewegung fortfahren wird. Noch schweigt die „Kreuzzeitung“ und erwartet den Ratsschluß der Parteiführer. Vermutlich wird sie alsbald sich noch zu einem letzten kleinen Scheingefecht entschließen, ähnlich demjenigen, in das die „Germania“ bereits eintritt. Das Centrumsbüro gibt sich den grotesken Anschein, als seien die Ankündigungen des Reichskanzlers noch immer nicht klar und bestimmt genug, noch immer nicht das „letzte Wort“, als sei es vielleicht möglich, doch noch etwas mehr zu erreichen als die Regierungsvorlage gewährt. Man will die „notleidenden“ Freunde allmählich daran gewöhnen, daß die weitergehenden Forderungen doch immerhin den Zweck erreicht hätten, die von der Zollopposition geforderte Herabsetzung der Regierungsvorschläge zu verhindern. Freilich, so wird man verkünden, sei es sehr bedauerlich, daß der „genügend“ Schutz für die Landwirtschaft nicht erreicht werde; um so mehr müsse, bei so großen „Opfern“, die die Landwirtschaft bringe, die Regierung durch weitere Maßnahmen Hilfe bringen. So wird man zögernd den Wucherer als „Abblagezahlung“ annehmen und behält die Gelegenheit zu neuen Klagen und neuen Forderungen.

Zur Erleichterung dieser Lasten hält man sich die „Unentwegten“ vom Bund der Landwirte. Die „Deutsche Tageszeitung“ spielt die Rolle der Enttäuschten und Enttäuschten fort, die sich nicht zur Regierungsvorlage befehlen wollen und vermutlich auch nicht befehlen werden. Was verschlägt's, wenn ein Duzend Abgeordneter um Wangenheim und Oertel wirklich „unerbittlich“ bleiben und gegen die Vorlage stimmen? Sie haben der Regierung den Lebensmittelwucher aufgezwungen, sie beginnen jetzt schon agitatorisch und parlamentarisch die Vorbereitung neuer Erpressungsversuche. Herr Oertel antwortet in der „Deutschen Tageszeitung“ also auf die Kanzlerrede:

„Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß nunmehr die lauen sogenannten Freunde der Landwirtschaft, die schwankenden Gestalten, die gar zu gern von einer Regierungserklärung sich bestimmen lassen und an ihr Halt und Deckung suchen, ihre Stimme erheben werden, um allen weiteren Forderungen die Berechtigung abzuspülen und denjenigen als einen unklugen und rabiaten Politiker zu bezeichnen, welcher sich nicht ohne weiteres der Anschauung und Führung des Reichskanzlers löblich unterwirft. Ob die Hoffnung, die Graf Bülow bezüglich des Landwirtschaftsrats ausspricht, sie erfüllen werde, ist zweifelhaft. Der Landwirtschaftsrat würde sich in einem unversöhnlichen Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit der deutschen Landwirte stellen, wenn er sich nunmehr mit dem Zolltariffentwurf begnügen wollte. Aber damit wird unbedingt zu rechnen sein, daß im Reichstage sich manche, vielleicht viele Abgeordnete mit Freunden hinter die Erklärung des Reichskanzlers verschauen und ihre landwirtschaftlichen Wähler damit zu trösten suchen werden, daß nach dieser Rede von autoritativer Stelle keine Aussicht vorhanden sei, mehr zu erreichen.“

Weiter bewährt das Bündlerblatt sein in den Kanakämpfen entdecktes konstitutionelles Gewissen, fordert die Wucherparteien zum Verharren bei den höheren Forderungen auf, denen dann die Regierung verfassungsmäßige Beachtung schenken müsse. Die „Deutsche Tageszeitung“ jedenfalls sei nicht im mindesten gekommen, ihren festen, wohlverwogenen, unangreifbaren Standpunkt preiszugeben. Habe aber der Reichskanzler wirklich sein letztes und entscheidendes Wort gesprochen, dann solle man die Vorlage ihrem Schicksal überlassen und zugleich der Regierung die Verantwortung für das Scheitern des ganzen Werkes.

Zu Circus Busch wird es am Montag ähnlich klingen, natürlich in der berberen Tonart der Diste und Rupprechte. Aber für die wirkliche Stellungnahme der konservativen Partei wird das wenig Bedeutung haben. Sie ist geneigt zum Hungerpakt mit der Regierung und sie wird ihn vollziehen. Und das Centrum wird folgen, sobald es die äußersten Bündler losgelöst sieht vom konservativen Gros. Die „ernstliche Gefährdung“ der Regierungsvorlage treibt zur ernstlichen Einigung der Wucherparteien, zur „geschlossenen Schlichtordnung“, zu der der Reichskanzler rief.

Damit ist der Zollkampf auf den Boden gestellt, auf dem die Socialdemokratie seine Ausbringung stets erwartet hat. Wir haben immer und immer in der Regierungsvorlage den Feind gesehen und nie unsere Kraft durch die agrarischen Ueberzüge ablenken lassen, wie es der Liberalismus häufig that, der auch jetzt

wieder thöricht frohlockt, daß die agrarischen Ueberforderungen beseitigt seien, während in Wahrheit die Wuchergefahr gewachsen ist. Freilich stand damit dem Wucherer nicht alle Wege gebahnt. Keineswegs!

Auf dem Festmahle des Landwirtschaftsrats unternahm es der brennische Minister des Innern v. Hammerstein, den Präsidenten des Reichstags gegen die Zollopposition zu schärfen. Man fürchtet die Gewissenhaftigkeit, in der bisher Präsident von Walldorf die Rechte auch der Minderheit im Reichstage geachtet hat, als Hindernis für die Durchführung des Zollplanes. Der preussische Minister suchte in einem Toast auf Herrn v. Walldorf diese Gewissenhaftigkeit zu erschüttern, indem er sagte:

„Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Graf v. Walldorf bei aller Unparteilichkeit doch dazu beitragen wird, daß der Tarifentwurf Geschehtrasterhält.“

Graf Walldorf, der persönliche Freund der Zollvorlage, wehrte sonst die Zustimmung gegen seine Präsidentschaft ab und sagte in beachtenswerter Beurteilung der zu erwartenden Ereignisse:

„Der Präsident ist — das muß ich doch richtig stellen — der hilfloseste Mensch. Jeder Parlamentarier vermag mehr, besonders wenn er im Rahmen der Geschäftsordnung bleibt. (Stürmische Heiterkeit.) Inmitten besitze ich einigen Einfluß, und das ist, der ich auf dem Lande geboren bin, kein Feind der Landwirtschaft bin, das dürfen Sie mir schon glauben. Jedenfalls werde ich alles thun, um den berechtigten Forderungen zum Siege zu verhelfen. (Bravo!) Aber einzig, Herren, müssen Sie sein! Nach meiner Ueberzeugung bekommen Sie das Gesetz nicht durch, wenn Sie nicht einzig sind. Das Geschick der Vorlage — so viel dürfen Sie meiner parlamentarischen Erfahrung schon zutrauen — ist selbst in seiner jetzigen Gestalt noch keineswegs sicher. Darum also mahne ich Sie zum Zusammenhalten und so trinke ich auf die Einigkeit zwischen den auf dem Boden des Geschehtraster stehenden Parteien und der hohen verbündeten Regierungen.“

Wahrscheinlich hat der Reichstagspräsident bei diesen Worten auch an die Anträge seiner Centrumsfreunde hinsichtlich der städtischen Oltoids und der Witwen- und Waisenversicherung gedacht. Diese Anträge sowie die Anträge der Zollopposition bedürfen gründlicher Beratung. Es wird sich fragen, wie sich die Regierung zu den Centrumsanträgen, deren Annahme im Reichstage gesichert ist — wenn das Centrum selbst sie nicht vertritt! — stellen wird.

Auch nicht der Holleiser des Herrn v. Kardorff wird die eingehende Verhandlung über die Anträge der oppositionellen Parteien, durch die der Wucherer tarif gemildert werden soll, verhindern können. Jedes Gewaltmittel würde Gegenmaßregeln der Opposition herausfordern und die Situation verschärfen.

Das deutsche Volk begleitet die Fortsetzung des Zollkampfes mit erregtester Anteilnahme. Da die lange Ernüchterung der Massen gefährdet ist und alle Lebensbedürfnisse der Unbemittelten bedroht sind, wird die Empörung des Volkes, die aus der Wahl von Döbeln emporschlug, in jedem weiteren Stadium des Zollkampfes mächtiger auflodern.

Am parlamentarischen Widerstand der Socialdemokratie, der sich auf den wachsenden Widerstand des Volkes stützt, wird der Zollfrevel zerfallen!

### Die Brauntweinsteuer-Kommission des Reichstags

Am Freitagabend zunächst wieder in eine längere Geschäftsordnungsdebatte ein, die zu dem Ergebnis führte, daß zunächst die Generaldiskussion zu Ende geführt und sodann in der Specialdiskussion für jeder einzelnen Bestimmung festzustellen werden soll, ob und eventuell wie sie mit dem in der dritten Lesung angenommenen Torso der Regierungsvorlage in Einklang zu bringen ist.

Hg. Müller-Fulda (C.) erklärte in der wieder aufgenommenen Generaldiskussion den Denaturierungszwang der Regierungsvorlage für das schlimmste, was es geben könne. Demgegenüber sei selbst der Antrag Semler vorzuziehen, der gewissermaßen nur einen „dolus eventualis“ des Denaturierungszwanges“ darstelle. Noch besser sei es, an dem alten System der Brauntweinsteuer, das sich schon eingebürgert habe, festzuhalten und dieses weiter auszubauen. Jedenfalls dürften die Ueberproduktionsbrenner, die sogenannten Nordbrenner, keinen Vorteil davon haben, daß sie bisher zu viel gedramt hätten. Die Maischraumsteuer sei wie bereits der „Popfin“ der preussischen Armee; sie sei so überständig, daß sie schleunigt beseitigt werden müsse, schon deshalb, weil sie eine „Bestrafung der Armut der Brennerbesitzer“ sei.

Hg. Gamp (Sp.) spricht sich gleichfalls für Aufhebung der Maischraumsteuer aus, wünscht aber die aus ihr entstehenden Vorteile für die Brenner aus dem Reichsfiskus (die versteckte Prämie von 4 M.) auch nach ihrer Aufhebung den Brennern zu erhalten. Es werde nicht möglich sein, das Petroleum oder die Steinkohle durch Spiritus zu verdrängen oder auch nur zu ersetzen. Die mittleren Betriebe seien an der Ueberproduktion schuld. Diese würden von dem Antrag Semler getroffen, und darin liege sein Vorzug. Einerseits werde der Preis des Brauntweins nach dem System Semler sich heben, andererseits aber auch der denaturierte Spiritus künstlich im Preise gehoben werden.

Hg. Dr. Paasche (nall.) erkennt die Mängel der Maischraumsteuer an; die Technik der Brenner sei aber darauf eingerichtet. Gerade die kleinen Betriebe würden sich am schwersten auf ein neues System einrichten können. Die 4 Mark-Prämie müsse dem Gewerbe voll erhalten bleiben. Undenkbar sei es nicht, das Petroleum durch denaturierten Spiritus zu verdrängen, da der Kartoffelbau noch weit größere Erträge liefern könne. Es dürfe aber nicht, wie es durch den Antrag Semler geschieht, noch ein zweites Kontingent eingeführt werden; schon das erste habe 20000 Brenner unzufrieden gemacht, das zweite würde die Zahl der Unzufriedenen noch vergrößern. Dies seien Mängel des Antrages Semler, der deshalb verfehlt sei. Er bedauere

die bisherige Sentimentalität gegen die kleinen Brenner; es sei erfreulich, daß der Antrag Arenberg auch diese schärf anfaße. Am besten seien aber die Regierungsvorschläge. Die Uebergabe von 20 M. per Hektoliter Spiritus müsse allmählich abgeschafft und das Kontingent allmählich beseitigt werden.

Hg. Wurm (Soz.): Alle vorliegenden Anträge seien gegen, nicht für die Spiritusproduktion gerichtet; sie sollten nur gewissen Sorten von Brennern zu gute kommen. Die Prämienwirtschaft führt den Kartoffelbau wie die Landwirtschaft auf ganz falsche Bahnen. So sei z. B. die verkehrte Geseggebung daran schuld, wenn aus der Ueberernte oder der Melasse nicht Spiritus erzielt werden dürfe. Ebenso werde durch sie verhindert, den Torf zur Spiritusfabrikation zu verwenden. Diese Geseggebung sei das Gegenteil einer „nationalen“ Wirtschaftspolitik. Wenn aber schon der Spiritus nur aus Kartoffeln, Getreide, Melasse u. s. w. hergestellt werden solle, dann dürfe man doch nicht die kleinen Landwirte durch eine Straffsteuer belasten. Der Antrag Semler sei nur zu Gunsten der großen gewerblichen Brennerien ausgearbeitet. Warum soll hier der freie Wettbewerb einge-schränkt werden? Der Antrag Semler gehe von dem Grundsatze aus: O gültiger Sankt — oder vielmehr Dr. Florian, verschön' mein Haus, zünd' andre an! Das einzig Richtige sei, wenn man überhaupt eine Steuer wolle, wogegen Redner grundsätzlich ist, eine Substitutionssteuer. In dieser Hinsicht habe der Antrag Müller-Fulda, der die Maischraumsteuer abschaffen will, einen großen Vorzug. Es sei bezeichnend, daß Hg. Gamp jetzt die versteckte Prämie bei der Maischraumsteuer anerkennt, deren Existenz er früher hartnäckig bestritten hat. Herr Semler wolle sowohl den Brauntwein, wie den denaturierten Spiritus im Preise fixieren. Gegen die heutige Privilegienwirtschaft in der Brauntweinsteuerung richte sich die Opposition der politischen Freunde des Redners.

Hg. Dr. Semler (nall.) verteidigt seinen Antrag gegen die Angriffe der Vorredner. Bei einem Preise von 16 M. für denaturierten Spiritus sei die Konkurrenz mit Benzin, Petroleum u. s. w. möglich. Ein solcher Preis für denaturierten Spiritus ergebe nach seinem Antrage einen Preis von 47 M. für rohen, und von 30 M. für rektifizierten Brauntwein, und erbringe dem Brenner für beiderlei Spiritus einen Durchschnittspreis von 36 M. 16 Pf. Das sei zunächst der Kontingentsprei von 20 M. ein Preis, bei dem sich leben lasse. Sein Antrag bewirke eine energische Produktionsbeschränkung und eine erträgliche Preiserhöhung.

Hg. Wurm stellt dem Hg. Semler gegenüber fest, daß dieser thätigst laut Protokoll gejagt habe, er halte es für seine Aufgabe, das Entschieden weiterer kleiner Brennerien zu verhindern.

Zu der Sonnabendigung führte Hg. Semler (nall.) aus, die „Nordbrenner“ würden durch seinen Antrag am schärfsten getroffen. Die süddeutschen Brennerien kämen aber dabei besser weg als nach dem Antrage Arenberg. Die kleinen Brenner und die Qualitätsbrenner lasse sein Antrag ganz frei. Er ergebe hohe Preise für Brauntwein und niedrige für denaturierten Spiritus.

Hg. Dr. v. Romerowski (Pole) teilte diese Auffassung, beanstandete aber den Antrag Semler insofern, als dieser die gewerblichen Brennerien gegenüber den landwirtschaftlichen Brennerien bevorzugt. Für den Antrag Müller-Fulda spreche zwar, daß er die Maischraumsteuer, die ein Anachronismus sei, beseitigen wolle; doch solle auch schwer ins Gewicht, daß dieser Antrag eine Bestrafung der technischen Fortschritte darstelle. Ferner sei seitens der verbündeten Regierungen diesem Antrage grundsätzlich widersprochen worden.

Hg. Lutz-Batenshausen (D. d. L.): Der Widerspruch der verbündeten Regierungen gegen die Aufhebung der Maischraumsteuer sei nicht so ernst zu nehmen. Er stelle sich deshalb grundsätzlich auf den Boden des Antrages Müller-Fulda.

Hg. Osh (Sp.) erklärte, das Endziel der Brauntweinsteuer-geseggebung müsse nicht die Spiritusproduktion, sondern eine Förderung der Landeskultur sein. Deshalb dürfe nur die Kartoffelbrennerie begünstigt, nicht aber eine Rüben- oder Torf-Spiritus-Fabrikation ermöglicht werden. Die Anträge Arenberg und Semler gefielen ihm deshalb nicht so gut wie die Regierungsvorlage; er wolle aber sein letztes Wort noch nicht sprechen.

Hg. Dietrich (L.) erklärte, er habe keine Beziehungen zur Spirituscentralen. Der Antrag Semler bedeute eine Beschränkung der Produktion, wie sie früher kaum gedacht werden könne. Eine solche Maßnahme liege freilich im Interesse des Kluges, widerspreche aber dem landwirtschaftlichen Interesse. Er, Redner, wünsche, daß eine gewerbliche Verwertung der anderweitig nicht verwertbaren Kartoffeln in wachsendem Umfange ermöglicht werde. Das Operieren mit dem Schlagwort „Nordbrenner“ sei sehr bedenklich. Die Regierungsvorlage bilde die sicherste und wertvollste Grundlage. Er bedauere, daß die Aufhebung der Maischraumsteuer in die Debatte geworfen sei. Diese Frage könne nur in einer Resolution angefochten werden, damit sich die Industrie darauf einrichten könne. Er empfehle, den Antrag Arenberg zu Grunde zu legen.

Hg. Lutz (C.) empfahl, die Kartoffeln zur Schweinezucht zu verwerten. Bei der Maischraumsteuer sei der ehrlüche Brenner im Nachteil, da sehr viel Hinterziehungen vorkämen. Die kleinen Brenner hätten sich schon mit der Aufhebung dieser Steuer befreundet. Die Steuerfreiheit des Spiritus für die Apotheker müsse beseitigt werden.

Unterstaatssekretär v. Hoyer erklärte: Entweder wolle der Reichstag eine neue Brennsteuer auf Zeit; dafür biete der Antrag Arenberg nach Auffassung der Regierung eine brauchbare Grundlage. Oder aber der Reichstag wolle eine dauernde Regelung der Brauntweinsteuer; für diesen Fall komme erstens die Regierungsvorlage, zweitens der Antrag Semler in Frage. Der Antrag Semler greife aber zu scharf in die Spiritusindustrie ein; so, wie er vorliege, sei er unannehmbar, in gemildert und ausgebauter Form aber vielleicht nicht abzuweisen. Drittens liege die Möglichkeit vor, daß der Reichstag eine gänzliche Umwälzung der Geseggebung wolle. Keinesfalls könne die Maischraumsteuer beseitigt werden ohne gleichzeitige entsprechende Vergünstigungen für die beteiligten landwirtschaftlichen Interessen.

Hg. Müller-Fulda (C.) führte aus: Dieselben Bedenken wie jetzt gegen Aufhebung der Maischraumsteuer seien früher auch gegen die Aufhebung der Rübensteuer geltend gemacht worden. Einmal

müsse die Maßschraumbreite doch beseitigt werden. Er beantragte Verlegung der Entscheidung über die grundsätzliche Frage, ob die Maßschraumbreite aufgehoben werden solle oder nicht, bis das vom Abg. Semler und von Herrn v. Tiedemann-Seeborn in Aussicht gestellte Material eingegangen sei.

Geh. Rat **Corrauber** wies auf die einzelnen formellen und materiellen Schwierigkeiten hin, die der Antrag Müller-Gulda im Gefolge haben müsse.

Darauf wurde nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte beschlossen, die nächste Sitzung Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, abzuhalten.

## Politische Uebersicht.

Verku, den 8. Februar.

### 60 Millionen jährlich für Landwege und Kanäle.

Die socialdemokratischen Mitglieder der Zolltariffmission haben im Interesse der Kleinbauern folgenden Antrag als § 10b eingebracht:

Aus den Erträgen der Zölle, die bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, sind jährlich 60 Millionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kleinbauern, insbesondere durch **Verbesserung und Bau von Landwegen und Kanälen**, zu verwenden.

Ueber die Art der Verwendung hat alljährlich der Reichstag zu beschließen.

Dass dieser Antrag im Interesse der Kleinbauern, der Landwirtschaft und Kultur liegt, lässt sich nicht leugnen. Es bleibt abzuwarten, ob die Agrarier den Antrag dennoch bekämpfen werden, wiewohl der Antrag der auch von dem Landwirtschaftsminister v. Podbielski geteilten Ansicht entspricht, dass eine Verbesserung der Verkehrswege der Landwirtschaft zum Vorteil gereichen würde. Die konservativen Kanalgegner freilich sind keine Freunde der Landwirtschaft, sondern Freunde einer Aufzucht des Kleinbäuerlein durch einen schlecht bewirtschafteten Großgrundbesitz.

### Die Justiz im Reichstag.

Der Reichstag war Sonnabend bei Beginn recht lässig besetzt. Es hatten sich etwa 20 Abgeordnete eingefunden, deren Zahl sich im Verlaufe der Sitzung ungefähr verdreifachte. Der Etat des Reichs-Schatzamtes wurde ohne Debatte genehmigt, so dass Freiherr v. Bismarck seine Mappe bald zusammenpacken konnte.

Herr **Nieberding**, dessen Etat dann an die Reihe kam, schien mit dieser Ette nicht gerechnet zu haben, denn seine Bureaukratenfigur leuchtete erst auf, als der erste Redner, Genosse **Heine**, mit seiner Kritik des Falles Bredendbed fast zu Ende war. Heine hatte sich dabei mit besonderer Schärfe gegen den preussischen Minister des Innern, Freiherrn v. Hammerstein, gewendet, der im preussischen Abgeordnetenhaus die Gelegenheit bei den Saaren herbeigezogen hat, den Genossen Bredendbed durch die Bezeichnung Sigredacteur zu verunglimpfen. Unser Redner zog einen wichtigen Vergleich zwischen den bei uns üblichen gewöhnlichen Sigministern, die von ihnen gegenzeichnete Regierungshandlungen vor dem Parlament nicht vertreten, und den sog. Sigredactoren. Der einzelne Fall des Genossen Bredendbed gestaltete sich im weiteren Verlauf von Heines Rede zu einem Symptom des ganzen Systems. Dabei wurde die Art und Weise, wie in Preußen politische Gefangene behandelt werden, wirksam kontrastiert mit der cavaliermäßigen Zügellosigkeit gegen Verbrecher wie etwa Prinz Arenberg. Dann wandte sich Heine mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, den Erpressungsparagrafen gegen Gelehrtschaffler in Bewegung zu setzen und wünschte Aufklärung über einen gemeinsamen Erlaß der preussischen Minister des Innern und der Justiz, der die Behörden mit entsprechenden Weisungen versehen haben soll.

Zum Schluss forderte unser Redner wieder einmal eine einheitliche Regelung des Strafvollzugs, wobei er die Vereinbarung der Regierungen über ein Strafvollzugs-Reglement als Umgehung des Gesetzgebungsrechts des Reichstags bezeichnete.

Die Antwort des Herrn **Nieberding** umging in gewohnter Weise alle unangenehmen Punkte. Seit Jahren verschanzt sich der Justizsekretär hinter seiner Ohnmacht den Einzelstaaten gegenüber, sobald im Reichstage die Ausführung der Rechtspflege an einzelnen Krassen Fällen beleuchtet wird. So lehnte er auch diesmal eine Auskunft über den Erlaß der beiden preussischen Minister ab, weil es sich dabei um eine intime Resorrtangelegenheit eines Einzelstaates gehandelt habe. Für die Fesselung Bredendbeds hatte Herr Nieberding einen leisen Tadel, den er aber vielleicht nur aussprach, um bei dieser Gelegenheit dem Rechtsanwalt Heine nachsagen zu können, daß er preussische Gerichte als eine Schande bezeichnet hatte. Das hatte aber in Heines Worten durchaus nicht gelegen.

Von den andern Parteien kamen heute das Centrum, die National-liberalen, die Polen und die freisinnige Volkspartei zu Worte. Herr **Gröber** empfahl mit wenigen Worten den Duellantrag des Centrums, der dem Zweikampf durch Verhängung scharferer Strafen beifolgt. Herr **Dr. Esche** trat für die vernünftige Forderung ein, die Strafmündigkeit von dem zwölften auf das vierzehnte Lebensjahr zu erhöhen.

Sehr unvernünftig aber war sein Verlangen, die Strafen wegen Beleidigung zu verschärfen und selbst das Justizhaus auf Verleumdungen zu setzen.

Der Pole **v. Dzierzowski** trug Beschwerden über parteiische Rechtspflege in nationalen Fragen vor und Herr **Dr. Müller-Werning** n schloß sich für die Beilegung des Zeugniszwangsverfahrens gegen Redaktoren ein. Recht glücklich polemisierte der freisinnige Redner gegen die Prügelstrafe. Er verstand es dabei, die widerliche Vorliebe zur Sprache zu bringen, die ein deutscher Ceremoniarius für die höchstgehörigste Verabreichung von Prügel an Kindern empfindet, die, zu Gefängnis verurteilt, auf diese Weise von ihm begnadigt werden.

Es soll Leute in Deutschland geben, denen diese Vorgänge unbekannt sind; zu ihnen gehört der Staatssekretär des Justizamts, dem amtlich nichts darüber zu Ohren gekommen ist. Erkundigungen will Herr Nieberding nicht eingehen. Er scheint diplomatische Verwicklungen zu befürchten. So kam also ruhig weiter geprägelt werden.

Auf die vielen Anfragen, die sonst noch an den Staatssekretär gestellt waren, hatte er wenig tröstliche Antworten.

Zum Schluss rechnete Heine noch einmal gründlich mit Herrn Nieberding ab. Den Duellantrag des Centrums nannte er utopisch. Die Regierung wird sich nie entschließen, härtere Strafen gegen das Duell einzuführen, weil sie zu innig mit den Junkern verbunden ist, zu deren Traditionen das Duell gehört. Will man das Duell beseitigen, so muß man zuerst die Macht der Junker brechen, die gerade das Centrum systematisch stützt. Mit aller Entschiedenheit wandte sich Heine gegen den Gedanken, die Strafen für Beleidigungen zu verschärfen, ein Vorschlag, der nur zur Ersüdung der öffentlichen Kritik führen könnte.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt.

### Die Boeren und Zolltarif im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Sonnabend fast durchweg mit Fragen, die zur Kompetenz des Reichstags gehören. Zunächst lenkte Abg. **Vüthhoff** (ft.), ein Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des deutschen Boerenkomitees, die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Zustände in den Konzentrationslagern. Das Komitee hat den Grafen **Vilow** in einer Eingabe ersucht, auf diplomatischem Wege dafür zu sorgen, daß die freiwilligen Boeren, die in Deutschland gesammelt werden, auch in den Konzentrationslagern verteilt werden können. **Graf Vilow hat diese Eingabe unbeantwortet** gelassen und ist auch, obwohl ihm mitgeteilt war, daß die Angelegenheit bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums zur Sprache kommen würde, nicht im Hause erschienen. Das erregte den Zorn, insbesondere der Herren von der Rechten, und dieser Zorn wurde noch gesteigert, als ein Regierungskommissar die Bemerkung machte, daß es sich hier um eine Reichsangelegenheit handle. Obwohl die Mitglieder des Hauses nach der Verfassung die Anwesenheit der Minister verlangen können, schreckten sie doch davor zurück, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, und begnügten sich mit Sympathieausdrücken für die Sache der Boeren. Sämtliche Parteien waren darin einig, daß es sich bei dem Vorgehen des Boerenkomitees nicht um eine politische Angelegenheit, sondern um eine Sache der Warmherzigkeit handle.

Die Beratung der Einnahmen des Etats der Berg-, Sütten- und Salinenverwaltung wurde in der Hauptsache durch eine **Debatte über den Zolltarif** ausgefüllt. Die Hochschutzzöllner, Graf **Kanitz** (l.) und **Dr. Arendt** (ft.), fordern energisch einen hohen Zoll auf Kupfer, Zink und Blei, Kohlstoffe, die jetzt zollfrei sind und für die auch der Zolltarif-Entwurf keinen Zoll vorsieht. Die Abgg. **Gothein** (fr. Vg.), **Schmieding** (natl.) und **Dr. Barth** (fr. Vg.) bekämpften diese Forderung, während Minister **Müller** durchblicken ließ, daß er, falls der Reichstag einen Kupferzoll beschließen sollte, sich zum mindesten nicht ablehnend dazu verhalten würde.

Recht charakteristisch war die Begründung des Kupferzolls durch den Abg. **Dr. Arendt**. Sein Wahlkreis ist der einzige, der von einem solchen Zoll Vorteil haben könnte. **Dr. Arendt** vertrat also lediglich Sonderinteressen, die er mit dem Hinweis auf die Königstreue der den socialdemokratischen Lehren noch unzugänglichen Mansfelder Bergarbeiter motivierte. Im übrigen fassete er, ebenso wie Graf Kanitz, ein langes und breites von dem nothleidenden Bergbau, dem durch die sociale Gesetzgebung große Opfer auferlegt seien.

Ueberhaupt war Herr **Arendt** recht redelustig; unter seinen vielen Reden fehlte auch die berühmte **Silberrede** nicht, die nur insofern eine kleine Variation enthielt, als er die kühne und taktlose Behauptung aufstellte, daß die Doppelwährung nur infolge eines groben Wortbruchs des englischen Ministeriums noch nicht in Amerika eingeführt sei.

In einem gewissen Zusammenhang mit der Etatsberatung stand eigentlich nur die Mitteilung des Ministers **Müller**, daß dem Hause wahrscheinlich schon in aller nächster Zeit eine Vorlage betreffend Bewilligung von 58 Millionen Mark für Grubenankäufe in Westfalen zugehen werde.

Am Montag wird die Beratung fortgesetzt.

### Konservative Ministerführer.

Während die Konservativen sich stets als die treuesten Hüter der Kronrechte aufspielen, zu deren wichtigsten die Entlassung und Ernennung von Ministern gehört, haben sie in Sachen, wo sie allmächtig sind, soeben ein Ministerium so schön und munter gestürzt, wie eine solche Aktion nur in einer demokratischen Republik ausgeführt werden kann; das angestammte Königshaus wurde nicht im mindesten zur Beihilfe bemüht. Die Konservativen besorgten das Geschäft ganz allein.

Das sächsische Ministerium hat demissioniert. Was ist geschehen? Hat der Ausfall der Döbelner Wahl dem Ministerium die plötzliche Einsticht verschafft, daß er wider den Willen der Mehrheit des sächsischen Volkes die Staatsgeschäfte führt? Fehlt ihm die Stütze der aus dem Landtag „beseitigten“ socialdemokratischen Fraktion? Fällt es infolge eines perfiden Trenntrugs der — freilich allzeit intriganten — Hofratspartei? Oder weiß es sich in der von ihm mitverschuldeten Finanznot des Staats keinen Rat und keinen Ausweg mehr?

Diese und noch andre Fragen beschäftigen heut und in den nächsten Tagen die politisch reglosen Staatsbürger Sachsens, ohne daß auf eine einzelne eine Frage entschiedene, trefflichere Antwort gegeben werden konnte. In einer Zwidmühle hat sich das Ministerium Weich seit seiner Installation befunden, das steht für Kerner der sächsischen Verhältnisse fest. Emporgehoben von der Adernmann'schen Hofratspartei, die im Familienkreise von Dr. **Rehner** weitergeführt wird, mußte dieses jener Partei dienstfertige Ministerium auch an der Politik dieser Partei scheitern. Es ist doch selbstverständlich, daß die Wacker jener Partei endlich einmal selbst an der Stelle stehen wollen, an die sie auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Hintertreppchenpolitik Warmhalter der ersehnten Ministerstesse speidieren hatten. Und nun ist der erste Augenblick da! Was da — die Entrepreneur des Dreiklassen-Wahlsystems gehören an die Stelle, die ihre getreuen Willensvollzieher bisher einnahmen! Oder glaubt man wirklich, daß die zwar verfassungswidrigen, aber nicht allzu aufsehenerregenden Ueberehrungen beim Bau der Chemnitzthalbahn das Gesamtministerium zur Demission gezwungen haben? Es wäre lächerlich, die im Dreiklassen-Vertrag aufgeführte Entrüstungssarce über dieses Verkehrsmittel als die Ursache des Sturzes des Ministeriums gelten zu lassen. Dieser Sturz ist nur das Ergebnis der Maßlosigkeit unter den herrschenden Klassen um die Fäden der Regierung.

Was steht nicht fest, wer purzelt. Seit Jahren wählt die Hofratspartei, um den Finanzminister auszuschiffen, dessen Flay der Kammerpräsident **Rehner** glaubt besser ausfüllen zu können. Und die Solidaritätsklärung des Gesamtministeriums ändert nichts an der Thatsache, daß die Hofratspartei im Ministerium selbst Unterstützung für ihre Pläne fand. Es ist also eine Rekonstruktion des Ministeriums ohne den Finanzminister nicht ausgeschlossen.

Am Donnerstagsabend hatte der mit dem König in Leipzig weilende Kultusminister noch keine Ahnung von der bevorstehenden Katastrophe und beide sollen nicht wenig erstaunt gewesen sein über diese Entwicklung des Konflikts.

Daß auch Nationalliberale am Sturz des Ministeriums mitwirkten, ist nicht verwunderlich; bei Staatsintrigen sind sie immer bereitwillige Helfer gewesen und hoffen, es werde für sie bei einer Änderung etwas abfallen. Sehen sie aber leer aus, dann genügt es ihnen, mitzutanzen zu werden.

Die Finanzwirtschaft v. **Baydors** kann der Anlaß zu seinem oder des Gesamtministeriums Sturz nicht sein, denn diese Wirtschaft ist nur im Auftrage der liebedürftig wirtschaftenden, herrschenden konservativen Kammermehrheit geführt worden. Es müßte denn das

Ministerium selbst die Gelegenheit ergriffen haben, das nun schwankende Finanzschiff zu verlassen. Dazu ist es aber mit der konservativen Partei zu sehr eines Sinnes gewesen.

Au eine Änderung des Systems ist nicht zu denken, wie auch dieser „Sturm im Glase Wasser“ enden mag.

Aus Dresden meldet uns ein Privat-Telegramm über die Ministerkrise:

Die Lage ist noch immer ungesichert. Heute nachmittags 5 Uhr findet eine Sitzung des Gesamtministeriums statt. Die Meldung, daß der Kammerpräsident **Dr. Rehner** als Ministerpräsident in Frage komme, ist nicht gerade wahrscheinlich. Er würde zu große finanzielle Einbußen erleiden, wenn er auf seine jetzigen Einnahmen verzichten müßte.

Das amtliche „Dressener Journal“ sagt heute über die Verlegung der Kronrechte. Es müßte, schreibt das Blatt, sehr seltsam an, daß von konservativer Seite ein Ministerwechsel gefordert würde, obgleich die Wahl der Minister ein unantastbares Recht der Krone sei. Das Blatt beschränkt sich weiter über die Kampfweise der Ministerführer, über ihre Preßtreiben, wie sie schon im vorigen Sommer erfolgten; man habe die Verfolgung der Minister gefordert, so daß schließlich dem Ministerium nichts andres übrig blieb als zu demissionieren.

Das Wochenblättchen „Dressener Rundschau“ ist wegen einer Karikatur auf den Finanzminister beschlagnahmt worden.

### Die Sumpfsache.

Die halb verächtliche, halb lächerliche Rolle, die bei der Tirpitz-Debatte die Vorträger der bürgerlichen Parteien v. **Roos** über Müller-Gulda bis Barth spielten, ist zum wesentlichen Teil zurückzuführen auf eine mit Hochdruck betriebene Kollisionsarbeit.

Am lustigsten hat man gewisse Freisinnigen zum Narren gehalten. Man hat sie bei ihrer seit einem Jahrzehnt krankhaft erstarrten Idee gepöbelt, daß man schlimme Minister halten müsse, weil — ich limere nachfolgen würden. Herr v. Tirpitz würde ihnen vorgestellt als eine Persönlichkeit, die ein Dreimer nicht ein Treiber sei. Ja man deutete vielsagend an, im Hintergrund lauerte schon der entsehlige Mann, der wahrscheinlich Urheber der Sumpfsache, der erst recht mit Wollwusch voraus segeln würde. Und diese polizeiwidrig gescheiterten Leute fielen wirklich zum hundertsten Mal auf den abgebrauchten Teufel hinein, der auf ihre täppische diplomatische Eitelkeit berechnet ist. Diese Herren, die sich Politiker rühmen, begreifen also noch immer nicht, daß das Märchen von dem „schlimmeren“ Nachfolger einfach eine Sumpfsache ist. Alle ihre Entäußerungen und Blamagen haben ihnen immer noch nicht klar gemacht, daß jeder Minister bei uns gewählt ist, gewissen Einflüssen so weit nachzugeben, wie er nur irgend kann; sonst würde er überhaupt nicht Minister werden. Auch Herr v. Tirpitz thut alles, was er kann, nicht weniger und nicht mehr als sein Nachfolger, um allen Wünschen, die an ihn gestellt werden, mit allen Mitteln gerecht zu werden.

Ganz besonders tief ist auch diesmal der Berliner Zeitungsdiplomate der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ heringefallen — er, der sich noch eben erst als der Manager des „modernen und liberalen“ Grafen Vilow unsterblich blamiert hat. Der Mann hat wirklich den ihm eingeredeteten Unisim geglaubt und in dieser Stimmung bindet er seinem Blatt die folgenden — Wahrheiten Tirpitz'schen Stils auf:

„Herr v. Tirpitz... hat... auf jeden, der sich etwas auf Psychologie versteht, einen guten Eindruck gemacht. Der Flottenplan wird inne gehalten werden; Herr v. Tirpitz übernimmt heute noch die Verantwortung dafür, daß er nicht durchbrochen wird und die Kosten nicht überschritten werden. Dann ging Herr v. Tirpitz zu einer Erklärung und Rechtfertigung und auch zu einer Ergänzung seines Erlasses über. Wir haben es für recht gehalten, diesen Teil seiner Rede im Parlamentsbericht wörtlich zu geben, damit der Leser selbst ein Urteil bilden kann, ob man diesem Herrn den Wortwurf machen kann, daß er dem Reichstag in der Absicht, ihn zu täuschen, etwas verschwiegen habe. Auf uns hat besonders überzeugend der Hinweis des Staatssekretärs gewirkt — weil er ein Licht auf innere, hinter den Coulissen sich abspielende Vorgänge wirft — daß es seine, des Staatssekretärs Absicht gewesen sei, einem gewissen **Marine-Optimismus**, der auf Verschleimung drängt, durch aktenmäßige Festlegung der finanziellen Erfordernisse einen Damm entgegenzusetzen. Was Herr von Tirpitz in dieser Beziehung ausführte, ist interessant, wenn auch nicht überraschend. Er wird gedrängt, er hat Kämpfe anzufechten, von denen der Reichstag nichts weiß, und die er ihm allerdings verschweigt. Ob Herr von Tirpitz nicht heute schon zu offenerzig geredet hat, ist uns fraglich.“

Das redet der Mann seinem „Weltblatt“ vor, und diese Verleumdung des Herrn von Tirpitz — die keinerlei Kenntnis und Verständnis des Erlasses verrät — ist so naiv und drollig, zeigt so deutlich die Methode, wie man der diplomatischen Cederlei des Namens schmiedete, um ihn zu überdübeln, daß wir wirklich glauben möchten, daß man ihm in der Aktion der Täuschung nur eine passive Rolle anvertraut hat.

Mit so viel Intelligenz wieder öffentliche Meinung gemacht!

### Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt:

Die „Post“ und noch mehr die „National-Ztg.“ ergeben sich in Triumphgesängen über das Vertrauensvotum, welches Herr v. Tirpitz erhalten, und über die Niederlage, welche angeblich die Freisinnige Volkspartei und die Socialdemokratie erlitten haben. Es ist schade, daß die andern Parteien nicht ein Vertrauensvotum für Herrn v. Tirpitz beantragt haben. Es würde sich alsdann herausgestellt haben, daß große Teile des Centrums auch Teile der Konservativen und selbst Abgeordnete der Freisinnigen Vereinigung in ihrer Auffassung sich keineswegs drücken mit den Reden der Abgeordneten aus diesen Parteien, wie ja auch die Presse dieser Parteien keineswegs überall damit übereinstimmt. Aber man hatte hinter den Coulissen derart individuell gebettelt und gebeten für Herrn v. Tirpitz und so viel Märchen vertrieben über die gegen Herrn v. Tirpitz spielenden Intrigen, daß es geradezu Mitleid erregen mußte bei allen, die gereicht sind, sachliche Rücksichten persönlichen Empfindungen unterzuordnen. Schlimm genug, daß dies in einer Frage geschah, wo die Ministerverantwortlichkeit und die parlamentarische Kontrolle derart in Frage kam. Gerade diejenigen Parteien, welche in Bezug auf die Größe der Flotte Herrn v. Tirpitz näher stehen, hätten in erster Reihe Veranlassung gehabt, im Interesse aller künftigen Vorlagen hier die Wahrheit zu sagen.

### Ihre Kolonien.

Die beiden dem Reichstag zugegangene Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südpolsee glaubt die Entwicklung der Kolonien als eine befriedigende bezeichnen zu dürfen. Sie stützt ihre Auffassung dabei hauptsächlich auf die Entwicklung, die die Handelsbeziehungen mit den Kolonien genommen haben. Wir Gemüthgung wird hervorgehoben, daß sich von 1896—1900 die Einfuhr in die afrikanischen Schutzgebiete von 20,8 auf 36,2 Millionen gehoben habe, die Ausfuhr von 11 auf 14,1 Millionen, so daß der Gesamthandel von 31,8 auf 50,3 Millionen gestiegen sei. An der Steigerung participiere in

erster Linie Kamerun, dessen Handel von 9,8 auf 20,7 Millionen gestiegen sei, nämlich 14 245 000 M. Einfuhr und 5 886 000 M. Ausfuhr.

In diesem Handel ist jedoch Deutschland nur mit 18,4 Millionen Mark Einfuhr (nach den Kolonien) und 6,6 Millionen Mark Ausfuhr beteiligt, also nur mit knapp 50 Proz.

Dieser Handel beträgt also nur etwa ein Vierhundert-zweihundertstel des deutschen Gesamtverhandels, der 1900 10 800 Millionen betrug. Der deutsche Handel mit diesen Kolonien ist also geradezu lächerlich minimal. Und obendrein bezahlt das Deutsche Reich für diesen Handel 1902 einen Reichszuschuß von über 18 Millionen Mark, wozu noch der Reichszuschuß von 12 Millionen für Kautschou kommt.

Die Gefährlichkeit der deutschen Einfuhr nach ihren herrlichen Kolonien tritt noch schärfer hervor, wenn man berücksichtigt, daß ein ganz bedeutender Teil derselben auf die 5571 Europäer (darunter 3700 Deutsche) in den Kolonien entfällt, von denen wiederum ein großer Teil aus Militärpersonen und Beamten besteht.

Interessant ist auch die Feststellung, durch Einfuhr welcher Produkte man die afrikanischen Eingeborenen der „Kultur“ zu gewinnen sucht. So wurde nach Kamerun, der „blühendsten“ Kolonie, eingeführt:

Rum	im Werte von 665 686 M.
Genever	123 000
Liquore	106 000
Bier	172 000
Wein und Schaumweine	134 000
Salber	445 000

Spirituosen also allein im Werte von mehr als einer Million Mark. Vielleicht ist der „Tropenkoller“ zum guten Teil auf diesen Import zurückzuführen! Entfallen doch auf jeden der 548 Europäer (darunter 456 Deutsche) in Kamerun für 2000 Mark Spirituosen.

Uebrigens begegnen wir in der „Frankfurter Zeitung“ einem wertvollen Urteil eines Sachverständigen über unsere Kolonien, das weniger rosig lautet, als das der Deutschfr. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

Die vielen schönfärbereichen Schilderungen unserer Kolonien führt eine soeben erschienene Schrift des Hrn. Dr. Martin, ehem. komm. Bezirksamtmanns von Kamerun („Unsere Kolonien“, Verlag von H. Schupp in München), auf ihren wahren Wert zurück. Es handelt sich hier um die Arbeit eines kolonialen Sachmanns, der von 1884 bis 1899 fast fortwährend in den Tropen als Pfleger und als Beamter tätig gewesen ist, 1884 bis 1892 in Sumatra, dann im Kongostaat, in Britisch-Indien und zuletzt in Kamerun. Er weiß ohne alle Gefährlichkeit, ob die großen Kolonialausgaben auch wirklich gerechtfertigt sind, und kommt dabei, von durchaus nationalen Gesichtspunkten ausgehend, zu wenig günstigen Ergebnissen für die afrikanischen Kolonien. Zunächst kritisiert er die Personalverhältnisse in Deutschland und in den Kolonien und wendet sich namentlich gegen den übertriebenen Militarismus in den Kolonien. In der Befehls- und Gouverneursposten in Ost- und Südwestafrika mit Militärs erblidet er einen Grund dafür, daß in diesen Kolonien das Militär und seine Feldzüge die Hauptrolle bilden, daß nur hierin Erfolge bislang erzielt wurden und alles andere vor diesen Bestrebungen in den Hintergrund treten mußte; auch in Kamerun hält er eine Vergrößerung der Schutztruppe, also eine zu starke Betonung des Militärischen für eine Gefahr. Nachdrücklich wendet er sich auch dagegen, daß in den Kolonien Hauptgewicht darauf gelegt wird, in erster Linie das Missionswerk zu fördern. Bei der Betrachtung der einzelnen Schutzgebiete beurteilt Dr. Martin von den afrikanischen Kolonien nur Togo etwas günstiger, äußert sich aber in Bezug auf Kamerun sehr scharf. Er sieht aber das Bestreben, dies in eine Militärkolonie umzuwandeln, weil dessen wirtschaftliches Gedeihen dadurch schwer geschädigt werde. Der Handel der Kolonie sei allerdings ein blühender; aber wenn Kamerun überwiegend wegen seiner Plantagen geschätzt werde, so werde doch nur ein kleiner Teil der Pflanzungsgesellschaften rentieren können. In Victoria- und in dem eigentlichen Pflanzungsgebiet, ist nach Angabe des Verfassers das willkürliche, fruchtbarste Land nur auf ein ziemlich enges Gebiet beschränkt, während der darüber hinaus vorhandene Urwald auf unfruchtbarem Unterboden steht. Somit würde nur ein kleines Gebiet erstlich für Plantagenanlagen in Betracht kommen. Demgemäß verweist Dr. Martin auch entschieden die Führung einer Eisenbahn durch das vermeintlich fruchtbarste Plantagengebiet, Kamerun, nicht nur ein günstiges Bild, wenn man die Hoffnungen in bescheidenem Rahmen halte und danach die Mittel einrichte; das Hinterland sei für Plantagenbau absolut ungenügend, und der Handel dahin lasse sich auch nicht mit bewaffneter Hand forcieren. Die ostafrikanische Kolonie beurteilt der Verfasser noch weit ungünstiger und wendet sich gegen die Annahme, daß der Bahnbau dem danielerliegenden Handel und Plantagenwesen aufhelfen könne; nur wo die gewöhnlichen Transportmittel nicht mehr ausreichen, sei eine solche Bahn als ökonomisch berechtigt anzusehen. Ostafrika werde stets eine unrentable Kolonie bleiben. Ebenso ungünstig ist das Urteil über Südwestafrika, die teuerste und nach Ansicht des Verfassers schlechteste Kolonie!

Daß Dr. Martin die Dinge nicht etwa übermäßig pessimistisch beurteilt, geht schon aus seinem Urteil über den Handel mit Kamerun hervor, das er „blühend“ nennt.

Besonders bemerkenswert ist das Urteil des ehemaligen Bezirksamtmanns in Kamerun über die militärische Abenteuerlust. Bekanntlich befindet sich gegenwärtig ein großer Teil der kameruner Schutztruppe auf einer abenteuerlichen Expedition in das Hinterland!

**Die Verschmetterung der Gesundheitsbetriebe.** Am Samstagmorgen socht ein Scherliches Blatt die amtliche Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg.“ an, daß der Kaiser Wahrgenommen gegen den „Obskurantismus“ angetreten habe. Ein Empfang zum Zweck der Besprechung des Obskurantismus und etwaiger gegen ihn zu ergreifender Maßnahmen habe gar nicht stattgefunden. Es handelte sich vielmehr um die rein zufällige Erörterung einer Tagesfrage, zu welcher die gleichzeitige Anwesenheit des General-Superintendenten D. Haber und des Polizeipräsidenten v. Windheim im Schlosse einen Anlaß gab. Darauf erklärt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auf das bestimmteste, daß der Kaiser

den Polizeipräsidenten v. Windheim und den General-Superintendenten Haber zu dem Zweck zu sich beschieden hatte, den beiden Herren seine Willensmeinung über einen Anlauf kundzugeben, der unserer Zeit wie der Reichs-Hauptstadt gleich unwürdig ist. Der Kaiser, der diesen Anlauf sehr ernst beurteilt, hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß Personen, die sich an dem Treiben der Spirituellen, Gesundheitsbetriebe und verwandter Richtungen beteiligen, vom Zutritt zum Hofe ausgeschlossen werden.

Nach den Kanalarbeiten sollen nun also auch die Gesundheitsbetriebe und Spirituellen vom Hofe verbannt werden. Da nun aber dieser Obskurantismus nur eine notwendige Wirkung der heute äußerst beliebten und gerade in der „besseren“ Gesellschaft weit verbreiteten romantisch-mystischen Prometelei ist, so werden wohl auch diese Elemente bedroht sein. Ueberhaupt scheint in letzter Zeit die Reizung für die Orthodoxie ein wenig nachgelassen zu haben. Der Kaiser läßt sich — zum Entsetzen der Reichsdoktrin — Vorträge über den historisch in Ursprung der Wibelchristen halten, und Herr Harnack ist an Herrn Stöckers Stelle getreten.

### Deutsche Absichten auf Wei-hai-wei?

Wie die „Daily Mail“ erfährt, wird am 10. d. M. in Unterhause eine amtliche Erklärung betreffs der Gerüchte über die Aufgabe Wei-hai-wei durch England abgegeben werden. Die „Daily Mail“, die in den Wandelgängen des Unterhauses Erkundigungen eingebracht hat, erklärt, es herrsche allgemein die Ansicht, die Frage werde ihre Lösung in der Uebergabe Wei-hai-wei an das Deutsche Reich finden, das als Preis dafür Zugeständnisse in Südafrika machen dürfte.

Schon vor längerer Zeit lasierte einmal ein derartiges Gerücht, für dessen Wahrscheinlichkeit freilich nur zwei Momente sprachen, die unangenehme Lage Englands, der Puffer zwischen dem russischen und deutschen Gebiet zu bilden, und der Kolonienhunger Deutschlands nebst dessen Talent, stets die wertlosesten und exponiertesten „Plätze an der Sonne“ zu annektieren.

Diesmal haben die Gerüchte über den Verzicht Englands auf Wei-hai-wei eine auffallend feste Gestalt angenommen. Eine indirekte Bestätigung hat das Gerücht auch durch die Erklärung des Organs Chamberlains erhalten, daß England an eine Befestigung der Flottenstation erstreiten nicht denke. Daß aber Deutschland an starke territoriale Erweiterungen seines Besitzes denkt, geht schon aus den deutschen Flottenprojekten hervor. Hat doch Genosse Nebel im Reichstage die vom Marineminister bestätigte Mitteilung machen können, daß man für die zweite Hälfte des laufenden Decenniums nicht weniger als vier Linienschiffe in Ostasien dauernd zu stationieren beabsichtige.

Bergegenvärtig man sich, daß selbst England in Indien und Ostasien zusammen genommen nur 6 Linienschiffe stationiert hat, so kann man daraus für die deutsche Ostasienpolitik sichere Schlüsse ziehen. Etwasige Dementis werden die Besorgnisse nicht zerstreuen können, daß Deutschland sich mit dem Gedanken trügst, selber oder später England die gefährliche Funktion eines Puffers gegen die russische Expansion in Nordchina abzunehmen, womit es sich natürlich gleichzeitig auch die gesteigerten Antipathien Chinas und Japans zuziehen würde.

**Milde Strafe.** Vor dem Kriegsgericht der 11. Division zu Breslau war der Wachtmeister Paul Marx vom Dragoner-Regiment Nr. 8 zu Oels angeklagt der fortgesetzten Mißhandlung eines Untergebenen. Der Wachtmeister hatte den Dragoner Gustav Meher nach dessen Angaben häufig beim Appell mit Schlägen traktiert, einmal mit dem Säbel über den Rücken geschlagen. Der Wachtmeister wurde zu 14 Tagen Arrest verurteilt.

**Reichstagsdiäten in der Württembergischen Kammer.** Die Kammer der Abgeordneten hat mit 66 gegen 9 Stimmen einen Antrag angenommen, durch welchen die Regierung ersucht wird, im Bundesrat für die Gewährung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten einzutreten. Die Regierung hatte sich an den Erörterungen nicht beteiligt, nachdem Ministerpräsident v. Breiting erklärt hatte, die Regierung halte es für unzulässig, ihren Standpunkt jetzt darzulegen. Der Diätenantrag des Reichstags sei vom Bundesrat dem Verfassungsausschuß übergeben worden, dieser sei aber bisher in eine Beratung desselben noch nicht eingetreten. Inzwischen habe aber zwischen den einzelnen Bundesregierungen ein Meinungsaustausch stattgefunden.

Der Landtag wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

**Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar.** Unsere Genossen haben im Landtag zwei Anträge eingereicht. Der erstere bezweckt eine Aenderung in der Geschäfts-Ordnung für den Landtag — die in Sachsen-Weimar als Landes-Gesetz besteht —, daß bei der Beantwortung oder Ablehnung eines solchen auch an die Regierung gestellte Anfragen eine Besprechung wie in den meisten deutschen Landtagen und dem Reichstage stattfinden kann. Der zweite Antrag verlangt die Aufhebung des Sabbat-Mandates vom 11. November 1756. Dasselbe hat in Bezug auf die Sabbat-Sonntagsruhe viel weitergehende Bestimmungen wie die Gewerbe-Ordnung, sowie das Gesetz über die Sonntagsruhe, und ist nach gerichtlichen Erkenntnissen noch rechtsgültig.

**Herr v. Köller und das direkte Wahlrecht.** Aus Ströburg i. E. schreibt man uns: Das Wahlsystem des Landesauschusses ist anerkanntermaßen das elendeste aller deutschen Wahlsysteme. Es sorgt für eine dreifache Durchbrechung der sogenannten Volksvertretung, indem es nicht nur jede direkte Wahl vermeidet, sondern auch eine strenge Auswahl unter den Interessensvertretungen trifft, die bei der Ernennung der Deputierten zu fungieren haben. Dementsprechend ist auch die Zusammensetzung des Landesauschusses eine solche, die nicht nur eine Vertretung des werktätigen Mittelstandes, sondern auch ganz besonders der Arbeiterkraft vollständig ausschließt. Auf diese Art und Weise kommt eine „Volksvertretung“ zu stande, mit der die Regierung machen kann, was ihr beliebt, das Ideal eines Parlaments in den Augen jedes reaktionären Staatsmanns. Kein Wunder, wenn auch Herr v. Köller die letzten Entschlossenheiten in hiesigen Landesauschuss zum Anlaß nahm, um dem reichslandischen Wahlsystem und der durch dasselbe gewählten Volksvertretung ein begeistertes Lob zu sagen. Auf eine Anzuspargel des Abg. Seyler, der die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts zum Landesauschuss forderte, erwiderte Herr v. Köller:

Was die berührte Aenderung des Wahlmodus zum Landesauschuss betreffe, so erkläre er, daß von den verschiedenen Parlamenten, mit denen er zu verkehren die Ehre gehabt habe, keines so gut arbeite wie der Landesauschuss. Dies komme daher, daß der Landesauschuss rein sachlich arbeite könne und seine Mitglieder keine Neben zum Fenster hinaus zu halten brauchen, wie in anderen Parlamenten mit allgemeinem Stimmrecht. Das hiesige Wahlsystem sei ungleich besser, als das allgemeine Wahlrecht und er versichere dem Hause, daß er während seiner Dienstzeit das allgemeine direkte Wahlrecht für den Landesauschuss nicht herbeiführen werde. Eher werde er vorziehen, in den Abstehenden zu treten. ... Lassen wir die Wahlen zum Landesauschuss wie sie sind! Für direkte allgemeine Wahlen zum Landesauschuss werde er niemals eintreten. Er weise alle dahin zielenden Anträge a limine zurück.

Nun wissen die Elsch-Lothringer wenigstens woran sie mit ihrem Köller sind.

### Ausland.

#### James Mawdsley.

London, 6. Februar. (Eig. Ber.) In Ashton-under-Lyne starb am 4. d. M. Hr. James Mawdsley, der Führer der Baumwollspinner von Lancashire. Mit seinem Ableben verschwindet eine ganz eigenartige Gestalt aus der Reihe der englischen Arbeiterführer. Im Gegenstich zu seinen Kollegen gehörte er der konservativen Partei an, las fleißig die sozialistische Presse und ließ sich nie aus Parteischiffen dazu verleiten, gegen irgend einen Arbeiterkandidaten aufzutreten.

Mawdsley wurde im Jahre 1848 in Preston geboren. Namentlich Jahre alt, trat er in die Fabrik ein. Im Jahre 1860 schloß er sich seiner Gewerkschaft an, wo er sich durch sein organisatorisches Talent bald bemerkbar machte. Im Jahre 1876 wurde er zum zweiten Sekretär und zwei Jahre später zum Generalsekretär der Baumwollspinner ernannt, welches Amt er bis zu seinem Tode bekleidete. 1882 ins Parlamentarische Komitee des Trades-Unionkongresses gewählt, bekleidete er diese Würde einige Jahre hindurch. Als Mit-

glied des Komitees nahm er an dem Pariser internationalen Gewerkschaftskongress vom Jahre 1888 teil, dem er über die englischen Verhältnisse zu berichten hatte. Mawdsley sagte damals u. a.: „... Angesichts der so gestiegenen Zahl von Arbeitslosen dreht sich die Frage ganz natürlich darum, ob irgend welche Aussicht auf Besserung vorhanden sei. Mir scheint es, daß, so lange der gegenwärtige Gesellschaftszustand zu bestehen fortfähre, keine Aussicht auf Besserung vorhanden sei. Ich verstehe nicht den Socialismus, ich habe ihn nicht studiert, wie ich es vielleicht hätte thun sollen. Die englischen Arbeiter sind nicht so vorgeföhrt wie die Arbeiter auf dem Kontinente. Eigentlich besitzen sie eine klare Vorstellung und sehen ein, daß die eigentlichen Produzenten nicht den von ihnen geschaffenen Teil der Reichthümer erhalten.“ Im Jahre 1891 wurde Mawdsley zum Mitglied der Royal Commission on Labour (Königliche Kommission über die Arbeiterfrage) gewählt und war einer der Mitarbeiter des Minoritätsberichts (Mai 1894), der ein sehr vorgezeichnetes Programm aufstellt, was indes die Regierung nicht verhinderte, ihn zum Richter (County Magistrate) und später zum Friedensrichter zu ernennen. Er war einer der Organisatoren und Sekretäre des ersten internationalen Textilarbeiterkongresses (Manchester 1894) und gab den englischen und französischen Kongressbericht heraus. Im Jahre 1899 kandidierte Mawdsley und Winston Churchill (Sohn des Lords Randolph Churchill) in konservativem Interesse in Oldham, wurden aber beide geschlagen.

Die Londoner socialdemokratische „Justice“, schreibt in heutiger Nummer über Mawdsley: „Er war einer der Besten aus der alten gewerkschaftlichen Schule. Obwohl er sich nie für den Socialismus erklärte, stand er der sozialistischen Bewegung viel sympathischer gegenüber und war viel sozialistischer in seinem Denken, als viele andre, die vom Socialismus fortgesetzt sprachen. Viele waren ihm unfreundlich, weil er der konservativen Partei angehörte, aber es schien uns immer, daß seine Parteistellung eher der Verachtung für den kapitalistischen Liberalismus als der Bewunderung für konservativen Prinzipien geschuldet war. ... Er war ehrsüchtig in Bezug auf die arbeitende Klasse; er glaubte nicht, daß sie die Befreiung wünsche, sonst würde er für dieses Ziel gearbeitet haben, aber er hatte keine Lust, Märtyrer zu werden. Er diente den Arbeitern, wie sie es wollten, ... aber er war nicht bereit, sich ihnen zu opfern und sie auf einen Weg zu führen, den sie nicht betreten wollten, trotzdem dieser der richtige war. Er abnormierte die „Justice“ von Anfang an, war in Verbindung mit der sozialistischen Bewegung und lieferte mehrere tüchtige Artikel für unser Blatt.“

Der Schreiber dieser Note in der „Justice“ hat Mawdsley offenbar wohl gekannt. Seine Flucht zu den Konservativen stellt sich demnach dar als ein Protest gegen die politische Unfähigkeit der englischen Arbeiter. Aber es war nicht der Protest eines Starlen. In ihrer „Geschichte des britischen Trade-Unionismus“ nennen die Webb's ihn den „Vorsichtigen“. Wohl nicht mit Unrecht.

### Der gesetzliche Arbeitstag in den Kohlenbergwerken.

Das nunmehr in der französischen Kammer in seiner ganzen Fassung angenommene Gesetz, betreffend die Regelung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken enthält folgende grundlegende Bestimmungen:

Art. I: 8 Monate nach Veröffentlichung des gegenwärtigen Gesetzes darf die tägliche Arbeitszeit für die unterirdisch beschäftigten Arbeiter der Kohlengruben nicht mehr als 9 Stunden betragen. Die Arbeitszeit wird von dem Augenblick an gerechnet, an welchem der letzte Mann eingefahren ist bis zu dem Moment, an dem der letzte Mann ausfährt.

Nach Ablauf von zwei Jahren, von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes an gerechnet, wird die tägliche Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden und nach Ablauf einer weiteren Periode von zwei Jahren auf acht Stunden festgesetzt.

In den Betrieben, wo die normale Arbeitszeit nach den Bestimmungen des § 1 gegenwärtig acht und neun Stunden beträgt, darf die Dauer derselben nicht erhöht werden.

Art. II: Zünden regelmäßige Pausen statt, in welchen das Stillstehen der Förderungsmaschine erfolgt, so wird die Arbeitszeit um die Dauer der Pause erhöht.

Art. III: Die Unternehmer haben dafür zu sorgen, daß die Arbeiter sofort den Schacht verlassen können, wenn ihre Arbeitszeit beendet ist. Andererseits hat der Arbeiter das Recht, auf sein bestimmtes Verlangen seinen Verbleib in dem Schachte nach Ablauf der in § 1 festgesetzten Arbeitszeit zu verlängern.

Art. IV: Ausnahmen von den Vorschriften des Art. I können durch den Minister für öffentliche Arbeiten nach Anhörung des Generalrats der Bergwerke darüber, ob die Anwendung der Vorschriften aus technischen oder ökonomischen Gründen die Ausbeute der betreffenden Schächte gefährden kann, gestattet werden.

Diese Ausnahmen können sich auf alle Arbeiter des betreffenden Bergwerks oder auch nur auf einzelne Kategorien beziehen. Der Minister kann ferner Ausnahmen gestatten für alle diejenigen Arbeiter aller Kohlengruben, welche nicht direkt beim Abbau der Kohle beschäftigt sind.

### Oesterreich-Ungarn.

**Abgeordnetenhans.** In der Beratung des Rekrutenkontingents am Sonntag bringen Abgeordneter Jazovka und Formanel eine Reihe von Beschwerden gegen die Kriegsverwaltung vor und wenden sich gegen den Dreibrund, welcher die Ursache der allzugenommen militärischen Kosten sei.

Während der Rede des Abgeordneten Jazovka entsteht in der Umgebung des Redners wegen des Gerichts, das der Landesverteidigungs-Minister mit dem Präsidenten über einen vorzeitigen Schluß der Debatte verhandelt, heftige Erregung. Abgeordneter Fressl ruft munterbrochen: „Das ist ein Skandal, eine Komödie, das ist kein Parlament, sondern ein Klauenhaus.“ Der Präsident ruft den Abgeordneten Fressl zur Ordnung. Sodann erteilt er dem Abgeordneten Jazovka, welcher die Person des Kaisers in die Debatte gezogen hatte, wegen unqualifizierbarer Äußerungen über die Krone einen Ordnungsruf.

### Schweiz.

**Die tragikomische Geschichte des Herrn Uder** mit dem Orden der französischen Ehrenlegion ist zu Ende. Herr Uder hat den Orden behalten und als Nationalist demissioniert, da die französische Regierung den Orden, der auf Lebenszeit verliehen ist, nicht wieder zurücknimmt.

### Italien.

**Kommunalisierung öffentlicher Betriebe durch Gesetz.**

Der bereits erwähnte Entwurf des Ministers Giolitti betreffend die Kommunalisierung öffentlicher Betriebe und Industrien beschränkt sich nicht auf die Verstaatlichung von Beleuchtung, Wasserversorgung, Straßenbahnen usw., sondern es sieht auch die Uebernahme von Gewerbebetrieben vor. So gestattet das Gesetz den Kommunen, Brotbäckereien in eigener Regie zu betreiben, jedenfalls ein wirksames Mittel, Uebererzeugungen der Vätermeister zu begegnen. Außerdem können Bade- und Waschanstalt, Reinigungsanstalten und auch die Verwaltung von der Stadtverwaltung in eigener Regie übernommen werden. Im ärmeren Gemeinden die Uebernahme zu ermöglichen, werden Fonds bereitgestellt.

### Amerika.

**Gegen die Anarchisten.** Washington, 7. Februar. Der Justizauschuß des Repräsentantenhauses hat einen Bericht über den Geheimtanz betreffend den Schuy des Präsidenten und die Unterdrückung verbrochener Anschläge gegen die Regierung vorgelegt. Der Bericht sagt, der Zweck des Geheimtanzes sei, zu verhindern, daß Leute nach den Vereinigten Staaten kommen oder sich daselbst naturalisieren lassen, welche verbrochene Lehren verbreiten oder denselben ergeben sind. Der Entwurf verfolge ferner den Zweck, zu verhindern, daß in den Vereinigten Staaten Verschwörungen zur Ermordung von Herrschern anderer civilisierter Nationen angezettelt werden.

**Protest gegen den Mandchuren-Vertrag.** Reuters Bureau meldet aus Washington:

Es bestätigt sich, daß die Vereinigten Staaten sich dem Widerstand Japans und Großbritanniens gegen den Abschluß des Mandchurenvertrages angeschlossen haben, da dieser eine Bedrohung der amerikanischen Interessen bilde. Das Staatsdepartement hat der russischen Regierung seinen Zweifel darüber gelassen, daß es die Absicht der Vereinigten Staaten ist, alle die Handelsvorteile sich zu erhalten, welche sie in der Mandchuren besitzen. Die entschiedene Haltung der amerikanischen Regierung hat wahrscheinlich die völlige Sperrung der Häfen in der Mandchuren für jeden nicht russischen Handel verhindert.

## Partei-Nachrichten.

**Der Zwist in Hamburg.** In mehreren Parteiblättern ist folgende Notiz zu lesen:

„Schöne Brüder! Schmelzen die Hamburger Accordmaurer zu sein. In der letzten Versammlung der „Freien Vereinigung“ bestimmten sie, wie der Grundstein meldet, die Hamburger „Neueste Nachr.“, ein sogen. „parteiloses Organ“, zu ihrem Vereinsorgan.“

Dazu schreibt man uns aus dem Parteibureau: Das Verhalten der Hamburger Accordmaurer, soweit es ihre Stellung gegenüber der Accordarbeit betrifft, ist gewiß bedauerlich und herrscht darüber in der Partei wohl nur ein Urteil. Anders steht aber die Angelegenheit mit der Wahl ihres Vereinsorgans. Diese Wahl wurde erst getroffen, nachdem der Freien Vereinigung — wie dies bereits auf dem Lübecker Parteitag konstatiert worden ist — durch Beschluß der Hamburger Preßkommission das „Echo“ sowohl im redaktionellen wie im Annoncenteil verschlossen wurde. Es wurde schon in Lübeck darauf hingewiesen, daß ein gleich rigoroses Vorgehen gegen gewerkschaftliche Sonderorganisationen an anderen Orten — speziell in Berlin — zu ganz unhaltbaren Zuständen führen würde.

**Inse Parteilosen in Halle** errangen bei der Stichwahl im Glauchaer Bezirk einen beachtenswerten Erfolg. Bekanntlich waren die bei der Hauptwahl errungenen beiden Mandate unserer Genossen Ziele und Krüger in diesem Bezirke aus nichtigen Gründen für ungültig erklärt. Bei der Nachwahl am Donnerstag, Freitag und Sonnabend war eine lebhafteste Erregung und schon am ersten Wahltage die Beteiligung sehr stark. Trotz Anwendung der bedenklichsten Wahlmanöver seitens der Gegner wurden die Genossen Ziele und Krüger, wie und telegraphisch gemeldet wird, mit erheblicher Majorität wiedergewählt. Krüger erhielt 1622; Ziele 1619 Stimmen, die Gegner 1493 und 1495.

**Gemeinde-Wahlfrage in Ungarn.** Nach Telegrammen östreichischer Blätter wurden in dem Bergstädtchen Boguacsa 26 Gemeindevertreter auf das sozialdemokratische Programm und nur zwei Gegner gewählt. In Kis-Harta wurden ausschließlich Gemeindevertreter mit sozialdemokratischem Programm gewählt.

**Socialismus in Japan.** Die „Labor World“, das Organ der japanischen Socialisten, macht in ihrer letzten Nummer bekannt, daß sie ihr Erscheinen als Wochenblatt einstellen wird. An Stelle dieses Blattes tritt „The Naigwai Shimpo“ (die japanischen und internationalen Nachrichten). Dieses Blatt wird täglich erscheinen.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Agitationsfreunden in Ostelbien.** Drei Parteigenossen aus Elbing verteilten vor einigen Tagen in Tolk mit Flugblätter gegen den Protowucher. Gleich im Beginn ihrer Tätigkeit wurden sie vom Polizisten angehalten und nach dem Rathause gebracht. Der Bürgermeister setzte seine bedeutendste Amtsmiene auf: „Sie haben sofort die Stadt zu verlassen! Die Schriften bleiben hier.“

Schließlich wurde den beiden Feinden der Stadt gestattet, bis zur Abfahrt des nächsten Zuges in den Mauern der Stadt zu weilen. Dabei wurde ihnen aber bedeutet, daß sie mit keinem Menschen sprechen dürften und polizeilich beaufsichtigt würden.

Weil es der Ausbreitung unsrer Partei weiter nichts schadet, haben wir uns gewöhnt, solche Vorkommnisse von der heiteren Seite zu nehmen. Aber bedauerlich für die politische Kultur Deutschlands ist es doch, daß ein anständiger Mann, der nichts weiter thut, wie in Ausübung geschlicher Rechte eine Druckschrift zu verteilen, deren Inhalt nicht strafbar ist, von einem beliebigen Polizisten angehalten und von einem beliebigen Bürgermeister nach russischer Methode behandelt werden kann.

Es gibt ja Rechtsbehelfe dagegen. Aber was nützen sie! Nach Monaten wird vielleicht das Verfahren des Bürgermeisters als unzulässig bezeichnet und der Erfolg ist, daß sich der Fall, vielleicht mit einer kleinen Variation, bei der nächsten Gelegenheit wiederholt. Das Gesetz dürfte noch besser sein und würde solche Dinge doch nicht verhindern können. Das gute Gesetz allein genügt eben nicht. Es gehört dazu auch eine ausreichende politische Bildung der Ausführenden und eine Aenderung der Machtverhältnisse in unserem politischen Leben bis in die untersten Ausläufer des Staatswesens.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Aufruf an alle Hiesigenler Berlins und der Umgegend.

Werte Kollegen! Die gegenwärtige Lage in unsrer Branche, hervorgerufen durch die Nachschichten einiger Reutraler, veranlaßt uns, die erste Mahnung an alle Kollegen zu richten, fest zur Organisation zu stehen und die noch Fernstehenden ihr zuzuführen. Die Absicht, hinter dem Rücken der Organisation einen Vertrag mit den Unternehmern zu schließen und zu diesem Zweck ein Vereinchen neben uns zu gründen, wie letzteres am Dienstag, den 4. Februar, geschehen ist, muß allen Hiesigen eine Warnung sein.

Kollegen! Es handelt sich um eure Zukunft, um die Festhaltung unsrer Lohn- und Arbeitsbedingungen! Das könnt ihr nur durch Einigkeit behaupten und indem ihr Mann für Mann in die Versammlungen kommt. Am Dienstag, den 11. Februar, 8 Uhr abends, findet eine solche bei Schulz, Grenadierstraße 88, statt mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem von den Unternehmern vorgelegten Tarif. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.) Der Vorstand.

**Tagelöhner.** Nach der heute stattgehabten Verhandlung bei der Firma Durchardt, Tauenzienstr. 18, ist die Differenz als erledigt zu betrachten. Die Verbandsleitung.

### Deutsches Reich.

**Die Urabstimmung in der Buchdrucker-Gewerkschaft** über die Frage, ob die Gewerkschaft nicht durch Vermittelung der General-Kommission eine Vereinigung mit dem Verbande erstreben solle, ist zu Ungunsten der Einigungsfreunde ausgefallen; mit 128 gegen 58 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. — Das Resultat dieser Abstimmung ist für die Einheitslichkeit der Bewegung im Buchdrucker-Gewerbe recht bedauerlich. Es muß auch konstatiert werden, daß das Organ der Gewerkschaft, die „Buchdrucker-Wacht“, sich während der Abstimmung nicht die unbedingt nötige Zurückhaltung auferlegte, sondern fortgesetzt Artikel in dem Namen gab, die sich gegen die Einigung wandten. Dagegen stand der „Correspondent“, über dessen Haltung in anderen Fragen wir ja mehrfach unsere Mißbilligung äußerten, während der ganzen Zeit Geheiß bei Fuß.

**In Luckenwalde** sind die Differenzen bei der Firma A. Hünze-Waldfabrik beigelegt.

**Stochschläge auf den Regen.** Vor etwa 14 Tagen bekamen einige Arbeiter des Steinbruchbesizers Wenk in Karls-Hafen an

der Wefer einen Konflikt mit einem der Meister, Herr Wenk diktierte ihnen eine Strafe zu, die für die Arbeiter recht empfindlich ist, ihm selbst aber vermutlich sehr wohlthut; er zog ihnen 10 Pf. pro Kubikmeter ab. Der Abzug bedeutet in einer vierzehntägigen Lohnzahlungs-Periode 3-4 Mark. Von 18 Leuten verlangten darauf 13 ihre Invalidentante.

**Auch im sächsischen Vogtlande** nehmen die Dinge im Weberstreik jetzt eine andre Wendung. Als in Elsterberg die Kommission bei der Firma Kiepling u. Vogel zum zweitenmal vorstellig wurde, zeigte sich Herr K. nicht so entgegenkommend, trotzdem am vorigen Tage der Lohn für Jacquard-Artikel zu erhöhen und alle Mißstände in der Fabrik abzuändern, bereits zugesagt wurde! Auch er will erst die Beschlüsse des Fabrikantenvereins abwarten und verlangt ein Verzeichnis der Greizer Unternehmer, welche schon bewilligt haben! — Auch Herr A. Ernst hat sich der Kommission gegenüber hochbeinig gezeigt und sie trotz Zulage einer Lohnserhöhung auf Sonnabend vertrocknet. Ob sich die Arbeiter gefallen lassen? Ganz verblüfft war der Herr, als die Arbeiter erklärten, daß sie nicht gewillt wären, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen und die Stillarbeit für die Firma Obernig u. Comp. zu machen. Die Stimmung unter den Streikenden ist vorzüglich. — Die Arbeiter der Firma Gebr. Chevalier in R. H. a. errangen eine 10 bis 15 procentige Lohnserhöhung. Die Firma Worlich Meckel bewilligte den Tarif von 1890. Während der dreiwöchentlichen Verhandlung ruhte der Betrieb vollständig; Totenstille herrschte in den weiten Räumen. Ueber das Resultat bei den Firmen Gopp u. Meckel sowie Franz Reubert jun. ist uns noch nichts bekannt. — Eine Reihe von Firmen, die bereits bewilligt haben, raten den Webern, ihre Forderungen in allen Weberereichen durchzusetzen.

**In Greiz** verließen die Arbeiter der Firma G. S. Lorenz (30 an der Zahl) die Arbeit. Die Firma erklärte zwar, bewilligen zu wollen, vorweigte aber die Unterzeichnung des Tarifs und lehnte es ab, den Arbeitern vor der Lohnzahlung Einsicht in die Lohnbücher zu gestatten.

**Seidenweberstreik in Rheinfelden** (Baden). In geheimer Abstimmung haben die Streikenden einstimmig die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Die Haltung der Streikenden ist musterhaft. Beteiligt sind 46 Weberinnen und 70 Weber. Der durchschnittliche Wochenlohn war bis zum Streik 12-14 M., sollte nun aber um 8-10 Proz. reduziert werden, was sich die Webererschaft nicht gefallen lassen will.

**Die deutschen Triumph-Fahrradwerke** in Nürnberg suchen für ihre Velocipedenfabrikation in norddeutschen, insbesondere Berliner Plätzen, tüchtige Händler. Nun giebt es aber in Nürnberg selbst arbeitslose Händler genug, so daß die Firma nicht nötig hat, solche von auswärts kommen zu lassen. Mit dem Inserat wird jedenfalls eine Nebenabsicht verfolgt, weshalb gebeten wird, dieses Arbeitsangebot nicht zu berücksichtigen.

**Die Schneidergehilfen in Straßburg** haben vor zwei Jahren mit ihren Arbeitgeber eine Tarifvereinbarung getroffen, die demnachst abläuft. Zweck weiterer Festsetzung der zu zahlenden Löhne hatte die Lohnkommission der Gehilfen die Prinzipale zu einer Besprechung eingeladen. Erschienen waren aber nur zwei Prinzipale, so daß eine Verhandlung nicht möglich war. — Vorläufig ist daher jeder Zugang von Schneidern nach Straßburg fernzuhalten.

### Ausland.

**Zur Bewegung der italienischen Eisenbahner.** Zur Zeit finden im Ministerium für öffentliche Arbeiten wieder Verhandlungen statt zwischen diesem und den Direktionen der Gesellschaften. In einer Reihe von Forderungen wollen die Compagnien ganz oder teilweise nachgeben; das Ministerium ist nach wie vor sehr bemüht, den Ausstand möglichst zu vermeiden.

**Die streikenden Gadarbeiter von Turin** sind durch Soldaten, Feuerwehreinheiten und städtische Arbeiter ersetzt worden. Die socialistischen Gemeinderäte haben sich an den Magistrat gewandt mit dem Erlauchen, die städtischen Arbeiter nicht als Streikbrecher zu verwenden, vom Minister haben sie die Zurückziehung der Soldaten verlangt. Das Ministerium hat dies aber abgelehnt.

**Die Holzarbeiter von Florenz** sind in eine Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten; für die Holzschneider verlangen sie die Einschränkung der neunstündigen, für die Tischler die der sechstündigen Normal-Arbeitszeit.

## Sociales.

### Krankenhaus-Zustände.

In seiner Reichstagsrede am 1. Februar brachte Genosse Antrich auch Mißstände im Krankenhaus zu St. Otkubus zur Sprache. Seine Mitteilungen haben die Stadtväter von Koitibus in begriffliche Erregung versetzt, der sie in der letzten Stadtverordneten-Sitzung Ausdruck gaben. Sowohl der Vorsitz der Stadtverordneten, wie der Oberbürgermeister und zwei Stadtverordnete bezeichneten Antrichs Behauptungen als unwahr. Besonders der Oberbürgermeister erging sich in schweren Beschimpfungen Antrichs.

Ein anderer Stadtverordneter trat ihnen jedoch entgegen und erklärte, daß er in Antrichs Rede keine Uebertreibungen finden könne. Sie beruhe fast durchweg auf den Angaben des leitenden Krankenhauses-Arzt, Sanitätsrat Dr. Michaelis.

Dr. Michaelis ergriff gleichfalls das Wort. Er sagte, daß er sich zwar in der Höhenangabe der vorhandenen Mansardenzimmer geirrt habe, die nicht 2 Meter, sondern 2,47 Meter hoch seien, im übrigen halte er aber alle seine Angaben über das Krankenhaus aufrecht. Der Herr Oberbürgermeister erwiderte darauf nichts, nahm auch die schweren Beschimpfungen gegen Antrich, insbesondere den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit, nicht zurück.

**Zum Arbeiterichung im Gastwirtsgewerbe** liegt folgende Rundgebung der Beteiligten vor:

Die heutige Versammlung des Deutschen Reiner-Bundes, Zweigverein Berlin, erließ in der Bundesrats-Verordnung, betreffend die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften, einen unzureichenden Arbeiterichung, der für die Gesundheit, die Fortbildung und das Familienleben der Arbeiter die erworbenen Wohltaten nicht herbeiführt.

Nach Ziffer 1 Absatz 2 dieser gesetzlichen Bestimmungen richtet die Versammlung an den Herrn Polizeipräsidenten die dringende Bitte, im Verwaltungsbezirk Berlin statt der Stündigen, eine tägliche Mindestlohn von 9 Stunden zu verfügen.

Redeglieder sprechen die Versammelten den Wunsch aus, daß die gewerkschaftlichen Stellenvermittler im Sinne der Verordnung vom 10. August 1901 einer schärferen Ueberwachung unterzogen werden.

### Schadenersatzpflicht wegen Berufsverklärung.

Der Maschinenbauer Gapa war von der Firma Seebed in Geseke in die bei der Ausperrung im Winter 1900/1901 auf die schwarze Liste gesetzt worden und erhielt infolge dessen nirgends Arbeit. Gapa, der mit den übrigen Ausperrten keinerlei Gemeinschaft unterhielt und auch nicht Verbandsmitglied ist, klagte nach einem Objekt von 200 M. beim Amtsgericht Bremerhaven auf Schadenersatz. Von diesem abgewiesen, rief er das Landgericht Bremen an und erhielt dort Recht. Das Gericht verurteilte die Firma zum Schadenersatz und wies die Verhandlung über die Höhe des Anspruchs an das Amtsgericht.

**Ueber 2000 Arbeitslose** versammelten sich in Stettin, um über Maßregeln gegen den Nothstand zu beraten. Es wurde eine principielle Resolution beschlossen, in der der gesetzliche Rückfandtag gefordert wird. Vor nutzlosen Demonstrationen wurde gewarnt.

**Eine Arbeitslosen-Zählung in Stockholm** wurde dieser Tage durch die organisierten Arbeiter der Stadt veranstaltet. In zwei Lokalen, im Norden und Süden der Stadt gelegen, meldeten sich innerhalb dreier Tage 1645 Arbeitslose, bei ihren Gewerkschaften direkt meldeten sich 1688 Arbeitslose, so daß die Gesamtzahl der ermittelten Arbeitslosen Stockholms 3333 beträgt. Eine Versammlung der Arbeitslosen wählte sich an die Gemeindevertretung mit dem Ersuchen um Schaffung von Arbeitsgelegenheit.

## Aus der Frauenbewegung.

**Genossinnen!** Gar manche unter Euch haben die Erfahrung gemacht, wie viel herber jedes Leid ist, wenn es die Armut trifft. Sie schreit nicht nur den Stachel, der in die Seele dringt, sie vermehrt nicht nur das Leid, nur zu oft nimmt sie dem Anglücklichen auch thätig die Möglichkeit, den drohenden Schlag abzuwenden. Der Arme ist ohnehin schon als solcher schwer belastet. Die schwere Sorge um das liebe Brot reicht allein schon hin, das tägliche Leben zu einem schweren Kampfe zu gestalten. Wohl wird diese bittere Notwendigkeit bei vielen zu einer Gewöhnung, welche gegen das tägliche Leid abstumpft, aber jede neue Belastung drückt die müden Schultern um so unerträglich.

Und solcher drückenden Unglücksfälle giebt es im Leben der Schulpflosen nur zu viele. Die Krankheit eines Kindes — schlimmer noch die der Mutter, wenn sie zum Aufenthalt im Krankenhaus zwingt, legt der armen Familie harte Prüfungen auf. Ein Segen sollten die Heilanstalten sein — die heutigen Verhältnisse machen sie nur zu oft zu einem Fluch für die Armen. Werden die Kosten der Heilung nicht zur bestimmten Zeit aufgebracht — und oft ist es unmöglich, die große Summe zu beschaffen — dann stirbt die Familie bei dem Jwang der Abzahlung ins tiefste Elend. Den Familienvater aber, möge er noch so unermüdet an Abtragung seiner Schuld arbeiten, trifft noch eine andre harte Strafe: er verliert sein Wahlrecht; er wird Bürger milderer Art. Dem einfachen natürlichen Verstand wird es immer unbegreiflich bleiben, daß ein unbescholtener fleißiger Bürger degradirt wird, weil er der Stadt die Kosten für das Heilverfahren nicht im voraus oder unmittelbar nach dessen Beendigung voll auszahlt. Wie sagt doch Heine?

Wenn Du aber gar nichts hast,  
Ach, so lasse Dich begraben —  
Denn ein Recht zu leben, Lump,  
Haben wir, die etwas haben.

Rechtliche Erfahrungen macht der Lump, der gar nichts hat, wenn er sein Recht vor Gericht verfechten muß. Nur der Not gehorchend geht er hin, denn da warten seiner neue Leiden. Die hohen Kosten des Rechtsverfahrens, unerschwinglich für den Besitzlosen, haben die Gewährung des Armenrechts, kostenloser Rechtssprechung, zu einer Notwendigkeit gemacht. Der Unbemittelte würde ja sonst überhaupt rechtlos dastehen. Aber die Erlangung des Armenrechts schon ist oft bitter schwer und doch ist es erst der einleitende Schritt.

Hier ist ein weites Feld für bessere Thätigkeit, und überaus zahlreich sind die, welche das lebhafteste Interesse an einer Reform der Zustände haben. Sie alle werden es mit Freuden begründen, daß eine rechtskundige und erfahrene Frau dieses Thema in einer öffentlichen Versammlung behandeln wird.

Donnerstag, den 13. Februar, bei Pahlmann, Schönhauser Allee 148, spricht Frau R. Juchas über: „Die Mängel in der Berliner Armenverwaltung“. Die Genossinnen werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, sich zahlreich einzufinden, um über diese wichtigen Dinge Klarheit zu gewinnen.

### Die Vertrauensperson.

### Gewerkschaftliche Organisation der Frauen.

Von der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften ist ein Frauenkomitee gebildet worden, das die Gewinnung der Frauen für die Gewerkschaftsorganisation zur Aufgabe hat. Das Komitee beruft seine dritte Agitationsversammlung zu Montag, dem 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Raupstr. 27, ein und fordert zu deren Besuch durch nachstehenden Aufruf auf:

Es ist leider bekannt, wie äußerst erschwerend die verschiedenen Frauenkategorien in unserem gewerblichen Leben zum Klassenbewußten Denken und solidarischen Handeln und Fühlen heranzubilden sind.

Fast will es aber scheinen, als wollten die Männer darauf verzichten, ihre Genossin, die auf Mithilfe angewiesen ist, als ein organisationsfähiges Element im wirtschaftlichen Kampfe anzuerkennen. Das ist aber ein verhängnisvoller Irrtum, eine Kurzsichtigkeit, die beseitigt werden muß. In dem Kreise Süd-Ost zählen die politisch und gewerkschaftlich organisierten Männer nur Tausenden, aber nur ein verschwindend kleiner Teil hat es für nötig gehalten, unsre Agitationsversammlung zu unterstützen durch zahlreiches Erscheinen. Eine solche Hintersetzung glauben wir Frauen nicht verdient zu haben und steht den Männern gar nicht an. Wir glauben auf diesen fatalen Egoismus aufzumerken machen zu müssen und den Männern ihr Pflichtbewußtsein gegenüber dem öffentlichen Leben wach zu rufen. Daher fort mit der Erbarmlichkeit!

Alle Frauen und Männer werden ersucht, bestimmt und pünktlich in der oben bezeichneten Versammlung zu erscheinen. Das Referat hat Genosse J. Kalliste übernommen. Darum auf in die Versammlung.

Siehe Inserat in der heutigen Nummer.

Das Komitee.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Abgeordnetenhaus.

**Wien, 8. Februar.** (W. Z. B.) Abgeordneter Daschinski erörtert in 2 1/2stündiger Rede die Notwendigkeit einer endlichen Reform des Militär-Strafverfahrens unter Anführung zahlreicher Beispiele von Verurteilungen Unschuldiger. Er beklagt sich namentlich über die schwere Bestrafung bei Verdächtigungen von Reservisten in polnischer Sprache anstatt in deutscher und unterzieht die Verhältnisse des 10. Armee-corps einer scharfen Kritik wegen zahlreicher Soldatenmishandlungen und gesundheitsschädlicher Übungen. Hierauf wird die Debatte geschlossen. Generalredner Raxil fordert gleichfalls eine durchgreifende Reform der Militärgesetzgebung und beschwört sich über den Export österreichischer Pferd-materials nach Südafrika, wodurch die Schlagefertigkeit der Armee leide.

Nachdem noch Generalredner Popitschil gegen die Vorlage gesprochen hatte, wurde die Verhandlung auf nächsten Donnerstag vertagt.

**Böln, 8. Februar.** (W. Z. B.) Die hiesigen Blätter melden, daß das Braunkohlen-Syndikat, um die bisherigen Preisunterschiede für Braunkohlen aus der Welt zu schaffen, beschlossen hat, den Preis für sämtliche Marken um 10 Mark für den Doppelwagen vom 10. Februar ab zu ermäßigen.

**Trier, 8. Februar.** (W. Z. B.) Die Mosel steigt ständlich um 4 Centimeter; heute nachmittag betrug der Wasserstand hier 4,10 Meter.

**Die Landtags-Ergebnisse in Nürnberg** wurde auf Donnerstag, den 20. März, anberaumt.

**Paris, 8. Februar.** (W. Z. B.) Gutem Vernehmen nach bewilligte die französische Regierung die Auslieferung des früheren Direktors der Kaiserlichen Treibschiffbau-Gesellschaft Schmidt.

**Suez, 8. Februar.** (W. Z. B.) Der englische Kreuzer „Amphitrite“, der in der Bai von Suez aufgekauft war, ist mit der Flut wieder flott geworden und in den Kanal eingefahren.

Reichstag.

138. Sitzung vom Sonnabend, 8. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Tschirnmann. Der Etat für das Reich-Schatzamt wird in zweiter Lesung debattelos erledigt, ebenso die Etats der Reichsschuld und des Rechnungshofs.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Reichs-Justizverwaltung.

Beim Titel „Staatssekretär“ ergreift das Wort Abg. Deine (Soc.):

Ich habe einige Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, die mit der Ausführung der Rechtspflege im Deutschen Reich zusammenhängen. Graf Poladowski hat allerdings neulich erklärt, daß es nicht angebracht sei, die Staatssekretäre der verschiedenen Reichsämter heranzuziehen zur Verantwortung für Dinge, die in den Landesverwaltungen geschehen wären, denn sie hätten keine Exekutivmittel gegen die einzelnen Landesregierungen.

Ich komme zunächst auf die unangemessene Behandlung, die dem Zeitungsredacteur Bredendeb in Dortmund widerfahren ist. Ich habe schon vor zwei Jahren, im Februar 1899, über Mißbräuche im Strafvolksgang Beschwerde erhoben. Es ist nicht meine Schuld und nicht die Schuld meiner Partei, wenn wir immer und immer wieder den Finger auf solche Wunden legen müssen, sondern die Schuld liegt bei denen, die fortwährend neue Mißbräuche begehen. Ich hätte mancherlei anzuführen, was in den zwei Jahren inzwischen geschehen ist. Es ist z. B. in den letzten Jahren Mode geworden, Zeitungsredactoren, die in dem neuen Strafgesetzbuch in Bezug auf eine Strafe verurteilt sind, nicht einfach zu entlassen und ihnen zu überlassen, mit welchem Verbot sie sich nach der Stadt begeben wollen, sondern sie im grünen Zellenwagen mit Verbrechern zusammen nach der Stadt hineinzubefördern. Es ist ja eine Art Freiheitsstrafe der Justizverwaltung, daß sie unsere Redactoren auf ihre Kosten fahren läßt (weiterleitet), aber sie danken doch lieber für eine solche Maßnahme, die im Grunde eine bürokratische Schutzbrieffeile der allerwundersamsten Art darstellt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Was den Fall Bredendeb anlangt, so will ich zunächst den Betroffenen selbst sprechen lassen. Bredendeb hat die Behandlung, die ihm zu teil geworden ist, selbst geschildert: „Meine Leiden begannen am 7. Februar d. J., als ich in einer Gerichtsverhandlung auf Beschluß der 1. Strafkammer in Untersuchungshaft genommen wurde. Schon jetzt wurde ich mit einem andern Verurteilten zusammen, gefesselt per Zellenwagen nach dem Untersuchungsgefängnis geführt.“ Man hat zur Entschuldigung dieses unbegründeten Vorgehens gegen Bredendeb gesagt, er sei kein Untersuchungsgefangener, sondern Strafgefangener gewesen. Das würde erstens das Vorurteil nicht entlasten, zweitens, ist aber auch material unvahr. Bredendeb erzählt weiter, daß er dann auf Anordnung der Staatsanwaltschaft am 22. Februar in das Gefängnis zu Münster überführt wurde. „Der Transporteur, ein Dortmunder Schanzmann, fesselte mich mit einem andern Gefangenen zusammen; ein dritter Gefangener, der noch vier Monate zu verbüßen hatte, während ich noch 2 1/2 Monate zu verbüßen hatte, ging ungesesselt neben mir her. Letzterer war allerdings ein älterer Mann. Zu Münster erhielt ich Gefängnisstrafe, und mir wurde der Schurzbart abgehauen.“ Auf die Vorstellungen Bredendeb's erklärte der Gefängnisdirektor, daß er den Vorfall bedaure, aber der Transporteur habe mit seiner Pflicht gehandelt. Später wurden ihm einige Erleichterungen zu teil. Er wurde dann entlassen und war so rüchrichtig gegen die Gefängnis-Verwaltung, man kann vielleicht sagen, so schwach, daß er die ihm widerfahrte Behandlung nicht sofort zum Gegenstand einer öffentlichen Verhandlung machte, weil er den Versicherungen glaubte, es sei nur ein momentaner Mißgriff gewesen. Das hat er bitter büßen müssen. Es kam die Zeit, wo er zum zweitenmal das Gefängnis bezogen mußte. Dem Gefangenen wurde die Selbstbeschäftigung nicht gestattet. Auf seinen Antrag, in freien Stunden seine eigenen Bücher studieren zu dürfen, erwiderte der Direktor, ein Privatmann könne sich eine Bibliothek halten, ein Gefangener nicht. Der Bedauernswerte mußte Kaffeebrot leben. Am 2. Oktober fand wieder der entsetzliche Transport statt, über den Bredendeb selbst schrieb: „Ich erhielt zum Rücktransport einen Dortmunder Polizeibeamten. Dieser transportierte mich wie einen gemeinen Verbrecher gefesselt. Meine Proteste dagegen waren erfolglos; als er mir das Schloß auflegte, zog er mir mehrmals die Arme aneinander, ob es auch fest sei. Ich wurde durch die Straßen zum Bahnhof befördert und gelangte dabei an meiner Frau, Bruder und Mutter vorbei, die sich zum Abschied eingefunden hatten. Die Fesseln wurden mir selbst während der dreißtündigen Fahrt im Eisenbahnwagen nicht gelöst.“

Das ist der Thatbestand. Es hat nentlich ein Regierungsvertreter in der Budgetkommission gesagt, die Verantwortung für diese Handlungsweise müsse die Polizeiverwaltung in Dortmund. Auf den von der Staatsanwaltschaft angestellten Transportgeleit hat aber ausdrücklich gestanden: „In zu fesseln.“ (Wohl! Wohl! bei den Socialdemokraten.) Das habe ich von verschiedenen a priori zuverlässigen Leuten gehört. Es scheint also nicht ein Mißgriff eines untergeordneten Beamten gewesen zu sein, sondern eine berechnete, planmäßige Mißhandlung, durch die man gerade diesen Mann hat treffen wollen. Im preussischen Abgeordnetenhause hat nentlich der preussische Minister des Innern bei der Erörterung über den Fall Kullenkampff gesagt: Ueber den Fall Bredendeb des Näheren einzugehen, erachte ich für überflüssig. Es handelt sich nicht um einen Untersuchungs-Geangenen, sondern um einen Straf-Geangenen, auch nicht um einen höher gebildeten Redacteur, sondern um einen Bergmann, der von einer socialdemokratischen Zeitung als Sireddacteur angenommen worden war. Das ist, bezüglich der Behandlung, er sei kein Untersuchungsgefangener gewesen, eine objektive Unrichtigkeit. Was sie sonst noch ist, werde ich nachher sagen. Herr v. Tschirnborn hat in der Budgetkommission zugegeben, daß die Vorschriften für die Fesselung der Gefangenen von den Beamten nicht beobachtet worden seien. Die Regierung hat ihre Mißbilligung ausgesprochen. Das klingt schon etwas anders und stellt einen Unterschied dar gegenüber der Anordnung im preussischen Landtag. Es beweist doch, daß man sich hier nicht so benehmen wagt, wie man glaubt, es im preussischen Abgeordnetenhause thun zu dürfen. (Sehr richtig! bei den Soc.)

Wenn es ein Mißgriff war, warum hat der Herr Minister Frhr. von Hammerstein denselben nicht auch im preussischen Abgeordnetenhause zugegeben. Er hat im Gegenteil, anstatt es zuzugeben, wie es nach meiner Meinung die Pflicht eines wahrheitsliebenden Mannes wäre, die Gelegenheit bei den Worten herbeizuziehen, um gegen Bredendeb noch eine recht provokatorische Beleidigung in die Welt zu schleudern, indem er ihn als Sireddacteur bezeichnete. Das hat er gekonnt, sich dort erlauben zu können, hier würde er es wohl vermeiden haben. Auch mit der Entschuldigung des Herrn von Tschirnborn ist die Sache noch lange nicht abgethan. Es genügt nicht, wenn irgend ein untergeordneter Beamter mit einem kleinen Schubs bedacht wird. Erst sollte sich Herr v. Hammerstein entschuldigen, daß er Bredendeb beleidigt hat

und dann sollte Vorzorge getroffen werden, daß solche Dinge nicht wieder vorkommen.

Die Behauptung, Bredendeb sei ein Sireddacteur, ist eine grobe Unwahrheit. Ich weiß nicht, wie sich der preussische Minister das vorstellt. Er hat wahrscheinlich an die Analogie gedacht, die zwischen einem Redaktionskollegium und einem Regierungskollegium in mancher Beziehung bestehen. Aber er hat wohl die Analogie zu weit getrieben. Wir haben freilich von Bundesratsmitgliedern gehört, die abstimmen ohne zu wissen, aus welchem Grunde, von Ministern, die erklären, eine von ihnen gegenzeichnete Regierungshandlung nicht vertreten zu können, weil sie sie für Handlungen der Krone ansehen, für die sie keine Rechenschaft übernehmen wollen. Wenn man also von Leuten spricht, die für etwas vor ihnen zu Verantwortende die innere Verantwortung ablehnen, so sollte man viel lieber von Sireddactoren als von Sireddactoren sprechen.

Die Thatfache selbst ist aber auch vollkommen unrichtig. Ich kenne Bredendeb und weiß, daß er ein höchst selbständiger Redacteur ist. Er hat eine Reihe von Artikeln über die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke geschrieben, die höchst sachkundig, forciert und gewandt abgefaßt waren und da er sie mit seinem Anfangsbuchstaben A. B. unterzeichnete, in der gesamten Presse irrtümlicherweise unserem Kollegen August Bedel zugeschrieben wurden. Das wäre wohl nicht geschehen, wenn Bredendeb nicht ein ganz selbständiger Redacteur wäre. Er hat sogar einmal, als ihm eine Stelle in einem bereits im Druck befindlichen Artikel nicht gefiel, die Maschine aufhalten lassen und eine neue Auflage drucken lassen. Das beweist doch einen hohen Grad von Selbstständigkeit. (Während dieser Ausführungen ist Staatssekretär v. Nieberding im Saale erschienen.)

Es ist ein lächerlicher Standpunkt, jemand nicht als gebildeten Menschen, als Redacteur anerkennen zu wollen, weil er aus dem Arbeiter- oder Handwerkerstande hervorgegangen ist. Der Reichstag, in dem so viele Leute ohne gelehrte und Universitätsbildung sitzen, wird sich wohl auch einen derartigen Standpunkt nicht gefallen lassen. Das ist ja gerade das Glück im Schriftsteller- und Journalistenberuf, daß noch Leute hineinkommen, die aus dem Leben stammen und Fühlung mit dem Leben haben. Daran kann dieser Verurtheilte stolz sein. Unerhört ist die Bemerkung des Gefängnisdirectors, die er Bredendeb gesagt hat mit Rücksicht auf seine Thätigkeit als Journalist: er habe seinen Beruf verfehlt. Diese Lebensart stammt ja von einem größeren. Deshalb ist es aber noch nicht jedem Subalternen gestattet, sie in beleidigender Weise einem Gefangenen ins Gesicht zu werfen. Vielmehr wäre sie auf manche Gefängnisdirectoren, die früher Offiziere waren, anzuwenden.

Bei Bredendeb konnte von Muthverdracht keine Rede sein. Wann hat sich überhaupt ein socialdemokratischer Redacteur der Verhöhnung einer Gefängnisstrafe durch die Flucht entzogen? Das Vergehen Bredendeb's bestand darin, daß er die Bestrebungen, den Arbeitern des Ruhrreviers ihr Koalitions- und Versammlungrecht zu vereiteln, gegipfelt hatte. Dort herrscht die Praxis, daß man Saalbesitzer, bei denen socialdemokratische Versammlungen stattfinden sollen, die Sperre und damit eine wirtschaftliche Schädigung androht. Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt und Bredendeb hatte es so genannt, wie man es zu nennen pflegt. Trotzdem er durch viele Zeugen den Beweis dafür erbracht wurde, er verurteilt. Ich stimme ihm nun darin nicht bei, daß er diese Strafe als eine Schmach empfunden hat. Es ist nachgerade unter anständigen Menschen eine Ehre geworden, in Deutschland im Namen der Gerechtigkeit davor behandelt zu werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Bredendeb hat die Sache meiner Ansicht nach zu sentimental aufgefaßt. Das ist aber keine Entschuldigung für die Leute, die ihn gefesselt haben. Auf diese fällt die Schuld zurück, auf sie und das System, das so etwas möglich macht. Auch die Verlegung der Selbstbeschäftigung ist eine Qualerei und eine Gefährdung. Nach § 16 des Strafgesetzbuches müssen Gefangene in einer ihren Fähigkeiten entsprechenden Weise beschäftigt werden. Das bedeutet aber bei litterarisch thätigen Leuten die Beschäftigung mit Büchern usw. Das hat auch schon in den sechziger Jahren Windhoff gepredigt, leider vergeblich. Man wirt um Socialdemokraten vor, daß wir für verurteilte Preßkämpfer eine andere Behandlung forderten als für andre Gefangene. Wenn es gilt, Socialdemokraten zu schuhriegeln, werden die Behörden plötzlich von einem Fanatismus der Gleichheit ergriffen, den sie in andern Fällen nicht zur Anwendung bringen. (Sehr richtig! bei den Soc.) Wenn man in Preußen von Demokratie und Gleichheit redet, wird mir immer angst und bange. (Weiterleitet links.) Wie war es denn beim Prinzen Arenberg? Dieser wurde zu Zuchthaus verurteilt und dann zu Gefängnis begnadigt. Er wurde nicht ins Militärgefängnis, sondern in das Civilgefängnis abgeführt und genoh eine Zeitlang den Vorzug der Selbstbeschäftigung und der Selbstbeschäftigung. Ich habe nichts gegen eine angemessene Behandlung, möchte aber bitten, daß sie allen in gleicher Weise zu teil werde. Der Fall des Kommerzienrats Horffe, der schleimigst wegen Gesundheitschadens beurteilt wurde, ist in diesem Hause schon besprochen. Manchmal werden Verbrecher höchst cavaliermäßig behandelt. Es ist höchste Zeit, daß auf dem Gebiete der Behandlung aller politischen Gefangenen, der wegen Vergehens Verurteilten, eine Aenderung eintritt. Es ist überhaupt höchste Zeit, daß das Strafvolksgesetz dem Reichstag vorgelegt wird, und ich frage den Herrn Staatssekretär, wie weit seine Vorarbeiten hierzu geblieben sind und welche Verbesserungen er uns machen kann. Es existieren ja eine Menge theoretischer Vorarbeiten auf diesem Gebiete. Mit Benutzung dieser Literatur wäre es eine kleine Arbeit, um einen solchen Entwurf vorzulegen. Die verbündeten Regierungen haben aber unter sich ein Strafvolksgesetz vereinbart und diese in den einzelnen Bundesstaaten als Landesreglement in Kraft gesetzt. Sie haben damit das Gesetzgebungsrecht des Reichstags einfach umgangen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn sich die verbündeten Regierungen vereinbaren über generelle Reglemente, ohne gleichzeitig dem Reichstag das Gesetz vorzulegen, in dem das verordnet sein müßte, so ist das eine Umgehung des verfassungsmäßigen Gesetzgebungsrechts des Reichstags.

Ich muß noch eine andre Angelegenheit zur Sprache bringen. Es handelt sich um einen Bericht, der in diesen Tagen durch die Zeitungen gegangen ist. Es heißt in einer Berliner Korrespondenz, daß die preussischen Minister des Innern und der Justiz eine gemeinsame Verfügung oder in Uebereinstimmung mit einander eine Verfügung erlassen hätten über die Behandlung von Anklagen gegen Arbeitergewerkschaften. Die Minister haben Anweisung gegeben, solche Gewerkschaften, die andre durch sog. Drohungen zur Teilnahme an ihren Vereinen anzuregen suchen, wegen Erpressung zu lassen, indem man dabei unterstellt, daß die Gewerkschaften einen Vortheil aus dem etwa an sie zu zahlenden Beitragsgeldern hätten. Diese Anweisung ist die Konsequenz einer ungeschickten und ungeredeteren Rechtsprechung, die man eigentlich voraussehen konnte. Es geht nicht so weiter mit der Auslegung des Erpressungs-Paragraphe durch die Judikatur. Nach dieser Auslegung kann jeder anständige Mensch, der nur von einem gesetzlichen Recht Gebrauch macht, wegen Erpressung bestraft werden. Die Bestimmungen über Erpressung im Strafgesetzbuch zeichnen sich durch eine ungewöhnlich hohe Minimalstrafe aus, und man versteht darunter im Sprachgebrauch eine der niedrigsten und gemeinsten Vergehen. Es handelt sich um den § 253 des Strafgesetzbuches, wonach bestraft wird, wer in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögens-

vorteil zu verschaffen, andre zur Vornahme oder Unterlassung einer Handlung nötigt. Der Nachdruck liegt auf den Worten „rechtswidrig“ und „nötigt“. Das Reichsgericht hat jeden Vermögensvorteil für rechtswidrig angesehen, auf den jemand keinen vertriehen oder verweigerten Anspruch hat. Das führt zu Konsequenzen, die kein vernünftiger Mensch billigen kann. Wenn ein anständiger Kaufmann Waren verkaufen will, so wäre danach sein Anspruch so lange rechtswidrig, als der Verkauf nicht vollzogen ist. Damit wäre aber auch schon die Bedingung zur Anwendung des § 253 nach dieser Auffassung des Reichsgerichts gegeben. Es scheint auch dem Reichsgericht noch und nach lange geworden zu sein vor den Konsequenzen seiner eignen Auffassung. In der letzten Zeit sind zwei Urtheile ergangen, wonach der rechtswidrige Vermögensvorteil auch auf rechtswidrige Weise, d. h. durch eine Drohung erstrebt werden müsse. Damit ist aber die Konfusion erst recht vollendet und schließlich bleibt als Erfordernis der Strafbarkeit doch nur die Drohung übrig. Es kam danach jeder Mensch, der einen Vermögensvorteil unter Androhung irgend eines Uebels verfolgt, bestraft werden. Diese verfehlte Judikatur zieht immer weitere Kreise. Man hat in diesem Jahre Arbeiter wegen Erpressung bestraft, weil sie zu einem Arbeitgeber gesagt haben: „Wir arbeiten nicht mit jemand zusammen, der nicht in unserem Verein ist; geht er nicht, so gehen wir. Daran hat man eine Drohung gemacht und eine Anzahl ausländischer Leute zu Gefängnisstrafe verurteilt, dadurch wurde ihnen das Verbot einer Verurteilung wegen Erpressung aufgedrückt. Dieses Urtheil hat eine hiesige Zeitung nicht mit Unrecht als das Ende des Koalitionsrechts bezeichnet. Ich habe schon vor einigen Jahren auf diese verfehlte Praxis hingewiesen, und damals hat auch Abg. Wassermann sie als bedenklich bezeichnet. Als wir aber bei der Beratung der Gewerbe-novelle zu Ziffer 152e einen Antrag stellten, wodurch wir eine solche Praxis verhindern wollten, da hat uns das gesamte Haus und auch der Kollege Wassermann im Stich gelassen. Diese verfehlte Praxis hat nun endlich einen Effekt erzeugt, der zwar nicht minder verheerend ist, von dem ich aber doch eine Besserung erhoffe. Es ist nämlich in dem letzten Bande der Entscheidungen des Reichsgerichts ein Urtheil abgedruckt, dem folgender Thatbestand zu Grunde liegt: Der Vorsteher einer Konvention von Arbeitgebern, welche den Zweck hat, angemessene Preise zu erzielen, hat einen außerhalb der Konvention Stehenden zum Beitritt aufgefordert und ihm mitgeteilt, die Konvention liefere nur an solche, die alle ihre Bedürfnisse von derselben beziehen und nichts von den Outsiders. Als der Herr nicht ohne weiteres zusagte, hat man ihn wiederholt zu einer bestimmten Erklärung aufgefordert und ihm gedroht, wenn er nicht beitrete, würde man die Geschäftsführung mit ihm abbrechen und es auch den andern Firmen der Konvention mitteilen. Das ist meines Erachtens ein ganz unzulässiges Vorgehen. Das Reichsgericht hat aber den Thatbestand der Erpressung darin erblickt, und das Landgericht, an welches die Sache zurückverlesen wurde, hat den Betroffenen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Ratschlich wurde er alsbald zu einer Geldstrafe begnadigt. Wenn man Arbeiter verurteilen will, weil sie aus dem Beitritt in ihre Organisation durch sogen. Drohungen aufzusaßen, wenn Arbeitgeber ihre Arbeiter hindern, ihr Koalitionsrecht auszuüben und von ihnen die Unterschrift eines Reverses verlangen, daß sie keiner Konvention, die höhere Löhne fordert, beitreten wollen unter Androhung der Entlassung. Dies ist ein Uebel und mehr verlangt das Reichsgericht nicht zum Thatbestand der Drohung. Der Vermögensvorteil ist danach ein rechtswidriger. Das ganze Geschäftelben wird unsicher, jedes Werben für irgend eine gemeinsame Veranstaltung gefährlich. Ich frage den Staatssekretär, ist ihm etwa bekannt, ob der preussische Justizminister ein solches Circular, wie das von mir erwähnte, das die Bestrafung von Arbeitervereinen wegen Ueberschreitung des Erpressungs-Paragraphe betrifft, auch erlassen und die Staatsanwaltschaften entsprechend angewiesen hat, im Fall, daß Arbeitgebervereine solche Handlungen begehen? Das ganze Deutsche Reich ist ja mit solchen Preisconventionen überponnen. Eine, die uns am nächsten liegt, ist der brandenburgische Milieu. Dieser hat in Verhandlungen und Flugblättern ankündigung lassen, daß er alle Mißhändler, die sich seinen Preisen nicht fügen wollten, einfach vogelottiere. Das ist vollkommen gesetzlich und sein gutes Recht und ich würde deswegen keine Anklage wegen Erpressung beantragen; wenn aber der Herr Justizminister einen derartigen Erpressungsantrag gegen Arbeitervereine den ihm untergebenen Staatsanwaltschaften zur Pflicht macht und es andererseits geschehen läßt, daß unter seinen Augen in der Hauptstadt, wo er wohnt, die Mißhändler genau dasselbe thun wie die Arbeitervereine, ohne daß er hier eine Anweisung zur strafrechtlichen Verfolgung giebt, so ist mir das — ich hätte fast gesagt, ungerichtlich, aber wer unter preussischen Zustände kennt, weiß, daß das mir selbstverständlich ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Weiter möchte ich den Herrn Staatssekretär fragen, ob die Vorarbeiten für eine zeitgemäße Umarbeitung des Strafgesetzbuches im Gange sind. Das Strafgesetzbuch ist jetzt bereits dreißig Jahre alt. Es ist eine seiner Zeit ziemlich überhafter vorgenommene Ueberarbeitung des alten preussischen Strafgesetzbuches aus den fünfziger Jahren. Die Verhältnisse haben sich inzwischen total verändert, so daß man von vornherein sagen kann, daß ein solches Gesetz den Ansprüchen der gegenwärtigen Zeit nicht genügen kann. Dazu kommt noch, daß eine Menge denselber und klarer Bestimmungen des Gesetzes durch die Auslegung der Juristen in ihr absolutes Gegenteil verkehrt sind. (Sehr richtig! bei den Soc.) Wir klagen darüber, daß unsere Judikatur die von dem Gesetzgeber gewählten Ausdrücke behandelt, als wären sie mathematische Formeln, mit denen man allerhand Rechenkünste vornehmen könnte. Ueber diese Begriffs-Jurisprudenz, die abseht von dem, was das gemeine Rechtsgefühl unter einem Delikt versteht, diese Handhabung der Worte des Gesetzes, die dazu führt, daß aus dem Automaten etwas ganz Andres herauskommt, als was man hineingeworfen hat, diese Juristen-Rechtsprechung ist in erster Linie daran schuld, daß unser Strafverfahren so mangelhaft funktioniert. Graf Poladowski hat ja nentlich erklärt, die Reichsämter wären gänzlich außer Stande, Uebelsände, die in den Landesverwaltungen herrschen, abzuändern. Thatächlich ist aber von den Reichsämtern verschiedene Male recht viel Arbeit darauf verwendet worden, die verschiedenen Regierungen unter einem Hut zu bringen. Wenn sie sich nur so viel Mühe geben wollten, wie sie sich gegeben haben, um seiner Zeit das Justizhandbuch zu Stande zu bringen, um jetzt die Uebelsände der Behandlung politischer Gefangener und andres zu beseitigen, so könnten sie einiges wenigstens besser machen. Vieles berechtigigte Verlangen glaube ich im Einverständnis mit dem ganzen Hause zum Ausdruck bringen zu können. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Nieberding:

Ob eine Verfügung der beiden preussischen Minister, wie sie der Herr Vorredner erwähnte, ergangen ist, weiß ich nicht; jedenfalls würde eine solche Verfügung zu den intimen Reskripts der beiden Herren Minister gehören und sie wären mir darüber keine Rechenschaft schuldig. Auf eine Kritik der Judikatur des Reichsgerichts kann ich mich nicht einlassen. Was die reichsgesetzliche Regelung des Strafvolksgesetzes anlangt, so bedauere ich mit dem Herrn Vorredner, daß es bisher noch nicht möglich gewesen ist, diese Regelung vorzunehmen, deren dringende Nothwendigkeit ich anerkenne. Bereits vor 20 Jahren hat die Regierung einen derartigen Versuch gemacht, es stehen der reichsgesetzlichen Realisation des Strafvolksgesetzes aber sehr

große Schwierigkeiten entgegen. Um diese Regelung zu beschleunigen, sind die Einzel-Regierungen zu ihren gemeinsamen Beratungen zusammengetreten. Das war nicht verfassungsmäßig, entsprach vielmehr dem Geiste des Strafgesetzbuchs. Auch der bekannte Strafrechtsexperte v. Liszt hat auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die einer reichsgerichtlichen Regelung des Strafvollzugs entgegenstehen und hat konstatiert, daß in den Kreisen der berufenen Männer der Wissenschaft sich die Ueberzeugung befestigt, daß eine solche Regelung in befriedigender Weise nur bei Gelegenheit einer Umgestaltung unseres gesamten Strafgesetzbuchs erfolgen könne. Professor Liszt stellt also nicht auf der Seite des Herrn Heine, sondern auf dem Standpunkt der Regierung. Die Vorarbeiten zu einer solchen Gesamtrevision sind seit lange im Gange. Aber eine solche Revision kann nicht von heute auf morgen erledigt werden, sie bedeutet die schwierigste Aufgabe, die einer Gesetzgebung überhaupt gestellt werden kann, weil sie überall in politische, wirtschaftliche, ethische und sociale Verhältnisse eingreift. — Mit Bezug auf den Fall **Bredendek** hat Herr Heine gesagt: es sei keine Schande, im Gegenteil, es sei eine Ehre geworden im Namen der Gerechtigkeit so behandelt zu werden. Die Schande davon falle zurück auf die, die das thun. Das ist das Beste, welches der Abg. Heine den Gerichten in Deutschland anstellt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich magte das hier fest, damit das deutsche Volk weiß, welche Schande es sich in seinen Gerichten eingebracht hat. Was die Kompetenzfrage im Falle Bredendek betrifft, so stelle ich fest, daß es sich bei dem Transport Bredendeks nicht um einen Akt handelt, für den die Gerichte die Verantwortlichkeit zu tragen haben, sondern die Landespolizeibehörde. Der Fall ist aber der Aufmerksamkeit des Reichsjustizamts nicht entgangen und nachdem, was ich darüber erfahren habe, kann ich konstatieren, daß die Vorwürfe des Herrn Heine doch nicht so tragisch zu nehmen sind. Daß Herr Bredendek gefesselt transportiert worden ist, das haben die zuständigen Instanzen nicht für richtig gehalten. Es besteht in Preußen eine Vorschrift, nach welcher die Frage, ob ein Gefangener gefesselt transportiert werden soll oder nicht in jedem Einzelfall einer besonderen Prüfung unterworfen werden soll und daß die Fesselung nur auf schriftliche Anweisung eines höheren Beamten vorgenommen werden darf. Dieser Verfügung ist im Falle Bredendek nicht nachgegeben. Ich glaube, daß sich ähnliche Dinge nicht wieder ereignen werden. Versuchen kommen überall vor, sogar bei Rechtsanwälten. Herr Heine hat, um die ungleiche Behandlung der Gefangenen zu verdeutlichen, darauf hingewiesen, daß beim Transport Bredendeks ein Mitgefangener gefesselt, ein dritter aber ungefesselt mitgeführt wurde. Es haben hier Untersuchungen stattgefunden, die ein sicheres Resultat nicht ergeben haben. Wahrscheinlich ist der Tatbestand so, daß der dritte Mann entgegen der ausdrücklichen Order von dem Transporteur nicht gefesselt worden ist. Der Transporteur hat sich in diesem Falle von einem berechtigten Mitgefühl leiten lassen, da der Betreffende ein 70 Jahre alter Verginvalide war, der wegen glücklicher Anfälle kaum zu gehen im Stande war. Die weiteren allgemeinen Ausführungen kann ich übergehen und sie der Würdigung des Hauses überlassen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Abgg. **Gröber** und **Genossen** beantragen, die Regierung zu eruchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die den **Zweikampf** bezugenden Strafbestimmungen des 15. Abschnitts des zweiten Teils des Reichs-Strafgesetzbuchs (§§ 201—210) aufhebt und an deren Stelle 1. den Zweikampf sowie die im Zweikampf verbüßte Tötung und Körperverletzung den **allgemeinen Strafbestimmungen** des 16. und 17. Abschnitts des Strafgesetzbuchs über Verbrechen und Vergehen wider Leib und Leben unterstellt; 2. diesen allgemeinen Strafbestimmungen Vorschriften hinzufügt, welche a) die Herausforderung zum Zweikampf und die Annahme einer solchen Herausforderung, b) die Begehung von Verachtung wegen Unterlassung einer Herausforderung zum Zweikampf oder wegen Nichtannahme einer solchen Herausforderung mit Gefängnisstrafe bedrohe; 3. wegen der genannten strafbaren Handlungen neben einer verwirkten Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten auch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte dann zuläßt, wenn der Thäter sich einer ehrlosen Handlungsweise schuldig gemacht hat.

Abg. **Gröber** (L.):

Wir haben die Frage von dem **liegenden Gerichtsstand** der Presse wiederholt verhandelt. Wie weit sind die Vorarbeiten für den uns in Aussicht gestellten Gesetzentwurf über diese Materie gediehen? Eine communis opinio (gemeinsame Meinung) innerhalb der Männer der Wissenschaft über die Principien des **Strafvollzugs** ist leider noch nicht vorhanden, ebensowenig unter den Leitern der Strafanstalten. Nur die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung wird allgemein anerkannt. Ich freue mich, daß auch in die Vorarbeiten für eine allgemeine Revision des Strafgesetzbuchs eingetreten ist. Aber einzelne Gebiete können doch wohl schon vorher für sich revidiert werden. Dazu gehört vor allem die Frage der **Verhaftung des Zweikampfs**. In dieser Materie liegt ja ein Gesetzentwurf Schrader vor, der aber wohl kaum noch in dieser Session zur Verhandlung kommen wird. Weiter hat Herr **Benjamins** zum Militär-Etat einen Antrag eingebracht, der sich mit dem Zweikampf beschäftigt, wir glauben aber, daß die Materie zu dem vorliegenden Etat gehört und haben deshalb unsere Resolution gestellt. Der Hauptbestand unserer Strafgesetzgebung gegenüber dem Duell liegt darin, daß auch für die schweren Fälle nur Festungshaft vorgesehen ist. Eine besonders milde Bestrafung des Duells ist aber durchaus nicht am Plage. Wir wollen daher die Ausnahmebestimmung zu Gunsten des Duells aufheben. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **Dr. Giese** (natl.):

Auch ich halte eine teilweise Revision des Strafgesetzbuchs für dringend notwendig. Zunächst müssen die Bestimmungen über **Strafmündigkeit** dahin geändert werden, daß die Grenze vom 12. auf das 14. Lebensjahr hinaufgesetzt wird. Ein großer Uebelstand ist das Mißverhältnis in den Strafen gegen Diebstahl einerseits und Verleumdung und läbliche Nachrede andererseits. Die Strafen für **Verleumdung** sind viel zu niedrig. Durch die läbliche Nachrede eines Schanden kann die ganze Existenz eines Unschuldigen in Frage gestellt werden. Hier sollte Zuchthausstrafe eintreten. Wir begrüßen mit Freuden den Antrag **Gröber**. — Ueber den **Groben Unfug-Paragrafen** ist ja im Reichstage schon genug geredet worden. Er ähnelt mit der Zeit jenen kleinen Tieren, die im Leben des einzelnen und so auch ganzer Völker eine unheilvolle Rolle spielen. — Ein Reichsgesetz über den **Strafvollzug** ist notwendig aber nicht durchführbar vor einer Aenderung des ganzen Strafsystems. Sehr wünschenswert wäre die Einföhrung der bedingten Exekution. Auch dem Wunsch des Herrn **Gröber** auf Aenderung der Bestimmungen über den **liegenden Gerichtsstand** kann ich mich nur anschließen.

Staatssekretär **Niederding**:

Die Frage des **liegenden Gerichtsstandes** ist von den verbündeten Regierungen aufs neue verhandelt worden. Die Verhandlungen sind aber zu meinem Bedauern zur Zeit noch nicht abgeschlossen. In der Praxis haben sie aber zur Folge gehabt, daß jetzt im **großen und ganzen** der **liegende Gerichtsstand** auf die **Presse nicht mehr angewandt** wird. — Was die Herausföhrung des strafmündigen Alters von 12 auf 14 Jahre betrifft, so haben die statistischen Erhebungen leider ein Resultat ergeben, das eine Aenderung der Bestimmungen im Sinne des Herrn **Vordreders** nicht als ausführbar und zweckmäßig erscheinen läßt. Es hat sich nämlich ergeben, daß in den fünf Jahren 1894—1898 von **Kindern im Alter von 12 bis 14 Jahren** wegen Vergehen und Verbrechen **45510** verurteilt worden sind, also jährlich etwa **9000**. Noch schlimmer ist die Thatsache, daß sich in vielen Fällen unverbesserbare Spuren zeigten, daß sich die Kinder bereits zu gewohnheitsmäßigen Verbrechen ausgebildeten. 223 Fälle sind festgestellt, in denen die

bestraften Kinder wiederholt rückfällig waren. In 8 Fällen sind Kinder in diesem Alter des Wortes überführt, in 222 Fällen der vorläufigen Brandstiftung, und was das traurigste ist, in 726 Fällen sind Kinder wegen unzüchtiger Gewaltthaten an Kindern verurteilt worden. — Unter diesen Umständen ist es unmöglich, die Strafmündigkeit für diese Jahre aufzuheben, man wird höchstens darüber nachsinnen müssen, wie in anderer Weise auf das jugendliche Alter der Kinder Rücksicht genommen werden kann.

Abg. **Dr. v. Dzembovski-Pomian** (Pole):

bespricht die Mängel des Protokollverfahrens und erklärt, wir hätten eine recht gute Civiljustiz, aber eine verhältnismäßig schlechte Strafjustiz. Redner bedauert die Erklärung des preussischen Justizministers im Abgeordnetenhaus, wonach in nationalen Fragen die Abföhrungstheorie eine gewisse Berechtigung habe. Die politische Stellung dürfe im Strafprozeß keine Rolle spielen.

Staatssekretär **Dr. Niederding**:

Soweit es sich bei den vom Vordredner gerügten Fällen um Gefegwidrigkeiten handelt, steht den Parteien der Weg der Revision zur Verfügung.

Abg. **Dr. Müller-Meinungen** (fr. Sp.):

Auf dem Gebiete des Formalkrechts scheinen wir vollkommen auf den toten Punkt angekommen zu sein. Ich hoffe, daß die Vereinfachung des stiegenden Gerichtsstandes seitens der verbündeten Regierungen etwas beschleunigt wird. Auch die Frage des **Zwangszuges** bedarf dringend alsbaldiger Regelung. **Es verhößt gegen Treu und Glauben, eine Unmoralität von einem Redacteur zu verlangen und ihn zu zwingen, das Redaktionsgeheimnis zu brechen.** In einem jüngst stattgehabten Prozeß hat sogar der **Staatsanwalt** das Verfahren eines Redacteurs, der, dem Zwangszug folgend, den Namen des Verfassers eines infamirten Artikels genannt hatte, als **sehr unehren** bezeichnet. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ferner ist die **Entschädigung unschuldig Verurteilter** eine Forderung, die alsbald erfüllt werden muß. Ein **Gerbermeister** im Reichslande, der ein Vermögen von 200 000—300 000 M. besaß, wurde wegen Brandstiftung verhaftet und zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er verlor infolge seiner Verurteilung sein ganzes Vermögen. Im Wiedernahmeverfahren wurde er dann wegen völliger Schuldlosigkeit freigesprochen, und es wurde ihm eine Entschädigung von 18 M. pro Woche, insgesamt die Summe von 2160 M. zugebilligt. (Hört! hört! links.) Das sind doch empörende Verhältnisse.

Der **Fall Bredendek** ist für unsere Justizpflege und unsern Strafvollzug geradezu bezeichnend. Er beweist die völlige Veringschätzung unserer Polizei und Justiz gegenüber unserer Presse. Es ist ganz gleichgültig, ob der Betreffende Vergarbeiter oder bloß Elendredacteur war. (Bravo! bei den Socialdemokraten: Das war er nicht!) Rein, er war es nicht, aber selbst wenn er es gewesen wäre, hätte man ihn nicht wie den gemeinsten Verbrecher oder Epithubenden behandeln dürfen. (Sehr richtig! d. d. Soc.) Derartige Mißgriffe stehen leider nicht vereinzelt da. Der Fall **Kulenkampff** ist ja im preussischen Abgeordnetenhaus eingehend erörtert, aber färslich ist in Bremen mit einem ganz harmlosen Comitee wieder ein ähnlicher Fall vorgekommen. In Frankfurt wurde ein Verhafteter drei Tage lang völlig vergessen und wäre **betruhe verhungert**. (Hört! hört! links.) Alle diese Fälle legen die Forderung eines Strafvollzugsgegesetzes dringend nahe. Unsere ganze heutige Gefangnisverwaltungspraxis ist nicht länger haltbar. Eine große Zahl der deutschen Gefangnisse ist eine wahre **Brutstätte des Verbrechens und des Lasters**. Herr **Dr. Hertel** hat mit seiner wiederholten Empfehlung der **Prügelstrafe** eine gewisse Grausamkeit an den Tag gelegt, die mit keiner sonstigen weichen, positiven Naturanlage gar nicht harmoniert. (Heiterkeit.) Ich möchte Herrn **Dr. Hertel** gratulieren zu der Bundesgenossenschaft, die er auf diesem Gebiete gefunden hat. Ich meine damit nicht den gefangenen Lord **Althener**, der die gefangenen Boeren prügelte läßt. (Heiterkeit.) Wir haben vor einigen Monaten in der deutschen Presse ganz merkwürdige Nachrichten über eine seltsame Anwendung des Vergnügungsrechts gelesen. (Hört! hört! links.) Zu einer der **bedeutendsten deutschen Residenzstädte** (Heiterkeit) ist **Herrn v. Hertel** ein Helfer in der Not erstanden. Ich möchte den Staatssekretär um direkte Aufklärung eruchen, was es mit diesen Pressenachrichten auf sich hat. Es wurde behauptet, daß ein **deutscher Fürst** Kinder, Mädchen oder Knaben in einem sehr unreifen Alter, die geringe Gefangnisstrafen zu verbüßen hätten, zu **Prügelstrafe** begnadigte. Diese soll in einer sehr merkwürdigen Weise, die etwas mit der *lex Heinze* zusammenhängt, vollzogen worden sein. (Nurbe rechts, Heiterkeit links.) So weit geht doch das Vergnügungsrecht in seiner Weise. Was würde Herr **Hertel** sagen, wenn ein Redacteur zu Prügelstrafe begnadigt würde, der z. B. den **Großen Willow** wegen seiner Schwächlichkeit den Agrariern gegenüber beleidigt hätte, oder der zu einer Beleidigung des Fürsten gelangt wäre, von dem behauptet ist, daß er alles kurz und klein schlagen würde, wenn keine Handelsverträge zu Stande kämen. (Große Heiterkeit.)

Ein beschämender Fall war es, daß sich ein **deutscher Staatsanwalt** fand, der die Antwort des Grafen **Leo Tolstoj** an den Heiligen Synod in deutscher Uebersetzung **beschlagnahmen** ließ. In Sachen und zwar in der Stadt der größten Helle, (Heiterkeit) lauscierte man ein Werk, das in Rußland mit Billigung der Behörde in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet ist. In Leipzig war man also russischer als in Rußland selbst! (Heiterkeit und Beifall links.)

Wenn auch in nächster Zeit noch nicht an eine Aenderung des Strafgesetzbuchs zu denken ist, so beliebt doch in etwas späterer Zukunft, und ich hoffe, daß dann auch der deutsche Reichstag etwas liberaler und demokratischer zusammengesetzt sein wird. (Heiterkeit.) **Jurist rechts:** Es genügt schon! Rein, Herr **Gräf Moon**, uns genügt es noch lange nicht! Der **Majestätsbeleidigungs-Paragrafen** muß schon aus politischen Gründen geändert werden. Vergleich des Duellstrafs wird in einer gewissen Presse eine wohlige Heuleri getrieben. (Sehr richtig! links.) Der **Fall Baumgarten-Falkenhagen** hat doch dem Fasse den Boden angeschlagen. Der **Vordredere** hat seinem ganz schändlich betrogenen Freund die Heimliche gerandt und ihn dann einfach niedergewalzt! Während jener auf der Totenbahre lag und sein geistlicher Vater sich in Schmerzen verzehrte, da treibt sich der **Vordredere** hier mit Dinnen bei Sekt und Auktern umher! (Nurbe rechts.) Er hat sogar noch die Stürn, gegen seine Verhaftung zu protestieren! Wenn man bedenkt, daß ein **Reichs** mit einer dreizehnjährigen Bestimmung nach dem Reichs-Strafgesetzbuch weiter nichts als Festungshaft, die überhaupt keine Strafe ist, bekommt, so kann man sich wahrhaftig nicht wundern, wenn man in vielen Kreisen von **Klassenjustiz** und **Klassengefeggebung** zu sprechen beginnt! (Sehr wahr! links.) Zur **Biffer 1** des Antrags **Gröber** möchte ich die Entschärfung meiner Partei vorbehalten, mit den Punkten unter 2 und 3 sind wir vollkommen einverstanden. Das Volk versteht die geltende Rechtsprechung nicht und giebt Verleumdung. (Abg. **Stadthagen** ruft: Wir Recht!) Die Folge ist Verwirrung und Haß gegen die jetzige Gesellschaft. Diese Empfindungen werden auch genährt durch den Uelag der **preussischen Minister** der Justiz und des Innern und die Anwendung des **Exekutionsparagrafen** gegenüber den **Arbeiterorganisationen**. Wir bitten den Herrn Staatssekretär dringend, nicht notwendige Reformen zu verzögern. Eine solche Verzögerung würde das Vertrauen im Volke zur Unabhängigkeit der Rechtsprechung untergraben, und davor behüte uns der Himmel. (Bravo! links.)

Staatssekretär **Niederding**:

Von der Verhängung von **Disciplinarstrafen** in einem **kleinen Bundesstaat** ist mir nichts bekannt. Ich habe auch keine Veranlassung genommen, mich auf Grund von Zeitungsmittellungen mit der betreffenden Regierung in Verbindung zu setzen. Die Verfassung des Reichs giebt mir auch keine Handhabe, um von dem betreffenden Bundesstaate eine Aufklärung zu verlangen. Würde ich dies doch versuchen, so würde ich wahrscheinlich eine Antwort bekommen, die mir nicht willkommen sein würde.

Abg. **Heine** (Soc.):

Eine Stelle meiner Rede hat den Herrn Staatssekretär zu einem gewissen Pathos in seiner Entgegnung hingeföhrt. Ich hatte gesagt: So wie Bredendek behandelt zu werden, ist bald keine Schande mehr, und der Herr Staatssekretär bemerkte darauf: Das ist das Beste, das der Herr Abgeordnete Heine den Gerichten und den Verwaltungsbehörden ausstellt. Ich denke, die Gerichte haben mit dem Bredendekischen Fall nach der Meinung des Herrn Staatssekretärs gar nichts zu thun. Warum soll sich denn mein Urteil auf sie beziehen? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Staatssekretär hat meinen Worten einen etwas andern Sinn untergeschoben, als wie ich es ausgesprochen habe. Ich habe die einzelnen Leute, die an der Sache beteiligt sind, nicht angegriffen, weder den Transporteur noch den Staatsanwalt. Sie mögen beide ganz gute Kerle sein, aber das Unglück liegt in dem herrschenden System, an das der Einzelne gebunden ist, so daß auch der vernünftigste Beamte glaubt damit gut zu handeln, wenn er möglichst unvermeidlich das Reglement ausführt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Staatssekretär hat selbst festgestellt, daß in Dortmund generell die Anordnung gegeben sei, daß jeder Gefangene gefesselt transportiert werden solle. Auf meine Anfrage betreffend die Verfügung wegen **Verfolgung der Gewerkschaften** behauptete der Staatssekretär nicht antworten zu können. Was hat denn die Bestimmung in der Verfügung, wonach das Reich die Aufsicht über das gesamte Justizwesen und die Anordnung der Civil- und Strafgesetze hat, noch für einen Eum, wenn man bei jeder Mige darauf verwiesen wird, daß seien Interna der Verwaltungen der Einzelstaaten?

Im übrigen kann ich mich mit den Aufklärungen des Staatssekretärs über den Fall Bredendek nicht begnügen. Er gab die Schuld an der Fesselung den Verwaltungsbehörden. Er ist aber ganz darüber hinweggegangen, daß Bredendek in einem Gerichtsgefängnis gewesen ist. Der Vorsteher dieses Gefängnisses ist der erste Staatsanwalt in Dortmund, und von ihm ist der Befehl zum Fesseln ausgegangen. Die Hauptsache ist aber, daß überhaupt solche Mißgriffe vorkommen, daß sie noch von allen möglichen Seiten hier beschönigt werden, und vor allem, daß wir keinerlei Garantien haben, daß solche Sachen sich nicht täglich wiederholen. (Sehr richtig! bei den Soc.) Der Herr Staatssekretär meinte, wir würden auch der Aufsicht sein. Doch der Transporteur human und recht gehandelt habe, wenn er den dritten Gefangenen nicht fesselte. Habe ich dem Herrn Staatssekretär etwa den Vorwurf gemacht, daß der Dritte nicht gefesselt worden sei? Rein, ich habe es geladelt, daß Bredendek gefesselt worden ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — **Wichtiger ist die Verfassungfrage.** Herr **Gröber** hat sich auf den Standpunkt des Herrn Staatssekretärs gestellt. Wenn Herr **Gröber** die Rechte des Reichstags in Bezug auf die Justizgefeggebung so einschränkend auslegt und sich mir so wenig begnügen will, so ist das keine Sache. Wir sind nicht mit so wenig zufrieden. Durch diese Vereinbarungen der Regierungen über das Strafvollzugs-Reglement ist das **Gefeggebungsrecht des Reichstages ausgeschaltet** und hinter seinem Rücken etwas so stunde gekommen, worüber er nicht gefragt worden ist. Wenn übrigens es auf diesem Wege möglich war, ein gemeinsames Reglement auszuarbeiten, warum war es dann nicht möglich, eine solche Vereinbarung uns als Reichsgesetz, wenn auch nur als provisorisches Notgesetz, vorzulegen? (Sehr gut! d. d. Soc.) Ich bin durchaus der Ansicht des Herrn v. Liszt über die Schwierigkeiten, die einer reichsgerichtlichen Regelung des Strafvollzugs entgegenstehen, aber es ist ganz etwas anderes, ein vollständig bis ins Kleinste ausgearbeitetes Reglement dem Reichstage vorzulegen, als was ich verlange, ein Gesetz vorzulegen, welches die schlimmsten mit dem Strafgesetzbuch in Widerspruch stehenden Uebelstände beseitigt. Der Zustand, daß zwischen der Strafkraft im Zuchthaus und im Gefängnis nur noch nominelle Unterschiede bestehen ist ungeseglich und kann leicht durch ein paar kleine Bestimmungen beseitigt werden. Man muß irgend etwas thun. — Es ist von anderer Seite auf das **Duell** eingegangen worden. Wir haben längst darauf hingedräht, daß die Ausnahmebestimmung, die das Duell gestattet, beseitigt wird, aber auf die Art werden sie das Duell nicht weglassen, daß Sie hier härtere Strafen für das Duell vorsehen. **Sie wissen genau, daß ein solcher Entwurf nie die Anerkennung der Regierung finden wird** und wenn ich es offen sagen soll, auch nicht finden kann. So lange die Partei, die die maßgebende Macht hat, zu deren Erbegriff das Duell nicht gehört, so lange fortwährend namentlich die **kerisale Partei** die Macht dieses Junkertums systematisch stärkt, werden Sie sich auch mit dem Aufzug des Duells abfinden müssen, denn die Junkler werden sich das nicht wehren lassen, das gehört zu ihren Traditionen. **Wollt Ihr das Duell beseitigen, so beseitigt die Junker**, anders ist es nicht möglich. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Ich bin auch nicht der Meinung des Herrn **Gröber**, daß man die Festungshaft abschaffen solle, im Gegenteil soll man sie ganz erheblich ausdehnen. Ich fürchte, wenn man erst einmal den Aufzug macht, die Festungshaft zu beseitigen, man sie auch für politische Vergehen beseitigen wird.

Einer der Herren Vordredner hat einer erheblichen **Verföhrung der Strafen wegen Verleumdung** das Wort geredet. Herrschte bei uns eine andre Justiz, eine andre Verwaltungspraxis, so ließe sich vielleicht darüber reden; aber wie das bei uns ist, ist es einfach ausgeschlossen die Strafen wegen Verleumdung noch zu verschärfen. Schon heute bilden die §§ 185 und 187 des Strafgesetzbuchs das **Mittel für die Behörden, die Mächtigen, die herrschenden Klassen jede Kritik ihres Verfahrens abzuschneiden**. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das ist schon in den 50er und 60er Jahren in Preußen so gewesen und wird jetzt von Jahr zu Jahr schlimmer. Selbst die politischen Parteien unter sich sind nicht immer so anständig, auf dieses unedle Kampfsmittel zu verzichten, aber vollständig zum System erhoben ist das bei den Verwaltungen, bei den Regierungen. Aber viel schlimmer ist es bei der Kritik öffentlicher Mißstände. Durch die Auslegung des § 198 wird jedes ideale Interesse nicht mehr als berechtigt anerkannt, sondern nur noch das persönliche Geldsachinteresse. Die Judikatur hat es so weit gebracht, daß man überhaupt außer von dieser Stelle öffentliche Uebelstände nicht mehr rügen kann, wenn man nicht wegen Verleumdung ins Gefängnis kommen will. So wie man bei uns den Begriff der Verleumdung heute auffaßt, würde eine Strafverschärfung auf diesem Gebiete gleichbedeutend sein mit der **Verhinderung der Kritik öffentlicher Einrichtungen**, Kritik aber kann allein das öffentliche Leben gesund, schärfen Sie die ab, dann treiben Sie alle Krankeiten von außen nach innen und das Volk verfällt in der That einer langsamen Föhrnis. Darum halte ich jeden solchen Versuch für das Gefährlichste, was uns geboten werden kann. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär **Niederding**:

Im Mißverständnis in der Presse zu verhalten, muß ich auf das bestimmteste erklären, daß ich das gerade Gegenteil über die Verfügung wegen der Fesselung beim Transport Gefangener von dem gesagt habe, was mich der Abg. Heine hat sagen lassen. Ich habe erklärt, daß eine Verfügung erzwungen ist, wonach die Behörden angewiesen werden, bei dem Transport von Strafgefangenen eine Fesselung eintreten zu lassen, ohne Prüfung des besonderen Falles. Sollte die Fesselung doch nötig erscheinen, so soll sie der Transporteur nicht ausführen, bevor nicht ein höherer Polizeibeamter die Ermächtigung dazu schriftlich gegeben hat.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Persönlich erklärt

Abg. **Heine** (Soc.): Ich habe mich vorher verprochen. Die Verordnung, wonach in Dortmund jeder Gefangene beim Transport gefesselt wird, hat nicht der Staatssekretär, sondern der Abg. Müller-Meinungen mitgeteilt.

Nächste Sitzung: **Montag 1 Uhr:** Rechnungsföhrer. Befehl über das Genfer Neutralitätszeichen. Etat des Reichs-Justizamts. Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

Schluß 6 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonntag, 9. Februar.

**Freie Volksbühne.** Carl Weib. Theater. 8. Abteilung und 9. Abteilung: Dantons Tod. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Sessing-Theater. 2. Abteilung und 3. Abteilung: Hans Rosenhagen. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Opernhaus.** Cavalleria rusticana (Bauern-Hör). Poff. Coppola. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Agnes Bernauer.  
Montag: Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.  
**Schauspielhaus.** Die Schöne. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Die Jungfrau von Orléans.

**Neues Opern-Theater (Kroll).** Das große Licht. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Montag: Fünftes großes sinfonisches Abonnement-Konzert d. Berliner Tonkünstler-Orchesters.  
Mittags 12 Uhr: Öffentliche Hauptprobe.

**Schiller.** Der Revisor. Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Einsame Menschen.  
Montag: Familie Fourchambault.  
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Rosenmontag.  
Montag: Es lebe das Leben.

**Berliner. Alt-Heidelberg.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.  
Montag: Alt-Heidelberg.  
Sessing. Das Glück. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Amphitryon. — Der eingebildete Kranke.

**Herbena.** Verliebter Nachbar: Furcht vor der Schwiegermutter. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagen-Kontrollant.  
Montag: Verliebter Nachbar: Furcht vor der Schwiegermutter.  
**Neues.** Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Der Beliebigste.

**Wesken.** Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags zu halben Preisen: Der Freischütz.  
Montag (Schüler-Vorstellung): Uubine.  
**Secessionsbühne.** Dantes Osterschmid. Anfang 8 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.

**E. v. Wolzogens.** Bunter Theater (Usherbratt). Anfang 8 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Schall und Rauch.** Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Vorstellung zu ermäßigten Preisen.  
Montag: Vorstellung vor Serenissimus.

**Trianon.** Lebende Lieder. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 4 Uhr (früher Künstlerhaus): Tierische Kinder-Quartett.  
Montag: Lebende Lieder. Kleine Spiele.  
**Central.** Yvette Guilbert mit ihrer Gesellschaft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Der Seefahrer.  
Montag: Yvette Guilbert mit ihrer Gesellschaft.

**Thalia.** Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Mutter und Sohn.  
Montag: Seine Kleine.  
**Luffen.** Die Grubener. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Dorf und Stadt.  
Montag: Der Walzerkönig.

**Carl Weib.** Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die drei Wünsche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Die Hiebertmaus.  
Montag: Die drei Wünsche.

**Velje-Mitance.** Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Cyphus.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Charivari.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 3 1/2 Uhr: Vorstellung zu halben Preisen.

**Metropol.** 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Apollo.** Gastspiel des Central-Theater-Ensembles. Das süsse Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.

**Central.** Yvette Guilbert mit ihrer Gesellschaft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Der Seefahrer.  
Montag: Yvette Guilbert mit ihrer Gesellschaft.  
**Thalia.** Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Mutter und Sohn.  
Montag: Seine Kleine.

**Luffen.** Die Grubener. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Dorf und Stadt.  
Montag: Der Walzerkönig.  
**Carl Weib.** Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die drei Wünsche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Die Hiebertmaus.  
Montag: Die drei Wünsche.

## Schiller-Theater

(Wagner-Theater).  
Sonntagmittag 3 Uhr:  
**Einsame Menschen.**  
Drama in 5 Akten von G. Hauptmann.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Der Revisor.**  
Einführung in 5 Akten v. Nikolaj Gogol.  
Deutsch von G. v. Schabert.  
Montagabend 8 Uhr:  
**Familie Fourchambault.**  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Der Jongleur.**

## Central-Theater.

Heute Sonntag: 2 Vorstellungen.  
Nachm. 3 Uhr, halbe Preise:  
**Der Seefahrer.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Gastspiel Yvette Guilbert**  
mit ihrer Gesellschaft.  
Monteja, Lagay, F. Villé, Mme. Dora Fragerolle, Clement-George.  
Montag: Gastspiel Yvette Guilbert.

## Carl Weiss-Theater.

Große Franzosenstr. 132.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Das Jungfernstift.**  
Operette in 4 Akten von Ernest Guinot.  
Musik von Jean Gilbert.  
Wina Michetti als G. G. G.  
Morgen: Das Jungfernstift.  
Anfang 8 Uhr.  
Dienstag, zum 50. Male: Das Jungfernstift.

## Belle-Alliance-Theater.

**Die Dame aus Trouville.**  
Schwank in 3 Akten u. 3 Aufz. in 3 Akten.  
Emil Sondermann, Ferd. Wornat, Miss Richter, Holo Weston.  
Hierauf: Er.  
Abends 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

## Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.  
Mit vollständig neuer Ausstattung:  
**Seine Kleine.**  
Große Ausstattungsvorstellung mit Gesang und Tanz in 3 Akten.  
Paula Böhm u. G., Guido Thielker, Helmerding, Junfermann, Paulsen, Gerda Walde, Holz, Wagners, Junfermann.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonntag, 9. Februar, nachmittags 3 Uhr (kleine Preise): Mutter u. Sohn.

## Apollo-Theater.

Gastspiel des Central-Theater-Ensembles.  
**Das süsse Mädel.**  
Ferner: Arvida Svensson.  
**The Leamy-Truppe.**  
Beginn der Spezialitäten 7 1/2 Uhr.  
Beginn der Operette 8 Uhr.

## Sanssouci

Kottbuserstr. 4 n.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Eine Theaterprobe.  
Nach jeder Probe:  
**Tanzkränzchen.**  
Am Friktagabend:  
Extra Fastnacht-Mit-Vorstellung und Fastnacht-Tanzkränzchen.  
Eintritt wie gewöhnlich, Tanz frei.

## Cirkus Busch

Sonntag, 9. Februar: Zwei große Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: Nie gut Brandenburg jallewege. Abends 7 1/2 Uhr: Klondike. Orig. Pantom.

## Cirkus A. Schumann.

Sonntag, den 9. Februar 1902:  
**2 große außerordentliche 2 Gala-Vorstellungen.**  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Ganz besonders gewähltes Programm und abends 7 1/2 Uhr.  
In beiden Vorstellungen: Die sensationellen für Berlin vollständig neuen Spezialitäten u. a.: Der vollständig neue Akt des Mons. Edouard Sosmann u.  
In beiden Vorstellungen: Direktor Ad. Schumanns neueste Original-dressuren, sowie Kostreien familiärer Klaviers- und Klavierspiele.  
Nachmittags auf allen Plätzen ein Kind frei.  
Am 10. Male: Phänomenal! Ken!  
**L'écuyère lumineuse?**  
Zum Schluss: In Feuer und Blümen.  
In beiden Vorstellungen nachm. und abends:  
Die große Ausstattungsvorstellung u. a. des berühmten Hofschauspielers u. Stenographen: **Mephisto**  
ca. 600 Mitwirkende, 2 Musikorps. Besonders hervorzuheben: Der leuchtende Akt: **Im Reiche der Liebe.** Das Hexen-Trampolin. Die letzte Teufel-Vorstellung. Fausts Höhenritt.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Frühlingslage an der Riviera  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
Im Hörsaal um 8 Uhr:  
Die Lebensgeschichte einer niederen Pflanze.  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

## Castans Panoptikum

Friedrich-Strasse 105.  
Der König der Kraftturner (der stärkste Mann der Welt), der Berliner  
**Alex Meyer**  
hebt 300 Pfund - Scheibenstange!!  
Neu!! Tiroler Sänger- u. Schupplattler-Gesellschaft aus Innsbruck.

## Passage-Theater.

Anfang 5 Uhr. Anf. des Abendprogramms 8 Uhr.  
Ganz Berlin spricht von der siebenjährigen **Lola Gray**  
in dem erschütternden Mimosendrama:  
**Der Bajazzo und sein Kind.**  
Der wunderbare Imitator von Otero und Fougère  
**Lanzetta.**  
Damenluftkampf.  
5 Sisters Wanton.  
16 erstklassige Nummern.

## Casino-Theater.

Lehringstr. 37.  
Gastspiel **Wilhelm Richter** in der Gesangsrolle **Lulige Brüder.** Dazu **Chrios** und das **neue Programm.**  
Anfang Wochen 8 Uhr, Sonn. 7 1/2 Uhr.  
Sonntagabend 4 Uhr: **Winterlegen.**

## Palast-Theater

(früher Feen-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Sonntag, den 9. Februar 1902:  
Zum 1. Male! Nur einige Tage!  
**Les Heissard.** Hauptrolle: Max Reichard auf der 30 Fuß hohen Luft-Schneebedecke.  
Einzig existierende Nummer.  
Um 9 Uhr: Dir. Wink. Fröbel in der Operette  
**Die süßen Mädel.**  
Dazu das neue glänzende **Februar-Programm.**  
Anfang 7 Uhr. Ermäßigte Preise.  
Eintritt 30 Pf. Portiere 50 Pf.  
Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

## W. Noacks Theater.

Brunnenstr. 16.  
**Hopfenraths Erben.**  
Vollständig mit Gesang in 5 Akten von Heinrich Hülsen. Musik von G. Steffens.  
Heute: **Tanzkränzchen.**  
Montag:  
**Hopfenraths Erben.**

## Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang Wochen 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

## Indische Menagerie

im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor)  
Lehringstr. 1-7.  
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Decker mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie **Löwen-Ringkampf** und **Fütterung** um 4 u. 8 1/2 Uhr.  
Eintritt: I. Platz 1 R., II. Pl. 60 Pf., III. Pl. 20 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Gebühr zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.  
Die Direktion: Froese.

## Wo amüsiert man sich grössartig?

In Schnogelbergs Festhallen  
Inhaber: **Max Schindler**  
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
Heute: **Größer Ball**  
verbunden mit Cigarren, Gondeln-Regen und diversen Ueberraschungen.  
Eintritt: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**  
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Eintritt frei.  
2325\*

## Schall und Rauch

(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Sonntag, 9. Februar, ab. 8 1/2 Uhr:  
Vorstellung vor Serenissimus  
Bauernkomödie. Grenze. Abschieds-souper. Ein ruhiges Heim.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr u. a.: Die Weber vor Serenissimus.

## E. von Wolzogens

Bunter Theater (Usherbratt)  
Küpnickerstr. 68.  
Heute Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen und ab. 8 Uhr:  
**Lina Abarbanell.**  
Neu! Atelierspek, Pantomime von Richard Wendriner. Musik von Ludw. Schytte. Nora. Der Nachbar. Satyrisches Schattenbänkel.

## Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.  
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:  
**'ne feine Nummer!**  
Burleske Ausstattungsvorstellung mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.  
Im 4. Bilde:  
**Frauchens Weihnachtstisch.**  
Anfang 1/2 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

## Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Grösste Vergnügungsort Berlins  
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung  
Tägl. Anstich des „Urbock“  
**Bockbier-Jubel u. Trubel.**  
Ausschank:  
Berliner Bock-Brauerei.  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

## Trianon-Theater.

Georgenstrasse, Ecke Universitätsstr.  
Madonnenschön. Lebende Lieder.  
Anf. 8 Uhr. Parkett 2 M.

## Charivari-Theater.

Alte Jakobstr. 37.  
Neues glänzendes Februar-Programm.  
Pepi Weiss, Mizzi Braun, Lotte Sebus, Albert Kühne, Max Reichard u. a.  
1/4 Uhr Nachm.-Vorstellung zu halben Preisen.  
1/8 Uhr Beginn der Abend-Vorstellung.

## Wandel-Panorama.

Leipzigerstr. 73/74  
am Dönhofsplatz  
**Orient-Reise** mit der Luftmacht **Prinzessin Victoria Luise**. Vorstellungen täglich 12, 2, 4, 6, 8 Uhr.  
Eintritt 50 Pf. 717\*

## Schweizer Garten

Am Königsthor  
Am Friedrichshain  
Jeden **Sonntag Ball**  
bei großem Orchester.  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
**Urania**  
Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag:  
**Grosser Ball.**  
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.  
Empfiehlt mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.  
3180\* C. F. Walter.

## B. Krügers Restaurant.

Berlin, Raunysstr. 6.  
Sonntag: Familien-Abend.  
**Grosses Vereinszimmer**  
mit Piano zu vermieten. 2628  
**H. Dobberahn.** Fruchtstr. 61.  
**Patentanwalt Dammann,**  
Horstplatz 57.  
Ankunft bis abends neun. (3350\*)  
**Brothelle für Dichter.**  
50 Jahre alte Tischerei - Hans Scheune u. - in Garmersdorf-Sperenberg, a. d. Wittichenleubingsthal der Eisenbahnbrücke, tadelloser preiswert zu verkaufen. Anzahl. 1200 bis 1300 R. Nähere Auskunft erteilt Julius Bonwitz, Kanonenstr. 8, 8/10\*

## Bereinigung der Maler.

Am Dienstag, den 11. Februar cr., abends 8 Uhr, Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder - Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl der örtlichen Verwaltung. 2. Wahl der Delegierten zum Provinzialkongress. 3. Bericht des Delegierten in der Gewerkschaftskommission und Bericht des Delegierten in der Gewerkschaftskommission und Bericht des Delegierten. Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Mitgliedsbuch legitimiert. Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

## Buss' Salon und Stehbrücke.

Gr. Franzosenstr. 85.  
Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Freitag: **Ball.** Empfiehlt meinen Saal nebst Garten an Vereine zu Festlichkeiten an Sonnabenden.  
3398\* Otto Theel.

## Die Sensation der letzten Pariser Welt-Ausstellung

Wunder der Elektrizität!  
**Illusions-Palast**  
Königsstrasse neben „Israel“  
Kolossaler Erfolg!  
Nur noch kurze Zeit.  
Geöffnet von 2-10 Uhr nachm.  
Entree 20 Pf., Kinder die Hälfte.

## Emil Günther,

prakt. Uhrmacher und Goldarbeiter.  
O., Köpenickerstr. 82.  
**Blutarme, u. Krauche** trinken mit größtem Erfolg **California-Blutwein** kein Präparat, feurig süß **Kraft-Rotwein** kräftigstes Stärkungsmittel von köstlichem Geschmack.  
3221\*  
Schafft Mut und Kraft.  
1/2 Flasche 2 R., 1/4 Flasche 1 R. 25 Pf.

## Suften, Heiserkeit, Reichels rühmlich bekannte

**Bonbon-Pectoral**  
von großer Wirkung, wirken sicher lindern und beruhigend, wohltätig für **Lunge und Hals**  
1 Pfund 1,25 R., 1/2 Pfund 30 Pf.  
**Kernduften** wird sofort gemildert, die Hustenanfälle werden bedeutend schwächer und seltener und die Dauer des Hustens wesentlich verkürzt durch den unschädlich wirkenden **Schwarzen Johannisbeerjaff**  
Flasche 50 Pf. u. 1/2 - 1/4 - 1/8 - 1/16 - 1/32 - 1/64 - 1/128 - 1/256 - 1/512 - 1/1024 - 1/2048 - 1/4096 - 1/8192 - 1/16384 - 1/32768 - 1/65536 - 1/131072 - 1/262144 - 1/524288 - 1/1048576 - 1/2097152 - 1/4194304 - 1/8388608 - 1/16777216 - 1/33554432 - 1/67108864 - 1/134217728 - 1/268435456 - 1/536870912 - 1/1073741824 - 1/2147483648 - 1/4294967296 - 1/8589934592 - 1/17179869184 - 1/34359738368 - 1/68719476736 - 1/137438953472 - 1/274877906944 - 1/549755813888 - 1/1099511627776 - 1/2199023255552 - 1/4398046511104 - 1/8796093022208 - 1/17592186044416 - 1/35184372088832 - 1/70368744177664 - 1/140737488355328 - 1/281474976710656 - 1/562949953421312 - 1/1125899906842624 - 1/2251799813685248 - 1/4503599627370496 - 1/9007199254740992 - 1/18014398509481984 - 1/36028797018963968 - 1/72057594037927936 - 1/144115188075855872 - 1/288230376151711744 - 1/576460752303423488 - 1/1152921504606846976 - 1/2305843009213693952 - 1/4611686018427387904 - 1/9223372036854775808 - 1/18446744073709551616 - 1/36893488147419103232 - 1/73786976294838206464 - 1/147573952589676412928 - 1/295147905179352825856 - 1/590295810358705651712 - 1/1180591620717411303424 - 1/2361183241434822606848 - 1/4722366482869645213696 - 1/9444732965739290427392 - 1/18889465931478580854784 - 1/37778931862957161709568 - 1/75557863725914323419136 - 1/151115727451828646838272 - 1/302231454903657293676544 - 1/604462909807314587353088 - 1/1208925819614629174706176 - 1/2417851639229258349412352 - 1/4835703278458516698824704 - 1/9671406556917033397649408 - 1/19342813113834066795298816 - 1/38685626227668133590597632 - 1/77371252455336267181195264 - 1/154742504910672534362390528 - 1/309485009821345068724781056 - 1/618970019642690137449562112 - 1/1237940039285380274899244224 - 1/2475880078570760549798488448 - 1/4951760157141521099596976896 - 1/9903520314283042199193953792 - 1/19807040628566084398387907584 - 1/39614081257132168796775815168 - 1/79228162514264337593551630336 - 1/158456325028528675187103260672 - 1/316912650057057350374206521344 - 1/633825300114114700748413042688 - 1/1267650600228229401496826085376 - 1/2535301200456458802993652170752 - 1/5070602400912917605987304341504 - 1/10141204801825835211974608683008 - 1/20282409603651670423949217366016 - 1/40564819207303340847898434732032 - 1/81129638414606681695796869464064 - 1/162259276829213363391597389320128 - 1/324518553658426726783194778640256 - 1/649037107316853453566389557280512 - 1/1298074214633707107132781154561024 - 1/2596148429267414214265562309122048 - 1/5192296858534828428531124618244096 - 1/103845937170696568570622492364811904 - 1/207691874341393137141244984729623808 - 1/415383748682786274282489969459247616 - 1/830767497365572548564979938918495232 - 1/1661534994731145097129959877836904448 - 1/3323069989462290194259919755673808896 - 1/6646139978924580388519839511347617792 - 1/13292279957849160777039679022755355584 - 1/26584559915698321554079358045510711168 - 1/5316911983139664310815871609102142336 - 1/10633823966279328621631743218204284672 - 1/21267647932558657243263486436408569344 - 1/42535295865117314486526972872817138688 - 1/85070591730234628973053945745634277376 - 1/170141183460469257946107891491268554752 - 1/340282366920938515892215782982537109504 - 1/680564733841877031784431565965074219008 - 1/1361129467683754063568863131930148438016 - 1/2722258935367508127137726263860296876032 - 1/5444517870735016254275452527720593752064 - 1/10889035741470032508550905055441187504128 - 1/21778071482940065017101810110882375008256 - 1/43556142965880130034203620221764750016512 - 1/8711228593176026006840724044352950033024 - 1/17422457183552052013681448088705900066048 - 1/348449143671041040273628961774118001321024 - 1/696898287342082080547257923548236002642048 - 1/139379657468416416109451584709652200524096 - 1/2787593149368328322189031694193044010481024 - 1/5575186298736656644378063388386088020962048 - 1/1115037259747331328875612677677176041924096 - 1/2230074519494662657751225355354352083849024 - 1/4460149038989325315502450710707041677680448 - 1/8920298077978650631004901421414083355360896 - 1/17840596155957301262009802842828166710721792 - 1/35681192311914602524019605685656333421443584 - 1/71362384623829205048039211371312666842867968 - 1/142724769247658410096078422742625337685735936 - 1/28544953849531682019215684548525067537147872 - 1/57089907699063364038431369097050135074295744 - 1/114179815398126728076862738194100270148591488 - 1/22835963079625345615372547638820054029719376 - 1/45671926159250691230745095277640108559438752 - 1/91343852318501382461490190555280217118877504 - 1/18268770463700276492298038111056043423775008 - 1/36537540927400552984596076222112086847550112 - 1/73075081854801

# Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Sonntag 7 Uhr. Richtung: Spezialitäten. J. M. Watt. Jeden Sonntag nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

10 Jahre Garantie. Zähne 2 Mk. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit schlechtz. Gebisse. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

# Berein der Blätterinnen Berlins

Sonabend, den 15. Februar 1902: Grosser Wiener Masken-Ball in Brochnows Gesellschaftshaus, Weberstr. 17.

Billets a 50 Pf. sind im Arbeitsnachweis, Gollnowstr. 6 bei Teschner, zu haben. Anfang 9 Uhr. R. v. Der Vorwand. Gesellschaftshaus Zwilnmerstr. 42. Tägl. Theater u. Spezialitäten. Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball. Karte für Gesellschaften, Vereine, Kontant zu vergeben. 15192\*

# „Zum Sporthaus“ Riegenhals b. Zeuthen

Unübellich am Krebisseer bei Nieder-Schnee gelegen, mit Dampfheiz- grobem Tengel, Regelmässigen, geräumigen Gassen, circa 2000 Personen fassend: herrliche Fuhrtour von Schmiedewitz über Nauchangwerder. Vorzügliche Table d'hôte für Vereine von 1 Mk. an. Gut gepflegte Biere. H. Weidner. Kaffeeküche (Alter 75 J.). Elektrisches Orchester. Gondelfahrten, Volkshörlungen. In diesem Jahre ist auch die Benutzung des Hochwaldes gestattet. - Vom 28. Mai ab jeden Mittwoch Extra-Dampferfahrt (Kant. - Dreyer), Abfahrt 2 Uhr nachmittags von der Strokarer Brücke, hin und zurück 50 Pf. Beförderungen für größere Gesellschaften werden auch Jadenstrasse 35/36 (Telephonamt I, 8386) entgegengenommen. Vergnügungstomiers hole ich am Bahnhof von Nauchhof Zeuthen ab. (34360\*) H. Mörchel.

En gros En detail Dr. Simmel, Prinsenzstr. 59. Max Otto, Neue Königl. 6. 33992\* Berlin NO. Haut- und Harnleiden. 7/19\* 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

# WARENHAUS A. WERTHEIM

Leipzigerstr. 132-135 (Vorsand-Abteilung). Rosenthalerstr. 27-29. - Oranienstr. 52-55.

# Extra-Preise

Montag, Dienstag, Mittwoch:

<b>Glas</b>	<b>Steingut</b>	<b>Emaile</b>
Käseglocken geschliffen 42 Pf.	Waschgarnituren 3.80, 4.50, 5.50	Schmortöpfe ohne Ring 50 Pf. bis 1 Mk.
Salatschalen „ 5 Grössen 25 bis 70 Pf.	Wasserschüsseln gr. Form, 55 u. 90 Pf.	mit Ring, 6 Grössen 50 Pf. bis 1.30
<b>Krystall-</b>	Wasserkannen grosse Form 65 u. 95 Pf.	Kehrschaufeln 35 u. 40 Pf.
Bowlengläser, Rot- u. Rheinweingläser a 17 Pf.	Kaffeeteller weiss 5 u. 8 Pf.	<b>Weiss emallierte:</b>
Sektkelche, Portweingläser a 15 Pf.	Aufschnittplatten od. bunt 12 u. 20 Pf.	Schüsseln rund, 6 Grössen 20 bis 50 Pf.
Likörgläser 13 Pf.	Häringkasten 1.15 Mk.	Näpfe 4 Grössen 20 bis 30 Pf.
<b>Porzellan</b>	Körbchen geflochten u. durchbrochen 45, 65, 80 Pf.	Gemüschschüsseln 5 Gr. 15 bis 30 Pf.
<b>Weiss:</b>	Fruchtschalen „ 95 Pf. u. 1.25	Teller 10 u. 15 Pf.
Speiseteller tief u. flach 15 Pf.	<b>Majolika</b>	Becher 5 Grössen 8 bis 30 Pf.
Dessertteller 11 Pf.	Blumentöpfe 28 bis 45 Pf.	Trinkbecher 10 bis 20 Pf.
Kompottteller 8 Pf.	Palmenkübel 4.60 Mk.	Tassen m. Untertassen, 5 Gr. 15 bis 30 Pf.
Terrinen 85 Pf., 1.25, 1.60 Mk.	Wandteller 28 u. 65 Pf.	Schaumlöffel 12 u. 15 Pf.
Kartoffelschüsseln mit Deckel 65 u. 95 Pf.	<b>Porzellan-Tafelsets</b>	Seifnäpfe 10, zum Aufhängen 25 Pf.
Sauciers 35 u. 48 Pf.	weiss 30 Teile f. 6 Pers. 8.75 Mk.	Leuchter 23 Pf.
Salatiären 1 Grössen 20 bis 50 Pf.	73 Teile f. 12 Pers. 18.50 Mk.	<b>Küchenlampen</b>
Bratenschüsseln 27 Pf. u. 1.60		8 Sorten 40 Pf. bis 1.10 Mk.
Butterdosen 33 Pf.		
Kaffee- u. Theekannen 22 bis 45 Pf.		
<b>Weiss:</b>		
Eierbecher m. Teller 7 Pf.		
Salzgefässe 10 Pf.		
Senfgefässe 15 Pf.		
<b>Dekoriert:</b>		
Kaffeekannen 18 u. 28 Pf.		
Theekannen 15 Pf.		
Milchtöpfe 9 u. 12 Pf.		
Kaffee- u. Theetassen 12 Pf.		
Salatschalen 18 Pf.		
Kuchenteller 15 Pf.		

## 1. Ziehung 2. Klasse 206. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Februar 1902, vormaligste. (Nur die Gewinne über 116 Mk. sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

21 44 227 302 (300) 721 878 923 1061 116 93 304  
 422 63 69 509 679 702 829 879 2140 477 513 600 830  
 922 21 87 3003 81 290 305 7 295 615 703 921 72  
 4045 136 435 559 690 66 709 903 73 5043 48 127 419  
 636 646 9081 84 149 239 83 361 739 890 45 7122  
 346 53 91 634 707 62 882 8312 73 95 445 856 85  
 9130 90 402 22 369 682 500 981 32

10000 298 307 78 410 41 72 546 616 991 11076  
 63 211 630 37 823 37 94 912 37 12051 58 96 362 412  
 33 22 94 596 690 88 830 13049 52 207 39 61 90 426  
 83 806 677 112 16 819 87 (200) 987 97 14011 328 513  
 20 53 666 881 916 90 15388 97 411 552 617 708 98  
 997 73 16121 26 91 228 37 324 46 401 521 797 826 32  
 99 17012 253 (200) 331 409 79 18008 110 222 32  
 293 75 29 223 27 634 735 934 19171 204 438 903 59  
 74 95 839 98

20099 136 540 637 65 730 856 86 977 21910  
 17 28 92 598 462 823 955 22019 100 59 303 414 833  
 679 761 886 23015 65 328 81 678 761 66 841 24242  
 345 411 97 837 775 911 25132 328 83 556 773 30 92  
 26088 145 374 731 35 (300) 57 849 63 919 22 27016  
 37 148 81 226 86 341 85 480 96 574 842 950 28034  
 143 59 323 48 461 539 65 674 749 (200) 89 903 20005  
 157 334 60 465 872 76 918 99

30251 300 355 940 31299 314 26 50 60 890  
 736 56 891 956 32086 168 343 638 714 36 904 33004  
 218 46 324 51 470 516 47 62 810 34071 157 964  
 647 71 704 926 35000 86 (300) 127 33 502 740 94  
 881 821 94 30395 253 37 632 64 90 796 963 37010  
 114 341 56 434 628 841 921 36 83 89 38123 209 458  
 68 835 40 39000 60 96 168 293 437 58 523 606  
 1500) 20 737 80 815

40160 71 232 588 676 730 824 40 41883 554  
 (200) 618 855 42001 430 323 93 821 43042 408 340  
 832 67 918 49 58 60 44080 141 327 88 369 74 (200)  
 738 58 45034 32 88 171 370 417 507 612 78 744 79 894  
 38 90 46125 74 90 403 18 76 502 81 83 834 78 905  
 47121 344 524 522 819 400 48011 46 77 89 280 303  
 14 468 531 70 830 779 834 018 77 49008 35 69 197 207  
 359 80 411 618 63 729

50127 96 227 78 410 513 671 91 703 18 32 48 825  
 671 51041 274 492 540 66 603 742 (200) 815 904 25  
 52033 78 143 224 481 580 816 64 97 966 53008 303  
 65 842 685 739 826 54197 314 473 509 52 690 732  
 55356 602 782 767 802 28 85 909 49 56119 17 25 248  
 96 364 692 702 57220 363 405 94 555 603 732 821  
 38 58521 610 (200) 826 63 59153 506 92 806 (200) 86  
 60011 75 290 429 824 809 61004 241 470 539 620  
 711 820 96 62214 28 32 377 94 528 622 807 98 905  
 63019 20 46 282 96 478 323 (200) 77 687 813 907 21  
 64000 106 46 54 238 92 312 (1000) 406 519 704 48 840  
 60 65005 218 347 458 516 86 830 55 60032 576  
 67087 151 236 671 83 753 803 956 90 68173 257  
 205 43 450 670 732 80 846 67 69083 100 223 302  
 27 86 456 87 533 629 700 83 873

70224 373 507 23 615 800 999 71323 409 593  
 614 56 783 829 72124 230 755 825 976 73142 94 244  
 83 365 69 463 519 69 820 69 969 74244 328 69 337 509  
 83 730 32 804 12 98 902 49 87 75126 298 425 538 70  
 698 739 76 837 38 40 970 76114 89 201 477 523 68  
 625 577 77253 330 47 55 416 31 46 70 312 82 835  
 72084 229 869 656 70 79124 45 76 303 34 402 68  
 621 897 33 89 979 82

80047 266 303 412 639 966 81039 139 390 600 32 81  
 82 58 724 899 913 82045 152 69 49 409 325 907 83004  
 1381 234 56 450 517 770 843 61 91 84004 834 (300) 920  
 63 65140 96 292 893 690 56910 64 296 365 446 534 77  
 692 848 8 2719 392 619 61 856 88032 329 65 405 38 34  
 578 746 890 689 (300) 89074 92 346 80 449 52 601 32  
 788 925 68

90010 12 365 97 400 351 706 91167 268 377 517  
 28 689 90 524 99 776 962 75 92001 71 179 328 444 57  
 (300) 229 45 35 616 778 962 93004 222 409 574 41 723  
 60 94037 78 171 330 75 571 708 54 71 803 934 95025  
 104 35 229 42 513 815 99 927 96014 86 357 345 473  
 817 97086 90 305 416 20 35 89 519 553 707 18 920  
 98246 63 746 99 837 948 81 90923 44 182 449 569  
 80 785

100069 72 161 721 401 799 101024 121 295 371  
 456 58 510 44 622 776 836 55 999 102032 46 290 309  
 60 543 62 69 659 790 103047 91 111 85 96 394 581 673  
 716 826 104029 78 119 44 604 51 869 18 93 928  
 105011 228 554 789 888 109085 373 427 73 741 834  
 619 71 10728 354 471 109028 113 60 401 598 679  
 812 55 61 109016 131 78 90 310 22 91 622 722 32 972  
 110005 174 229 885 416 605 39 708 98 111011  
 418 48 528 620 700 30 326 655 91 112079 357 60 522  
 65 618 75 728 81 83 817 98 969 76 113913 115 267 85

## 2. Ziehung 2. Klasse 206. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Februar 1902, nachmaligste. (Nur die Gewinne über 116 Mk. sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

120073 94 244 74 456 575 849 52 121182 74 309  
 460 546 78 808 915 122024 292 433 63 541 714 39 987  
 123054 396 462 596 816 49 92 124056 175 223 319  
 39 61 68 421 808 21 82 908 55 74 125006 215 394 492  
 671 89 126273 466 502 95 745 67 538 74 994 127005  
 15 165 157 215 640 727 128768 129983 152 95 386 404  
 40 321 715

130087 137 46 56 71 322 7 77 512 18 29 68 74  
 131229 442 575 742 821 54 97 132032 117 223 40  
 52 533 66 645 32 67 807 99 133204 302 490 682  
 721 134017 28 77 178 260 320 38 482 81 528 69  
 (1000) 93 851 53 998 135282 415 23 52 516 65 809 64  
 944 58 136037 337 72 823 804 137039 216 (200)  
 313 51 54 679 801 15 138220 82 305 86 413 32 61  
 740 914 21 139014 29 36 76 136 70 240 433 513 606  
 12 38 45 719 819 79 947 79

140089 997 636 745 141027 (300) 110 89 800  
 142020 33 127 222 518 791 983 988 143108 225 420  
 549 711 863 998 144007 37 186 303 30 502 608 689  
 934 77 145098 125 204 26 420 535 619 764 804 959  
 62 146085 179 217 88 552 77 676 147173 388 12  
 657 710 92 871 920 98 148128 422 531 149148 302  
 525 56 79 741 78

150033 76 98 164 281 303 30 428 29 589 93 610  
 31 790 151010 160 260 690 739 809 152009 18  
 56 62 70 90 200 251 676 740 857 153018 173 326 411  
 41 548 680 (200) 727 864 964 154044 128 207 97 300  
 69 83 480 848 83 155034 271 326 46 593 714 46 59  
 916 62 82 156049 124 241 348 427 740 44 839 945 47  
 157115 62 218 815 456 557 897 54 70 724 73 676 96  
 158198 213 441 676 627 702 159038 42 61 302 (200)  
 5 415 511 741 896 81

160041 148 322 803 85 778 91 161337 95 474  
 81 84 554 512 90 800 63 162234 33 376 528 731 818  
 55 82 163079 157 326 410 18 51 518 719 67 88 859  
 68 901 56 164197 239 428 61 670 756 942 47 80  
 165006 159 277 334 548 692 794 802 166101 354  
 506 81 695 60 749 945 99 167385 443 58 542 55 72  
 78 766 67 76 946 168005 246 222 459 70 551 34 717 859  
 69 81 903 61 74 169170 91 202 489 515 24 662 705  
 35 56 897

170018 298 413 657 961 171384 86 420 61  
 833 60 638 783 91 951 172550 88 662 99 91 756 978  
 173033 232 434 505 11 40 49 632 733 971 174055 62  
 90 304 463 530 336 399 (200) 175029 71 123 298 97  
 255 706 904 176084 147 75 289 307 77 85 441 517 75  
 689 98 873 917 177233 477 66 620 36 850 65 178088  
 168 230 57 516 27 838 987 91 179171 222 380 400  
 537 43

180028 108 81 211 354 432 71 77 629 50 737 899  
 96 901 32 181210 87 409 14 675 23001 713 182511  
 12 614 768 899 801 42 47 183301 72 705 58 184033  
 93 227 35 435 60 74 548 676 762 808 78 (300) 89 98 922  
 185082 62 200 17 13 348 77 445 554 88 408 735 186236  
 47 326 487 798 848 940 76 187043 196 248 321 24 881  
 953 188014 67 84 231 84 86 322 435 625 788 189104  
 206 30 55 328 76 496 506 646 904 70

190245 328 434 72 652 727 191015 206 355 870  
 826 192322 622 634 49 525 920 193130 91 216 49  
 93 421 90 633 98 72 904 194416 (200) 707 82 845 88  
 195000 28 122 93 237 441 60 592 697 799 196035  
 68 165 94 313 464 576 615 908 72 197472 631 198945  
 113 26 216 474 613 764 908 27 199120 71 74 359 82  
 466 397 98

200123 382 68 512 66 616 713 813 80 87 90 201028  
 103 94 329 31 924 38 66 202052 (200) 212 83 654 655  
 778 857 83 974 203010 152 373 560 89 731 557 926  
 204007 268 443 87 824 47 205014 506 704 515 65 71  
 96 206022 102 285 441 600 800 909 207251 57 497  
 537 96 622 77 734 77 828 925 31 81 208012 119 49  
 417 38 64 639 749 828 209531 82 734 69 802

210023 97 91 188 382 41 83 564 694 794 877  
 211019 112 510 615 51 797 538 42 93 212009 62  
 162 291 314 15 22 61 554 612 846 913 213013 71 536  
 436 572 914 214111 399 515 642 215007 81 579 742  
 388 216144 90 319 551 55 61 670 (1000) 796 38  
 807 217004 40 114 282 442 598 687 705 40 906 218994  
 488 75 506 (200) 610 349 489 705 50 219111 13 (300)  
 205 594 96 781 881

220075 82 268 464 628 40 812 969 221101 210  
 492 93 537 78 642 68 79 911 22 32 58 59 222119  
 96 855 794 911 223064 259 640 69 91 96 754 906 12  
 224204 22 78 297 69 642 84 713 81 801 85 906 225003

## 1. Ziehung 2. Klasse 206. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Februar 1902, nachmaligste. (Nur die Gewinne über 116 Mk. sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

15 71 200 11 43 55 375 418 22 871 74 938 3120 204  
 51 67 340 220 740 51 894 2103 38 253 428 681 3158 88  
 278 361 534 634 61 882 975 82 4080 147 91 587 95 633  
 62 814 5046 77 84 85 110 71 99 303 324 68 414 21 80  
 323 47 77 6115 385 94 689 92 7015 52 53 283 433 88 91  
 960 93 29 637 708 87 811 911 44 8210 11 569 818 94 929  
 9204 92 313 411 18 45 696 739 86 964

10052 59 67 857 827 1269 384 411 513 28 12054  
 73 123 71 315 (300) 82 728 965 13343 54 88 425 569  
 91 624 808 14047 134 58 286 334 507 (200) 38 988 13234  
 352 429 44 683 909 62 13038 49 271 349 91 532 68 78  
 711 34 888 17392 487 613 18 768 71 18194 316 24 27  
 420 21 533 43 618 742 61 18036 167 549 97

200089 112 351 71 603 82 (300) 364 21102 327 896  
 79 97 925 30 80 22055 313 47 53 718 835 85 882 23006  
 13 (200

**Berliner Partei-Angelegenheiten.**

**Achtung! Vorführende und Vertrauensleute der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen!** Den Wünschen vieler Personen und Vereinsvorstände entsprechend, hat die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg eine Referentenliste herausgegeben. Die Liste bietet den großen Vorteil, daß sich Vertrauensleute und Vorführende aus der großen Zahl der zur Verfügung stehenden Medner den ihren Wünschen entsprechenden herausfinden und direkt mit ihm in Verbindung treten können.

Die Referentenliste ist zum Selbstkostenpreise von 80 Pf. bei Karl Dimmid, Berlin S., Luisen-Str. 11, und außerdem bei den Mitgliedern der Agitationskommission zu haben.

Wir ersuchen daher, von diesem praktischen Hilfsmittel recht regen Gebrauch zu machen.

Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg.

**Ueber die Politik der Socialdemokratie** wird Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine am Dienstagabend 8 1/2 Uhr in einer im Kronprinzen-Palast (Zelt Nr. 1) stattfindenden Wahlvereins-Versammlung des ersten Kreises sprechen. Nach vielen Jahren ist dies die erste Versammlung, die wieder in den Zelten stattfindet. Man agitiere für guten Wein!

**Dritter Wahlkreis.** Mittwoch, abends 8 Uhr, spricht Reichstags-Abgeordneter Fischer im großen Saale von Wagnenhagen am Reichspalast über „Wasserpolitik und Socialpolitik im Deutschen Reich“. Außerdem Diskussion.

**Reichstags-Abgeordneter Paul Singer** wird am Montagabend 8 1/2 Uhr im Apollosaal, Sebastianstr. 89, in öffentlicher Versammlung einen Vortrag „Der Kampf ums Recht“ halten. Dieser Vortrag hat namentlich für die Handlungsgehilfen und Gehilfen, sowie für die Handels-Hilfsarbeiter Bedeutung.

**Der Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten)** hält am Dienstagabend 8 Uhr Gr. Frankfurterstr. 117 eine Versammlung ab. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. A. Sadekum. Diskussion. Verschiedenes.

**Schuhmacher Vorstad.** Heute, Sonntagabend 8 Uhr, ist im Jagerschau, Schönhauser Allee 108, eine Volksversammlung, in der Stadtverordneter Bergmann über das neue Ordinationsstatut betreffend Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie sprechen wird. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

**Reichstagsabgeordneter Nebel** wird heute über acht Tage in den Germania-Sälen, Chausseestraße, in einer Volksversammlung über das Thema „Vollstrecke oder lebendes Heer“ sprechen.

**Wilmerdorf.** Mittwochabend 8 1/2 Uhr ist in Strauß-Salon, Ecke der Berliner- und Augustastr. ein Volksversammlung für Männer und Frauen, in welcher Genossin Emma Jäger über das Thema „Die Frau und die Socialdemokratie“ sprechen wird. Die Genossin werden erachtet, zu dieser Versammlung regen zu agitieren und recht zahlreich zu erscheinen.

**Wahlverein Bezirk Pankow.** Dienstag, abends 8 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Großkurz, Berlinerstr. 27. Tagesordnung: Die Gemeinderatswahlen. Bericht der Kommission. Referent Genosse Georg Preiswald.

**Schmargendorf.** Dienstagabend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein bei Herrn Köhler, Warnemünderstr. 6, seine regelmäßige Mitglieder-versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht die Frage: Wie organisieren wir den genossenschaftlichen Einkauf?

**Tokales.**

**Die Arbeitslosenzählung.**

Bei jeder Statistik kommt es nur auf die Ermittlung von Zahlen an, und so besteht denn die Aufgabe der Mitarbeiter an der Arbeitslosenzählung einzig und allein darin, daß sie das Material, welches durch ihre Hände geht, nur in Rücksicht auf die gestellten Fragen und deren klare, zweifelsfreie Beantwortung gruppieren und zählen. Im Publikum ist man aber bei der Ausfüllung der Karten oft über die ganz bestimmte bezeugten Aufgaben dieser Zählung hinausgegangen. Nicht selten finden sich Karten, in denen sich der Befragte als vollbeschäftigt anföhrt, außerdem aber bemerkt, daß sein Verdienst um 10, 15, 20 Prozent gekürzt ist. Andere geben an: Die Arbeitszeit ist verlängert bei gleichbleibendem Lohn, oder: Längere Arbeitszeit und geringerer Lohn usw. Derartige Angaben zeigen dafür, daß die Betroffenen mit anerkannter Gewissenhaftigkeit bemüht waren, ein zutreffendes Bild von ihrem Arbeitsverhältnis zu geben, solche Angaben sind auch neben den trockenen Zahlen der Statistik von großem Wert für die Beurteilung der allgemeinen Lage, oder bei der Arbeitslosenzählung scheidet Antworten dieser Art gänzlich aus, ebenso wie diejenigen, aus denen hervorgeht, daß der Beantworter erst wenige Tage vor dem 1. Februar — dem Zähltermin — in Arbeit getreten ist, aber vorher wochenlang arbeitslos war. — Für die Statistik ungeeignet, aber bezeichnend als Einzelbild aus der wirtschaftlichen Krise ist eine von einer Bedamme ausgefüllte Zählkarte, welche zwar volle Beschäftigung konstatiert, aber hinzusetzt: „So lange die Arbeitslosigkeit anhält, erhalte ich fast gar keine Bezahlung mehr.“

Was die Arbeiten des Zählbureaus betrifft, so schreiten sie ununterbrochen fort. Genosse Sassenbach, der sich in der Leitung der bis jetzt geleisteten Arbeiten mit dem Genossen Arcus teilte, hat jetzt einen anderen Zweig der Zählung in Angriff genommen. Seit Freitagabend sind einige Genossen unter besonderer Leitung Sassenbachs mit der Auszählung der Verne und der Dauer der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Es ist dies eine mühevollere Arbeit, die aber, dank dem lebhaften Interesse aller dabei Beteiligten, bereits ein gut Stück gefördert ist.

Aus Friedrichsfelde wird uns das von den dortigen Genossen ermittelte Resultat der Arbeitslosenzählung mitgeteilt: Von 1200 ausgegebenen Karten gingen 1033 ausgefüllt ein. Arbeitslos waren 213 Personen (141 verheiratet, 72 unverheiratet), in verlängerter Arbeitszeit waren beschäftigt 186 Personen (124 verheiratet, 62 unverheiratet), als krank wurden 27 Personen ermittelt. — Der Carlshorster Ortsteil mit etwa 3000 Einwohnern ist nicht mitgezählt worden.

**Immer noch keine brauchbare Schutzvorrichtung?** In der viel erörterten Frage der Einführung von Fangvorrichtungen an Straßenbahnwagen wird gemeldet, daß die Ausschussbehörde sich bisher für Einführung eines bestimmten Systems einer Schutzvorrichtung nicht entscheiden hat. Die mit den bisherigen Systemen angefertigten Versuche haben zu einem abschließenden Resultat noch nicht geführt, umsonst, als bei den verschiedenen Arten der Vorrichtungen sich auch bedauerliche Mängel herausgestellt haben. So ist es beispielsweise bei der Fangvorrichtung vorgekommen, daß Personen, welche möglicherweise sonst ohne Verletzungen davongekommen wären, durch die Fangvorrichtung selbst zum Teil erhebliche körperliche

Schädigungen davongetragen haben. Die Frage der Schutzvorrichtung bei elektrischen Straßenbahnwagen ist übrigens schon ziemlich alt und in verschiedenen Städten mehrfach behandelt worden. In Budapest hat das Gangsystem, welches gegenwärtig hier ausprobiert wird und schon vor längerer Zeit zur Einführung gelangt war, wieder beseitigt werden müssen. Die Zahl der vorhandenen patentierten Schutzvorrichtungen-Systeme beträgt nahezu an tausend. Diese sind bei einer Konferenz der Kleinbahn-Gesellschaften in Hamburg ausprobiert worden und nur ein Bruchteil konnte als wirkliche Schutzvorrichtungen in ernste Erwägung gezogen werden. Dieses System hat man verschiedentlich geprüft, ohne daß hierbei irgend ein Erfolg erreicht worden ist. Maßgebend für die Vorrichtungen dürfte jedenfalls der Grundsatz sein, möglichst vorzügliche und schnell wirkende Bremsen und die Schutzvorrichtungen unmittelbar vor den Rädern einzustellen.

Die landespolizeiliche Schlußabnahme der Hochbahn an dem Teile, dessen Eröffnung unmittelbar bevorsteht, hat gestern vormittag stattgefunden. Es handelte sich um die Abnahme der gesamten Anlage vom Stralauer Thor bis zum Potsdamer Platz. Da die Hochbahn, die Straßen sowohl als die Haltestellen schon bei den früheren Teilabnahmen von den zuständigen Behörden geprüft worden sind, unterlagen gestern noch die Betriebsanrichtungen der Strecke Stralauer Thor—Potsdamer Platz der Abnahme. Gleichzeitig wurden die Vorräume, die Treppenanlagen und Aufgänge abgenommen. Die gesamte Strecke war vollständig mit Personal wie für den Betrieb besetzt. Selbst die Fahrkartenausgeberinnen fehlten nicht. Die Anlagen fanden die ungeteilte Anerkennung der Sachverständigen. Der Betrieb der Hochbahn soll, wie es heißt, spätestens am 20. Februar für das Publikum eröffnet werden.

Der Errichtung einer Volks-Badeanstalt für den Gesundbrunnen hat die Deputation für das städtische Zurn- und Badewesen nach eingehender Beratung nicht zugestimmt. Der Magistrat hat sich den Beschluß der Deputation zu eigen gemacht, weil auch er ein Bedürfnis vorläufig noch nicht zu erkennen vermag und erst die weitere bauliche Entwicklung des Stadtteils abgewartet werden soll. Die im Bau begriffene Volks-Badeanstalt in der Gerichtstraße (Wedding) wird nach seiner Ansicht in der nächsten Zeit dem dortigen Bedürfnis genügen. Ob die Ansicht der Deputation zutrifft, bleibt dahingestellt. An einem Ueberflug an Volksbädern hat Berlin bisher wahrlich nicht gelitten.

**Vom Hundesang.** Durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten an den Deutschen Tierärztverein ist dieser angewiesen worden, für die Zukunft den Hundesang auch in den Nachtstunden, ganz besonders aber abends vor der Schlafengehenszeit auszuheben zu lassen. Das Polizeipräsidentium hat die Wahrnehmung gemacht, daß nach 7 Uhr abends eine große Zahl von Hunden maullos auf der Straße läuft und daß die Hundebesitzer die Tiere vor der Schlafengehenszeit in dem polizeiwidrigen Zustande auf die Straße schicken. — Der Verein hatte bisher den Hund nur bis 7 Uhr abends ausäßen lassen, wiewohl von der Polizeibehörde auch schon früher der Nachtsang gewünscht wurde. Das Polizeipräsidentium hat ferner in der neuen Verfügung bestimmt, daß eine wesentliche Verschärfung des Hundesanges einzutreten habe. Berlin wird für diesen in zwölf Bezirke eingeteilt, entsprechend den Bezirken Polizei-Hauptmannschaften, welche täglich von Gangbeamten besucht werden müssen. Diese sind angewiesen, in zwei Revieren einer Hauptmannschaft sich zu melden und in einem Kontrollbuch ihre Anwesenheit in dem Gangbezirk mittels Revier-Stempel bestätigen zu lassen.

**Sachverständigen-Konferenz über die neue Milchverordnung.** In Sachen der neuen Milchverordnung über den Verkehr mit Kuhmilch hatte der Magistrat, wie mitgeteilt, in seiner letzten Sitzung Bedenken geäußert und beschloß, zur Hebung derselben eine Sachverständigen-Konferenz einzuberufen. Diese hat der Oberbürgermeister jetzt auf Montag, 10. dieses Monats, vormittags 11 Uhr, anberaumt; sie wird im Zimmer 51 des Rathhauses unter Vorsitz des Decernenten, Stadtrats Stragmann, stattfinden. Inzwischen hat bereits eine Verständigung zwischen hervorragenden Autoritäten auf dem Gebiete der Milchproduktion stattgefunden; das Ergebnis der Beratungen ist dem Handelsminister Wölfer in einer eingehend begründeten Denkschrift mitgeteilt worden. Es wird hauptsächlich gegen den § 4 der Milchverordnung protestiert und darüber gesagt: „Die Bestimmung, daß Milch in Handelsgemisch in „Markmilch“ und „Wagernmilch“ unterschieden wird, ist für die zukünftige Gestaltung des Milchhandels und für die Milchversorgung Berlins und seiner Vororte von weittragender Bedeutung.“ Auch der Handelsminister wird gebeten, vor Erlass der Verordnung noch Sachverständige zu hören.

**Eine Belohnung** von viermal 25 M. setzt der Charlottenburger Ruderklub 1893 für Auffindung der Leichen seiner vier Mitglieder aus, die am Neujahrstage zwischen Schildhorn und Gatow bei einer Waidfahrt verunglückten. Vom Ruderklub selbst wurden bisher an jedem Sonntag Nachforschungen nach den Ertrunkenen angestellt, die aber nicht das geringste Ergebnis hatten.

**Ueberfall auf Schulkente.** Gestern nacht zogen etwa fünfzehn Burken lachend die Prinzen-Allee entlang. Als ihnen die Schulkente Männer Mauthen und Seifel Ruhe geboten, stürzten sie sich wie auf Berabredung sämtlich auf die beiden Beamten. Der Schulkente Mauthen erhielt sofort einen Messerstoß in die rechte Wade, der an den Unterleib reicht und, wie später festgestellt wurde, beinahe eine Schlagader getroffen hätte; gleichwohl machte der Beamte von seinem Säbel Gebrauch. Seifel war sofort an Boden gerissen worden. Er wurde durch Fußtritte schwer gemißhandelt; auch wurde ihm, als er am Boden liegend den Säbel gezogen hatte, dieser entzogen. Die ermatteten Beamten konnten die Mauthen die Flucht ergreifenden Burken nicht mehr verfolgen. Mauthen begab sich nach der Unfallstation in der Badstraße, wo er einen Verband erhielt, während Seifel, der außer mehreren Verletzungen am Kopf anscheinend innere Verletzungen davongetragen hat, seine Wohnung aufsuchte. Der Säbel wurde später bei dem 24 Jahre alten Lederscher Emil Holjam in der Wohnung seines Bruders, Steinhilberstr. 9, gefunden. Die Persönlichkeiten der übrigen Burken sind inzwischen ermittelt.

**In aller Eile begraben** wurde auf dem Elisabeth-Kirchhof der 51 Jahre alte Regierungsdirektor Karl L. aus der Kottbuserallee 100, der sich vor einigen Tagen in seiner Wohnung erhängt hatte. Die Veranlassung zum Selbstmord, die anfangs in einem nervösen Zustand gesucht wurde, ist nunmehr genauer bekannt geworden. Regierungsdirektor L., der 23 Jahre hindurch bei der Verwaltung der direkten Steuern beschäftigt war, zuletzt als Vorsteher des Rechnungsbureaus, verwalte als Rentant eine Sterbekasse, die die Beamten unter sich gebildet hatten. Wölfling erkrankte L. anderen Beamten, daß er sich an den Geldern dieser Kasse vergriffen habe. Die Kollegen wollten ihn nicht unglücklich machen, sondern die Sache in aller Stille ordnen. Der Selbstmord sollte durch freiwillige Beiträge ersetzt werden; die Scham aber zwang dem Verzweifellen die Pistole in die Hand.

**In der Irrenhaus** gebracht wurde die Schuhmachersfrau Auguste Rinke, die am 18. Januar sich und ihrem kleinen Sohne die Kehle durchschnitt. Sie wurde damals nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht, wo sie von ihrer Verletzung wieder genesen ist. Die ärztlichen Beobachtungen haben aber ergeben, daß die Frau an unheilbarem Wahnsinn leidet, weshalb sie gestern einem Irrenhause zugeführt wurde.

**Der Postillon Schindler**, der, wie wir berichteten, Freitag früh bei der Ausfahrt vom Postamt Friedrichshagen verunglückte, ist im Krankenhaus Friedrichshain seinen Verletzungen erlegen. In ihm

verliert die Rutter ihren einzigen Sohn und Ernährer. Der Tod ist infolge eines Hirnblutausbruchs erfolgt.

**Ein gefährlicher Verbrecher** wird der hiesigen Kriminalpolizei aus Böhmen signalisiert. Es ist der wegen Einbruchs zu Gefängnis verurteilte Schneider Ernst Arthur Richard Reuter, 27 Jahre alt, 1,70 Meter groß und von mittelgroßer Statur. R. ist seinem Transporteur auf der Rückfahrt von Berlin nach Böhmen entsprungen und dürfte sich noch in Berlin verborgen halten. Der Flüchtling ist an blauen und roten Tätowierungen kenntlich; u. a. zeigt sein linker Unterarm Kreuz, Herz und Adler, der linke Handrücken einen Totenkopf. Bekleidet war R. mit schwarzem Jacket und Hut, sowie blauen Hosen und Zugstiefeln.

**Orgel-Konzert.** Der Orgelkonzert in der Marien-Kirche am Montag, d. 10. Febr., abds. 7 1/2 Uhr, bietet ein reiches Programm, das ausgeführt wird von Herrn Musikdirektor Otto Dietel, dem Chor der Deland-Kirche unter Leitung des Organisten Reinhold Kutz, den Sängerninnen Hrl. Marg. Steiner, Elisabeth Oshoff und Elise Bietter und der Solowirtin Hrl. Corinne Corryn. Der Eintritt ist frei.

**Im wissenschaftlichen Theater der „Mrania“** wird der Vortrag „Friedlingstage an der Riviera“ in dieser Woche abends zur Wiederholung gelangen. — Im Hofsaal werden nachstehende Vorträge gehalten werden: Montag: Professor Dr. Müller. Die Lebensgeschichte einer niederen Pflanze; Dienstag: Dr. P. Schmidt. Biologische Wirkungen des Wassers und Windes; Mittwoch: Dr. G. Nash. Eisen und Stahl. — Im Theatersaal in der Invalidenstraße spricht am Freitag Herr Dr. Groß über „Scheinbare und wahre Bewegung am Himmel“.

**Am dem am heutigen Sonntag**, abends 7 1/2 Uhr, stattfinden den vollständigen Villenkon-Abend in Charlottenburg (Reformgymnasium am Sankt-Blas) wird Arthur van Goyt an Stelle des verabschiedeten E. Robert-Weiß wieder von Hans Hermann, R. Bus, Lud. Oehring, weitere Vortragende sind: Dr. Wang (Recitation) und Hina Soeh (Gesang). Billets a 20 und 40 Pf. in den Charlottenburger Buchhandlungen und beim Schuldener erhältlich.

**Die internationale Hunde-Ausstellung** des künftigen Monats wurde gestern im Luisenpark in der Dresdenerstraße eröffnet. Die Ausstellung ist reich besetzt, und der Tierfreund, den das Sehen und Wollen nicht stört, findet dort viel Erreuliches. Hunde aller Rassen sind in Prachtexemplaren vertreten. Besonders schön ist die Schaustellung von 97 Bernhardinerhunden, ebenso sind Hund und Bulldoggen zahlreich ausgestellt; Luxus- und Schoßhunde mögen an die fünfzehnhundert zur Stelle sein. Die Ausstellung ist nur noch heute geöffnet. Bemerkenswert sei noch, daß es in Berlin trotz der hohen Steuer über 30 000 Hunde giebt; unter diesen sind 3000 Zieh-hunde.

**Feuerbericht.** Die letzten 24 Stunden brachten wieder zahlreiche Alarmierungen. Sonnabend früh 7 Uhr wurde die Wehr nach der Siemensstraße, Ecke der Waldstraße, gerufen, wo ein Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Es gelang indes, die Gefahr schnell zu beseitigen, doch sind mehrere Bodenverfälsche mit Inhalt eingeschert worden. Amz darauf gingen in der Zornstraße 7 Holzstämme, Papier und Gerümpel in Flammen auf. Freitagabend mußte in der Leipzigerstraße 94 ein Brand beseitigt werden, der den Fußboden und die Kallenanlage ergriffen hatte. Zur selben Zeit mußte in der Pöhlstraße 7 ein Schornsteinbrand beobachtet werden. In der Gartenstraße war neben dem Hause 79 auf offener Straße eine Holzstube in Brand geraten, der jedoch noch im Keime erstickt werden konnte. Frankfurterstraße 13 wurden abends Gardinen, Möbel und Kleiderstücke durch Feuer beschädigt. Außerdem waren noch Alarmierungen von Friedrichsbergerstraße 17 und Hauptstraße 20 zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich jedoch nur um unbedeutende Anlässe.

**Aus den Nachbarorten.**

**Herr Kniffe in Wilmerdorf.** Der Wilmerdorfer Kassenrentant Kniffe, welcher bekanntlich zum Nachteil der Gemeinde Wilmerdorf nahezu 20 000 M. veruntrent hat, wird in den nächsten Tagen in das Moabitier Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Da er infolge eines komplizierten Verdrusses nicht transportfähig war, wurde er bisher in seiner streng überwachten Wohnung belassen. Sein Zustand hat sich aber inzwischen so weit gebessert, daß seinem Transport nach Moabit nichts im Wege steht. Die Kontrolle der Bücher ist jetzt abgeschlossen und hat ergeben, daß die Unterschlagungen, deren Gesamtsumme, wie bereits gemeldet, 19 023,40 M. beträgt, seit etwa sechs Jahren von dem ungetreuen Beamten regelmäßig begangen worden sind. Daß die Fehlbeträge so lange unentdeckt bleiben konnten, ist darauf zurückzuführen, daß Kniffe gleichzeitig mehrere Kassen, die Gemeinde-Hauptkasse, Steuerkasse, Orts-Kassenkasse usw. verwaltete, wodurch er in der Lage war, bei der Revision einer Kasse zur Deckung eines etwaigen Mantos Geld aus einer anderen Kasse zu entnehmen. In seiner Wohnung hat man ein ganzes Paket Lotterielose vorgefunden, er wollte augenscheinlich durch Lotteriegewinne die Unterschlagungen decken. Es wäre ihm zweifelsohne noch jahrelang geglückt, seine Veruntrentungen zu verheimlichen, wenn ihn nicht der Verdruss, den er erlitten, an der persönlichen Wahrnehmung der Amtsgeschäfte verhindert und andren gewissenhafteren Beamten einen Einblick in die Kassenverhältnisse gewährt hätte.

**Pankow.** Die bevorstehenden Gemeindevahlen beschäftigen bereits die sämtlichen Schichten der Bevölkerung. Unser Genosse Klingenberg hat sein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt, weil er seinen Wohnsitz verändern will. Es sind dadurch vier Mandate der dritten Wählerklasse erledigt. Im ersten Bezirk kommt in Betracht das des Genossen Klingenberg und eines auscheidenden bürgerlichen Vertreters, im zweiten Bezirk muß für den Genossen Preiswald, dessen Mandat durch Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts für ungültig erklärt wurde, und ebenfalls für den auscheidenden bürgerlichen Vertreter eine Ersatzwahl stattfinden. Die freistehende Wollsparte, welche sonst die bürgerlichen Vertreter stellte, hat ihren politischen Kontrakt erklärt, indem sie keine eigenen Kandidaten aufstellt. Der sogenannte Bürgerverein in Pankow, der laut seiner Statuten „sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt und auch keine Politik treibt“, hat die Vorarbeiten zu der Wahl bereits beendet und Kandidaten aufgestellt. Besteht man sich diese Herren, so kann man sagen, die Personen in der Gemeindevorstellung werden wechseln, aber nicht das System.

Einträchtig marschiert der Milch-Masch, Antifemist und Jude, Konserwander und Freisinniger, zusammen, um die Socialdemokratie am Eindringen in die Gemeindevorstellung zu hindern. Hoffentlich werden unsere Genossen, welche schon seit Jahren mit dem bürgerlichen Milch-Masch kämpfen, sämtliche vier Mandate der dritten Wählerklasse erobern.

**Nummernburg.** Die Gemeindevorstellung hat sich mit einer Millionenanleihe beschäftigt. Der Vorsitzende erklärte der Körperschaft, daß die Gemeinde in der Lage sei, das Geld direkt zu einem Zinsfuß von 4 Proz. als Anleihe zu erhalten. Es wurde die wohl weniger bekannte Thatsache erwähnt, daß die vorige Anleihe von 2 800 000 M. durch Ausgabe von Obligationen aufgebracht ist, wobei die Gemeinde, da die Obligationen nur zum Kurse von 92 Proz. untergebracht wurden, einen Verlust von 165 000 M. erlitten hat. Die Vertretung beschloß die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 1 800 000 M. Verwendet soll das Geld werden zur Deckung der Schulden bei der Kreisparthei in Höhe von 200 000 M., zum Ankauf von Grundstücken im Werte von über 300 000 M., zur Ergänzung verschiedener Fonds, besonders zum Straßenbau, und zum Bau einer Schule in Vorhagen, der noch im Lauf dieses Sommers in Angriff genommen werden soll. In abfälliger Weise wurde der Beschluß des Abgeordneten-Hauses besprochen, wonach die geplante Errichtung des Magersiehhofs in Friedrichsfelde unter der Regide des bekannten Oberamtmanns Ring mit zwei Millionen

zu unterstützen ist. Man bedauerte, daß der Landwirtschaftsminister diesen Beschluß seines Zustimmung mit dem Bemerkung gegeben habe, daß die Verhältnisse auf dem Rummelsberger Markt den Ansprüchen nicht mehr genügen, obgleich in einer von der Gemeinde eingereichten Petition darauf hingewiesen wurde, daß man jetzt mit der Einrichtung eines allen Anforderungen genügenden Marktplatzes beschäftigt sei. Beschlissen wurde die Einreichung noch einer Petition zur dritten Lesung, da der Regierung das Wohl einer bedrängten Gemeinde doch mehr am Herzen liegen müsse, als der Profit eines kapitalistischen Konsortiums.

Gerichts-Beilage.

Schwere Angriffe gegen die Versicherungs-Gesellschaft „Victoria“ lagen der Verhandlung zu Grunde, welche gestern die ganze Sitzung der vierten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Oppermann in Anspruch nehmen sollte. Am 11. August v. J. und an den folgenden Tagen wurde in der üblichen Weise von Extrablattverkäufern eine kleine Proschüre ausgehändigt, welche „Ein Wohltäter der Menschheit“ betitelt war und sensationelle Enthüllungen über eine große Versicherungsgesellschaft und ihre Vollversicherung enthalten sollte. Als Verfasser gab sich der ehemalige Versicherungsbeamte H. Kober zu erkennen. Der Inhalt der Broschüre richtete sich gegen die „Victoria“ und hauptsächlich gegen deren leitende Persönlichkeiten, denen alles mögliche Ueble nachgesagt wurde. Die Vollversicherung diene lediglich dazu, den Säckel der Gesellschaft zu füllen, den Aktionären setze Dividenden und den Direktoren ein Rieseneinkommen zu sichern. Die Verwaltungskosten verschlangen fast 30 Proz. von dem, was das Volk opfere. Die Agenten und Schreiber erhielten einen Hungerlohn, während die Direktoren im Ueberfluß schwelgten. Gegen einen der letzteren wurden schwere Beleidigungen ausgesprochen. Am 13. August, dem Tage der Verlesung der Kaiserin Friedrich, waren die Büros der „Victoria“ geschlossen, und da es scheinbar eine Zeit der geschäftlichen Krise war, so entstand das Gerücht, die „Victoria“ befände sich in Zahlungsschwierigkeiten. Die Proschüre wurde beschlagnahmt und der Verfasser Kober sowie die Druckereibesitzer Hermann (nicht zu verwechseln mit dem Buchdruckereibesitzer H. S. Hermann in der Wehrstr. 8), Parischke und Wolff, welche die Proschüre gedruckt, und der Medico Dr. W. S. G., welcher sie nachgedruckt hatte, wurden wegen Beleidigung durch die Presse zur Verantwortung gezogen. Bei Anruf der Sache stellte sich heraus, daß der Angeklagte v. Kober nicht erschienen war, statt seiner lief ein Telegramm ein, wonach er von einer plötzlichen Krankheit befallen sei. Staatsanwalt Schmidt beantragte, die Sachen zu trennen, gegen die Angeklagten Kober, Hermann und Wolff sofort, gegen die Angeklagten v. Kober und Parischke dagegen später zu verhandeln. Der Gerichtshof hielt dies nicht für zweckmäßig, da dieselbe umständliche Beweisaufnahme dann zweimal stattfinden müsse, es wurde beschlossen, die Sache zu vertagen.

Als besonders mißliches und für den Staat wertvolles Element, um die Redeweise aus der Kera des Zucht-haus-Gesetzes zu gebrauchen, erwies sich ein Zeuge in einer Verhandlung, die vor der Strafkammer des Landgerichts I am 6. Februar stattfand, und in der die Normmachergehilfen Richter und Tiede angeklagt waren. Als im September 1901 bei der Firma Schmidt u. Co. gestreift wurde, bemühte sich der Angeklagte Richter nach Möglichkeit, Zusammenstöße zwischen den Streikenden und den Arbeitswilligen zu verhüten. Er hat deshalb auch den Werkführer Lemke von Schmidt u. Comp. dafür zu sorgen, daß die Arbeitswilligen nicht in das von den Streikenden benutzte Lokal von Kolberg kämen. Der Normmacher Adam, der bei Schmidt u. Comp. Arbeit gesucht und angenommen hatte, bezog den Lemke trotz dessen Warnungen mit ihm zu Kolberg zu gehen und feierte seinen Arbeitseintritt in Anwesenheit der Streikenden recht ausdrücklich und ostentativ durch einige Gläser Bier. Infolge dieser Provokation kam es im Lokal natürlich zu Redereien, bei denen Adam es nicht an spitzigen Worten fehlen ließ, und schließlich verbot die Wirtin dem Adam das Lokal. Er weigerte sich zu gehen, wurde auf Veranlassung der Wirtin hinausgebracht und drang wiederum stürmisch ein, so daß er zum zweiten Male entfernt werden mußte. Die Folge war nun nicht etwa eine Anklage gegen Adam wegen Hausfriedensbruchs, da Frau Kolberg es verschmähte, Strafantrag gegen ihn zu stellen, sondern eine Anklage gegen die Normmacher Richter und Tiede, die den Adam hinausverboten hatten, wegen Körperverletzung und Beleidigung. Sie wurden in erster Instanz je zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, hiermit aber vor der Staatsanwaltschaft, der drei Monate Gefängnis beantragt hatte, nicht zufrieden, und er legte Berufung wegen des Strafmaßes ein, was die Angeklagten leider unterliehen.

In der Verhandlung der Berufungsinstantz stellte sich der geschickte Sachverhalt heraus. Der Vertreter der Anklagebehörde meinte zwar, daß weil das Vorgehen der Angeklagten seinen Grund in der durch einen Streik hervorgerufenen Feindschaft habe, eine Gefängnisstrafe verhängt werden dürfte, und schlug je eine Woche vor, dem aber widersprach der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfang Heine, der hervorhob, daß Adam den ganzen Jan. gesittlich provoziert habe, und das Gericht meinte ebenfalls, daß bei dem Verhalten Adams die in erster Instanz erkannte Strafe vollkommen ausreichte.

Sternberg macht Schule. Das Landgericht München I hatte sich in zweitägiger Verhandlung mit einer Sternbergerei zu befassen. Der seit Juni v. J. verhaftete cand. med. Friedrich

Baumann aus Schlangenbad war angeklagt, mit dem 10jährigen außerordentlichen Lächterchen der Architektensfrau Lina Weber aus München im Sommer v. J. während eines Sommeraufenthalts in Garmisch wiederholt unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben, so daß das Kind gefährlich erkrankte. Frau Weber war beschuldigt, nicht nur den unzüchtigen Verkehr des Baumann mit dem Kinde gebuldet zu haben, sondern das Kind dem Baumann zu diesem Zwecke auch zugeführt zu haben, weil Baumann die Kosten des Landaufenthalts zu bezahlen versprach. Beide Angeklagte wurden auf Antrag ihrer Angehörigen auf ihren Geisteszustand geprüft. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung des Baumann zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis wegen sechs Verbrechen wider die Sittlichkeit, und mit der Freisprechung der Frau Weber von einem Verbrechen der Kuppelei. Die Bezirke erklärten sie für schwachmüdig, so daß sie für ihre That nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Der Treiber-Projekt. Aus den Mitteilungen über die Verhandlungen am Sonnabend verdient folgendes hervorgehoben zu werden:

Als erster Zeuge erscheint Fabrikdirektor Brandt-Dortmund, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Dortmunder Bankvereins. Er kennt die Angeklagten Schulze-Dellwig und Otto und weiß, daß an deren Ehrenhaftigkeit bei niemand Bedenken bestanden haben; daß Schulze-Dellwig großes kaufmännisches Verständnis gehabt habe, glaubt Zeuge nicht. Daß der Vorstand einer Aktiengesellschaft bei einer Aufsichtsrats-Sitzung gegenwärtig ist, hat für den Zeugen nichts Auffälliges, im Gegenteil sieht er darin nur eine Förderung der Angelegenheit. Daß eine höhere Dividende verteilt wurde nach neuer Kapitalaufnahme hat für den Zeugen auch nichts Auffälliges. Der Zeuge führt als Beispiel die Auer-Glühlampengesellschaft an, die gleich zu Anfang hohe Dividenden verteilte und noch heute glänzend prosperiert. Der Dortmunder Bankverein hat seine Beziehungen zur Gesellschaft, die für den Bankverein sehr nutzbar waren, im Dezember 1899 abgebrochen, wegen der wiederholten Zeitungsangriffe, die ihn anständig machten. Damals ist Direktor Schmidt selbst nach Dortmund gekommen und hat einen größeren Auftrag einer Münchener Firma vorgelegt, bei dem er, wie er sagte, 8-10 Prozent verdienen würde. Ein Sohn des Zeugen war Beamter der Treiber-Gesellschaft und dieser wurde nach Ansicht des Vaters dem Angeklagten Schulze-Dellwig sofort Mitteilung gemacht haben, wenn ihm etwas Unrechtes oder Verdächtiges aufgefallen wäre. Rechtsanwalt Dr. Weis, der Konkursverwalter der Herrn Sumpfschen Rasse, konstatiert, daß der Gesamtbestand an Treiberaktien der Herrn Sumpfschen Rasse nach dem Depotkonto, die Herrn Sumpf zur Verfügung standen, 479 alte und 1593 junge Treiberaktien waren. Dieser Zeuge hat auch mit Sumpf fortgesetzte Verhandlungen gehabt und ist der Ueberzeugung, daß dessen großer Optimismus auch bis jetzt noch bestehe. Er erwähnt, daß aus dem Konkurs der Firma Brauerei Voelch (Sebr. Sumpf) 66 Proz. vorläufiglich herauskommen werden.

Der Direktor der Aplerbecker Bergwerksgesellschaft, deren Vorsitzender im Aufsichtsrat der Angeklagte Schulze-Dellwig war, kann nur günstiges über letzteren aussagen. Es ist einmal vorgekommen, daß Schulze-Dellwig Bescheid in Höhe von 70000 M. für die Bergwerksgesellschaft acceptierte. Liebenheimer, Privatsekretär des Generaldirektors Schmidt, bestätigt, daß letzterer alle Sachen selbst erledigt habe, daß er an den Geschäftsberichten der Treiber-Gesellschaft noch im letzten Augenblick, ja selbst dann noch, wenn dieselben schon unter der Presse waren, Korrekturen vorgenommen habe. Ueber die Beziehungen des Generaldirektors Schmidt zur Berliner Finanz- und Handelszeitung kann Zeuge nichts anderes angeben; es ist ihm nur zur Kenntnis gekommen, daß der Chef jener Zeitung einmal in Kassel mitverhandelte. Das Werk zu Putna im Böhmen sei sehr gut gegangen, Ueberfälle habe es der vielen Unfällen wegen jedoch nicht erzielt. Auf Verfragen des Angeklagten Schulze-Dellwig bestätigt der Zeuge Liebenheimer, daß auf Veranlassung Schulze-Dellwigs im Jahre 1896 ein Bruder des Zeugen, ein Forstinspektor, nach Böhmen gereist ist, um festzustellen, ob dort Holzbestände genügend vorhanden seien. Sodann wird der Fabrikant Lorbek, Mitglied der Kasseler Handelskammer, welcher mit einer Kommission die Besichtigung des Werkes in Kates unternommen hat, vernommen. Lorbek bestätigt als Zeuge, was im damaligen Kommissionsbericht niedergelegt worden war, daß man nämlich den Einbruch eines vortrefflichen Betriebes gehabt habe. Bankier Blumenthal bestätigt, daß in der Generalversammlung vom November 1899 die Vertreter der Tochtergesellschaften über ihre Unternehmungen nur günstig berichteten und daß Direktor Schmidt stets Neuigkeiten der Presse gegenüber mit Nachdruck betont habe, daß dies nur Nachschichten der Konkurrenz seien. Auch habe Schmidt in der Generalversammlung von Jahre 1900 ausdrücklich betont, daß durch den Abbruch der Tochteraktien keinerlei Verpflichtungen für die Gesellschaft sich ergeben, dank dem Entgegenkommen der Verwaltung und befreundeter Kreise.

Zum Schluß des heutigen Verhandlungstages wurden noch eine Reihe von Zeugnissen vernommen. Darauf begann die Verlesung von Briefen aus den Kopierbüchern der Angeklagten, um zu beweisen, daß die Angeklagten nicht in gutem Glauben gehandelt haben. Die darin enthaltenen auffälligen Wendungen suchten die Angeklagten in harmloser Weise zu erklären und in anderem Sinne erscheinen zu lassen. Sodann wurde die Sitzung nachmittags 3 1/2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Montag früh 9 Uhr.

Lohnbewegung der Kleber (Tapezierer). Am Freitag lagte in Feuersteins Saal eine von ungefähr 200 Personen besuchte öffentliche Kleber-Verammlung, die seitens des Tapezierer-Verbandes einberufen war. Wie in der Verammlung am Donnerstag, so bildeten auch hier die zwischen beiden Organisationen ausgebrochenen Differenzen den am eingehendsten behandelten Gegenstand der Debatte. Als Vertreter des Verbandes gab Leo Schmidt eine Darstellung von den Verhandlungen der Vertreter beider Organisationen. Er betonte, daß in der letzten gemeinsamen Sitzung vollkommene Einigkeit darüber bestanden habe, daß die Kleber Berlin in eine Lohnbewegung einzutreten haben, um den bisherigen Tarif aufrecht zu erhalten, nur über die Bezahlung der früheren Feierabendstunde am Sonnabend, sowie über den Mobus der Streikunterstützung sei man geteilter Meinung gewesen. Ausdrücklich habe man aber vereinbart, zum Zweck der Lohnbewegung eine gemeinsame Vorkontrollkommission vorzunehmen, die ein gemeinsames Flugblatt herauszugeben und eine gemeinsame Verammlung — die heutige — zu veranstalten. Alles das habe der Kleberverein, entgegen den Ermahnungen, inzwischen schon auf eigne Faust getan, woraus geschlossen werden müsse, daß der Kleberverein seinen Plan schon fertig hatte, als er mit dem Verband in Unterhandlung trat. Eine solche Handlungsweise sei mit dem Ausdruck „schamloser Treubruch“ noch ganz gelinde gekennzeichnet. Die Generalversammlung des Klebervereins, welche die gemeinsamen Beschlüsse umsetzte, sei nur von 11 Personen besucht gewesen. Der Kleber gab das Resultat der vom Verband vorgenommenen Vorkontrollkommission bekannt. Es sind 208 Bauten ermittelt worden, von denen 194 für die Zeit der Lohnbewegung in Betracht kommen. (Der Kleberverein hat 231 Frühjahrsbauten gefunden) — Straffer, der den Standpunkt des Klebervereins vertrat, widersprach nicht den positiven Angaben Schmidts betreffs der gemeinsamen Vereinbarung, sondern behauptete nur, diese Vereinbarung sei vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Organisationen getroffen, und seine Organisation habe die Vereinbarung nicht gebilligt. Weiter bemerkte Straffer, wenn die gegenwärtige Verammlung, in der die Politiker die Mehrheit hätten, andere Beschlüsse fassen sollte als die Donnerstags-Verammlung, so würde der Kleberverein diese Beschlüsse nicht anerkennen und selber die Lohnbewegung ins Werk setzen, und die Verantwortung für die Folgen treffe dann der Verband. Darauf wurde dem Kleber entgegengehalten: Wenn die Lohnbewegung mißlingt, dann wolle man also dem Verband die Schuld dafür aufbürden, habe die Bewegung aber Erfolg, dann schreibe sich der Kleberverein denselben auf sein Konto. — Dem Vorschlag des Referenten Schmidt gemäß beschloß die Verammlung, in der auf Anordnung des Vorsitzenden nur Kleber abstimmen durften, in eine Lohnbewegung zu Gunsten der bisherigen Tarifpositionen einzutreten, und beauftragte die Zeitung der Klebersektion des Verbandes, alle vorbereitenden Schritte zu unternehmen.

Wilmersdorf. Am 5. Februar fand in Willes Volksgarten die Verbandsverammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Wilmersdorf statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Rosenow einen Vortrag über den deutschen Bauernkrieg im Jahre 1525 hielt. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Genosse Kette wurde auf Antrag des Vorstandes von der Verammlung aus dem örtlichen Wahlverein ausgeschlossen, weil derselbe bei den Gemeindevahlen nicht gewählt hat.

Allgemeine Familien-Terbe-Kasse. Heute Jahrtag: Kaiser. 123 bei Dierck von 3-6 Uhr.

Konsum-Verein Berlin-Nord. E. G. m. b. H. Mitglieder-Verammlung am Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Elymum, Landsberger Allee 40/41, und Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Zwimmländer Gesellschaftshaus, Zwimmländerstraße 42. Zahlreiches Erscheinen, namentlich der Frauen, erwünscht.

Zusatzkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen, Montag, abends 9 Uhr, Uebungsbüchse in der Filiale Brunnenstraße 150. Vortrag über gefährdende Kronleuchter. Nächster praktische Uebungen. Gäste willkommen. Neue Teilnehmer können noch eintreten. — Der nächste Kursus findet in der Krimmstraße, Konstantinstraße 20, statt. Vortrag über Knochenbrüche, Verrenkungen und Verwundungen. Nächster praktische Uebungen.

Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (G. V. 26). Dresden a. M. Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, Hauptversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Saal 3.

Verband der Tapezierer. Montag, den 10. Februar, abends 9 1/2 Uhr, Mitglieder-Verammlung bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75. 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Die Differenz bei der Firma Buchardt. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht die Verbandsleitung.

Witterungsbericht vom 8. Februar 1902, morgen 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer stand mm, Windrichtung, Windstärke. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 9. Februar 1902. Etwas wärmer, ziemlich trübe mit Niederdrücken und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Beeridigungs-Verein Berliner Zimmerleute. Am 7. d. M. verschied nach langen schweren Leiden unser Kamerad, der Zimmerer Karl Niekammer im hohen Altersalter von 30 Jahren. Die Beeridigung findet Montag, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Remisestr. 4, aus nach dem St. Georgen-Kirchhof vor dem Landsberger Thor statt. Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Cridoverwaltung Berlin VI. Codes-Anzeige. Am 6. Februar er. verstarb das Mitglied der Kammer Ambrosius Babatz im 32. Lebensjahre. Ihre letzten Andenken! Die Beeridigung findet am Sonntag, den 9. Februar, nach 2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt. 419b Die Cridoverwaltung.

Verein der Bauanschläger Berlin u. Umgegend. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser alter Kollege und ältestes Ehrenmitglied J. Battre verstorben ist. Die Beeridigung findet dem Sonntag, nachmitt. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Französischen Kirchhofes, Uckerstr. 7, aus statt. Nege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Friedrich Lippstreu (Maler) am 9. Januar verstorben ist. Seine letzten Andenken! Die Beeridigung fand am 12. Januar auf dem Emmaus-Friedhofe statt. Die Cridoverwaltung.

Table with 8 columns: Wochen-Evangelium, Sonntag 9, Montag 10, Dienstag 11, Mittwoch 12, Donnerstag 13, Freitag 14, Sonnabend 15, Sonntag 16. Rows include Opernhaus, Schauspiel, Neues königliches Oper-Theater, Zähr-Theater, Deutsches Theater, Berliner Theater, Festung-Theater, Neues Theater, Theater des Weisens, Friedrich-Wilhelms-Theater, Zulus-Theater.

Residenz-Theater. Alle Abende: Verliebt. Vorher: Jucht vor der Schwiegermutter. Nächsten Sonntagnachmittag: Die Camellien. Central-Theater. Von Sonntag bis Sonnabend: Schauspiel Hevete Wilder. Nächsten Sonntagnachmittag: Die Fledermaus. Nächsten Sonntagabend: Das süße Mädel. — Thalia-Theater. Alle Abende: Seine kleine. — Trianon-Theater. Alle Abende: Lebende Lieber. — Ernst v. Wolzogen Santes Theater. Jeden Abend: Wechselndes Programm. — Schall und Rauch. Alle Abende: Darstellung vor dem Kaiser. — Belle Alliance-Theater. Alle Abende: Die Dame aus Trossville. Hieraus: Gr. — Carl Weiss-Theater. Alle Abende: Das Jungfernstift. Sonntagnachmittag: Der Müllers. — Urania. Alle Abende: Frühlingstage an der Riviera. — Apollo-Theater. Alle Abende: Das süße Mädel. — Casino-Theater. Alle Abende: Spezialitäten und Auffspiele.

**Achtung!** **Socialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Dienstag, den 11. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Kronprinzen-Zeit (Zeit Nr. 1):  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Politik der Socialdemokratie. Referent: Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 NB. Das Parteitag-Protokoll kommt in der Versammlung zur legiti-  
 malen Ausgabe. 236/2  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

**III. Wahlkreis.**  
 Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saal von Duggenhagen am Moritzplatz:  
**Volks-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten H. Fischer über: „Wasser-  
 politik und Socialpolitik im Deutschen Reich“. 2. Diskussion. 3. Ver-  
 schiebenes. 242/2  
 Nege Beteiligung der Genossinnen und Genossen erwartet  
 Der Vertrauensmann.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).**  
 Dienstag, den 11. Februar 1902, abends 8 Uhr,  
 Große Frankfurterstraße 117:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. A. Südekum.  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand. 242/7

**VI. Wahlkreis.**  
 Schönhauser Vorstadt.  
 Sonntag, den 9. Februar cr., abends 5 Uhr:  
**Volks-Versammlung**  
 im Lokal „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Das neue Ordngut der Stadt Berlin behufs Ausdehnung der  
 Krankenversicherung auf die Handindustrie. Ref.: Stadtv. H. Borgmann.  
 2. Diskussion. 361b  
 Da der Vortrag von großer Bedeutung für Handindustrielle, auch für  
 Frauen ist, so erwartet zahlreiche Erscheinen  
 Der Vertrauensmann: Karl Wünsch.  
 Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.  
 Dienstag, den 11. Februar 1902,  
 abends 8 1/2 Uhr,

**Volks-Versammlung**  
 bei Gossmann, Kreuzbergstraße 48. 105/11  
**Die Verbilligung der Lebensmittel.**  
 Referent: **Paul Göhre.**

**Achtung! Brauerei-Arbeiter. Achtung!**  
 Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
 aller in den  
 Brauereien Berlins und Umgegend beschäftigten Personen  
 im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Berichterstattung über den Ring-Arbeitsnachweis für das Jahr 1901.  
 Referent: Wilhelm Richter. 2. Bericht der Agitationskommission.  
 3. Verschiedenes. 41/1

**Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.**  
 (Eingetragene Hilfskasse Nr. 118.)  
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Bureau der Kasse sich vom  
 Montag, den 10. Februar 1902, in der  
**Hirtenstraße 20, vorn parterre,**  
 befindet.  
 Der Vorstand, J. A.: Heinrich Metzke.  
 Ferner geben wir bekannt, daß der Ausschuss sich konstituiert und zum  
 Vorsitzenden Gustav Herforth, Suttmannstr. 18, L. Nr. 6, 2 Tr.,  
 gewählt hat. An denselben sind alle Beschwerden in Kassenangelegenheiten  
 zu richten. D. D. 33/3

**Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.**  
 Sonntag, den 16. Februar, vorm. präc. 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstands inf. Kassierers. 2. Anträge auf etwaige Abänderung des Statuts. 3. Neuwahl  
 des Gesamtvorstands. 4. Verschiedenes.  
 Jeder Sänger ist verpflichtet, pünktlich zu erscheinen. Bundeskarte legitimiert. Der Vorstand.  
 Die Delegierten werden darauf aufmerksam gemacht, daß ein neues Lied in der Versammlung end-  
 gegeben wird.

**Handelsangestellte! Handelsangestellte!**  
 Montag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Apollo-Saal,  
 Sebastianstraße 30:  
**Öffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über: Der Kampf  
 ums Recht. Nach dem Vortrag freie Aussprache.  
 Alle Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfinnen und Handelshilfsarbeiter sind zu dieser Ver-  
 sammlung eingeladen. [285/17] Der Einberufer.

Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr:  
**Grosse öffentliche Versammlung**  
 der in  
**städtisch. Betrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten**  
 im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.  
 Tages-Ordnung:  
**Das Zollwuchergesetz**  
 und seine  
**Bedeutung für die städtisch. Arbeiter.**  
 Ref.: Reichstags-Abgeordneter H. Molkenbuhr.  
**Arbeiterfürsorge und Mißstände in den städtischen Betrieben.**  
 Referent: H. Schubert.  
 Magistrat und Stadtverordneten sind hierzu eingeladen.  
 Der Einberufer: H. Schubert. 285/18

**Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.**  
 (Zahlstelle des Verbandes.)  
 Sonnabend, den 22. Februar: 377b  
**25 jähriges Stiftungsfest**  
 im großen Saal der „Brauerei Friedrichshain“  
 (früher Lipp) am Königsthor.  
**Grosses Konzert und Ball.**  
 Festrede. — Lebende Bilder. — Vorträge etc.  
 Anfang 8 Uhr. Entree inkl. Tanz 50 Pf.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Das Komitee.  
 Biletts bei: Schülke, Steinhilberstr. 56 III; Wagner, Rosfelderstr. 48, Hof IV;  
 Lehmann, Rosfelderstr. 48; Grämer, Adlershof; Rochow, Hasenheiderstr. 18 I.

**Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.**  
 Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr,  
 im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Fied. Hoffmann über die Entwicklung des  
 Rechts. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.  
 Der Vorstand.  
 Donnerstag, den 13. Februar, abends:  
**Werkstatt-Vertrauensmänner-Sitzung.**  
 Näheres durch die Kontrollkommission. 75/5

**Achtung! Fliesenleger. Achtung!**  
 Dienstag, den 11. Februar 1902, abends 8 Uhr,  
 bei Schulz, Grenadierstr. 33:  
**Versammlung**  
 des Vereins der Fliesenleger Berlins u. Umgegend.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie stellen wir uns zu dem von den Unternehmern vorgelegten  
 Tarif? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 56/2  
 Sämtliche Fliesenleger Berlins und Umgegend sind freundlich  
 und dringend eingeladen.  
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bitten! Der Vorstand.

**Achtung! Gewerkschaften und Vereine! Achtung!**  
**Central-Verband der Civilmusiker Deutschlands**  
 (Ortsverwaltung Berlin).  
 Die ehemalige Freie Vereinigung der Civil-Berufs-  
 musiker Berlins und Umgegend hat sich am 18. Januar cr.  
 aufgelöst und ist in corpore dem oben bezeichneten Verband beige-  
 treten. Die Mitglieder legitimieren sich jetzt nicht mehr durch  
 Karten, sondern durch ihre Mitgliedsbücher. Der Arbeitsnachweis  
 befindet sich wie früher in unserm Vereinslokal Rosenthalerstraße 57 bei  
 Bauer, woselbst Kartenstr. von 1/11 bis 1/2 mittags und 7-1/2 abends  
 entgegengenommen werden. An die Vereine u. die Bitte richtend, von  
 dieser Umänderung des Titels Notiz zu nehmen, zeichnet  
 Godschalksplatz 50/2  
 Der Vorstand der Ortsverwaltung Berlin  
 des Central-Verbands der Civilmusiker Deutschlands.

**Centralverband der Maurer etc.**  
 Zahlstelle Berlin.  
**5 Mitglieder-Versammlungen.**  
 Für Norden am Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in Wernaus Festsälen,  
 Schwedterstraße Nr. 23/24.  
 Für Wedding am Montag, den 10. Februar 1902, abends 8 Uhr, bei Hoffmann,  
 Pöpelwälderstraße Nr. 3.  
 Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:  
 1. Vortrag. 2. Bericht aus den Bezirksvereinigungen. 3. Verbandsangelegenheiten.  
 Für Oranienburger Vorstadt am Dienstag, den 11. Februar cr., abends 8 Uhr,  
 im Lokal Gebauer, Tiefstraße 21.  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht aus der Bezirksvereingung. 3. Verschiedenes.  
 Für Süd-Ost am Mittwoch, den 12. Februar 1902, abends 8 Uhr, im Lokal Krüger,  
 Nauenstraße Nr. 6.  
 Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht des Obmanns. 2. Neuwahl der Bezirksverwaltung. 3. Verschiedenes.  
 Für Westen am Mittwoch, den 12. Februar 1902, abends 8 Uhr, im „Königshof“,  
 Bülowstraße Nr. 37.  
 Tages-Ordnung: 1. Beschlußfassung über die Einführung der Hauskassierung. 2. Verschiedenes.  
 Zahlreichen Besuch erwartet. 136/20 Die Verbandsleitung.

**Achtung! Männer und Frauen. Achtung!**  
 Montag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
**Große öffentliche Versammlung**  
 für alle in den öffentlichen Lokalen angehefteten Toiletten- und  
 Garderoben-Frauen, desgleichen in den Reinigungs-Instituten  
 beschäftigten weiblichen Personen, ferner alle Friseurinnen  
 und Zeitungs-Austrägerinnen sowie Waschfrauen und Aufwärterinnen  
 im Lokal des Herrn Gramann, Nauenstr. 27.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen J. Kalka über: „Ist eine gewerkschaftliche  
 Organisation für die gewerblich arbeitenden Frauen und Mädchen Berlins  
 notwendig?“ 2. Vorlage eines Statuts, Diskussion und Anträge. 3. Wahl  
 eines Vorstandes. 4. Verschiedenes. 286/1  
 Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber erwartet vollständiges  
 und pünktliches Erscheinen der Interessenten obiger Kategorien  
 Die Einberuferin.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Montag, 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlungen.**  
 Süden und Südosten: im Märkischen Hof,  
 Admiralstr. 18c;  
 Tages-Ordnung:  
**Die Arbeitslosen-Unterstützung.**  
 Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
 Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosnow über „Heimatspolitik  
 und Weispolitik“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstraße 23.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Stadtrats-Abgeordneten Dr. Weyl über „Die Aufgaben der  
 Kommune gegen die Arbeitslosigkeit“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und  
 Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 78/20  
 Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
**Die Werkstatt-Kontrollkommission.**

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
 Montag, 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Müller, Türrschmidstr. 37:  
**Bezirksversammlung für Rummelsburg.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch. 2. Diskussion. 3. Ver-  
 bandsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet. 111/12  
**Die Ortsverwaltung.**

**Achtung! Marmor-Arbeiter! Achtung!**  
 Dienstag, den 11. Februar 1902, abends 8 Uhr,  
**Öffentliche Versammlung**  
 im Saal des Englischen Gartens, Berlin, Alexanderstr. 27c.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl eines Delegierten zum Kongress.  
 2. Stellungnahme zu unserem Tarif.  
 3. Gewerkschaftliches.  
 Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen,  
 in der Versammlung zu erscheinen und sein Betragen nach mitzubringen.  
 172/3 Der Vertrauensmann.

**Ein Urteil**  
 „Ich bin, wie man in Berlin zu sagen pflegt, ein  
 echter, alter Seebär. Ich habe schon so manches gute  
 Getränk im In- und Auslande, ja sogar in den ent-  
 ferntesten Winkeln der Welt, hinter meine Binde ge-  
 gossen. Aber aufrichtig gesagt, können Sie mit Ihren  
**Erzeugnissen der ganzen Welt Konkurrenz**  
 bieten. Alle meine Freunde haben mir Ihre Sendung  
 schnell austrinken geholfen, so dass sie mich jetzt alle  
 mit frischen Bestellungen überhäufen; ich glaube, wenn  
 dies so beibehält, so muss ich hier noch ein Zweig-  
 geschäft von Ihnen errichten.  
 Bitte übersenden Sie ...  
 Hamburg, St. Pauli, **Norberr Sch.** ...  
 E. ... str. ...  
**von Tausenden über**  
**Original-Reichel-Essenzen** „Lichterz“  
 zur Selbstbereitung von Cognac,  
 Rum, Liqueuren, Punschextrakten etc.  
**Ein Versuch überzeugt!**  
**Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.**  
 Essenzen-Fabrik mit Dampf-betrieb.  
 Fernsprecher: Anschluss Amt IV, 3190 und IV, 646.  
**Mehr als 600 Niederlagen in Deutschland.**  
 Kennlich durch meine Plakate.  
 Lassen Sie sich nicht durch Nachahmungen täuschen!  
 Versand nach auswärts gegen Vorauszahlung oder Nachnahme.  
 Jeder fordere kostenfrei: **Die Destillation im Haushalt.**



Litterarische Rundschau.

Das Bettelgewerbe.

Wie sich im Kopfe eines Kriminalisten, eines staatlich angestellten Richters das Bild der Welt malt, wie er sich das Leben der Armen vorstellt, das verrät ein Buch von August Löwenstimm, Oberlandesgerichtsrat in Charlottenburg. Für ihn giebt es nur die eine Frage: Ist es möglich, den Bettler zu bestrafen, bieten die heutigen Gesetze schon genügend Paragrafen, um einen, der Almosen heischt, gehörig die Lust dazu zu verletzten?

Und mit sicherer Gesetzeskenntnis zählt er alle Verordnungen, Gesetze und Paragraphen her, schildert er alle Anstalten und Institute, die der durch den Bettel verursachten Plage abhelfen sollen. Mit ganz besonderer Kenntnis aber wendet er sich der Darstellung des Bettlers, vorzüglich des russischen Bettlers. Er teilt die Bettler ein in a) Kirchen- und Graberbettler, b) Wandluge oder Stragen- und Hausbettler, c) falsche Geistliche, d) Braudbettler, e) Auswanderer, f) Krüppel, g) Briefbettler und Bettler, die durch Notlagen die wohlhabenderen Klassen brandschlagen. Auch Veteranen, Personen, welche vorgeben, wegen Ebelmuts und wegen Wahrheitsliebe verfolgt zu werden, verarmte Kaufleute, heruntergekommene Studenten, Bauern, denen angeblich das Pferd gefallen, Frauen, denen ein Kind gestorben oder die ein krankes Kind auf dem Arm haben und Eltern, die zur Aussteuer der Tochter sammeln, zählt Löwenstimm auf. Eine stattliche Reihe! Und manche darunter, die besonders dem russischen Leben eigenartig sind. Da sind zuerst die Bettler, die sich auf den Treppentritten der Kirchen und auf den Begräbnisplätzen hinsetzen und jeden Andächtigen oder Trauernden, die ja besonders reich gestimmt sind, zu reichen Gaben anhalten. Bei den Straßenbettlern erwähnt er die zwei Klassen, die stets zusammen sitzen; während der eine, der es am besten versteht, das Mitleid der Leute zu erregen, das Betteln übernimmt, pakt der andre auf, daß sie nicht von der Polizei übertrifft werden. Andre Betteln um einen Groschen für das Nachtlager. Eine Eigenart des russischen Bettlertums aber sind die „Jerusalem Leute“. Es sind das Weiber und Männer, die behaupten, aus dem „gelobten Land“, aus Palästina zu kommen. Sie tragen immer schwarze Gewänder, wie Nonnen und Mönche, und sprechen fast nur über religiöse Fragen. In Petersburg und den mehr deutschen Landesteilen sind sie selten. In Moskau und in der Provinz aber, wo Unwissenheit und Aberglaube die Köpfe umnebelt und verdunkelt, sieht man solche Pseudo-Mönche und Nonnen sehr oft. Sie verkaufen Erde aus dem „heiligen Land“, Reliquien und sumpfbadische Mittel gegen allerlei Krankheiten.

Ebenfalls eine russische Erscheinung und sehr häufig im Lande der Arute sind die Brandbettler. Sie erzählen, daß in ihrem Dorf ein Brand ausgebrochen sei, der ihr Hab und Gut in Asche verwandelt habe. Tatsächlich kommt das nicht selten vor, daß russische Dörfer, die ja sämtlich aus Holz und Stroh aufgeführt sind, durch die Plammen verzehrt werden. Viele Menschen kommen dadurch an den Bettelstab. Aber die professionellen Betrüger machen sich solche Ereignisse ebenfalls zu nütze. Als Familien ziehen manche Personen herum, die doch untereinander gar nicht verwandt sind. Im Osten und im Süden des russischen Reiches benutzen viele Bettler die dort hindurch ziehende Auswandererevakué, um sich als mittellose Auswanderer durchzubringen. Andre Bettler gehen als Krüppel oder stellen ein verkrüppeltes Kind so augenfällig zur Schau, daß ihnen jeder ihnen einen Groschen schenkt. Die Briefbettler arbeiten nach Adressbüchern, die sämtlichen Adressen wohlhabender Wohlthäter enthalten und auch genau angeben, wofür sich die Wohlthäter interessieren, was sie geben und um was man sie bitten sollte.

Eine Specialität, aber nicht nur des russischen Lebens, sind die Kirchenscollectoren, die, mit der Bewilligung des Konfessionsrats, für eine arme Gemeinde die Mittel zu einem Kirchenbau sammeln. Oft sind sie reine Betrüger. Oft aber sind sie wirklich ausgeschickte Collectoren, die aber bei der Art ihrer Tätigkeit und ihres laienhaften Lebens dem Bettlertum zugerechnet werden müssen. Auch ganze Betteldörfer giebt es in Rußland. Die Dorfsassen sind in ihrer Jugend, durch einen Dorfbrand oder ähnliche elementare Ereignisse, genötigt worden, zum Bettelstab zu greifen. Andre sind durch fortwährende Mißernten zu einem solchen Leben gezwungen. Viele Dorfschaften aber betreiben die Bettellei ohne Not und Zwang. Löwenstimm schildert genau die Ursachen, die mehrere Dorfschaften zu Bettlerschaften machten. Es sind meist mehr oder weniger weit zurückliegende Vorgänge, wie Kriegs- und Hungersnöte. Die Nachkommen-

schaft der durch solche Dinge zum Bettel gezwungenen Dörfler betreibt den Bettel noch immer.

Der Herr Oberlandesgerichtsrat glaubt nun behaupten zu dürfen, daß die Kriminalität ein geschichtliches Produkt ist und die wirtschaftlichen Verhältnisse nur ein, wenn auch bedeutender Faktor sind. Wenn er aber so merkwürdige Zahlen anführt, wie z. B. gerade bei der Schilderung der Bettelweise, muß er doch gerechte Zweifel erregen. Er behauptet rüchweg, daß einzelne Dörfer 4000 ja 8000 Bettler hinauswänden. Eine solche Anzahl würde die das Bettelnest umgebende Landschaft derartig überflutet, daß die Bevölkerung die bekannten russischen Bettelspecialitäten, wenn sie ihr in solcher Häufung entgegenstehen, doch nicht mehr so ohne weiteres glauben dürfte. Schließlich würden solche Bettlermassen auch der Bevölkerung zu schwer fallen und sich untereinander eine solche Konkurrenz machen, daß die Bettellei eben doch kein nützendes Gewerbe bleiben würde.

Und sollten wirklich hier und da geschichtliche Ereignisse das Betteln hervorgerufen haben, so kann doch kein Zweifel sein, daß es vor allem den wirtschaftlichen Zuständen zu verdanken ist. Bei einer gerechten Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse wäre es undenkbar, daß die ganze Bevölkerung einzelner Ortschaften aus dem Bettel ein Gewerbe macht. Würde so für die durch Brand oder Hungersnot zu Grunde gerichteten Ortschaften gesorgt werden, wie es sich gehört, so würden solche Erscheinungen vollkommen unmöglich sein. Nun will zwar auch Löwenstimm eine bessere Regelung des Armenwesens, das nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland, und besonders in manchen östlichen Landesteilen alles zu wünschen übrig läßt. Wer reich und schwach ist, soll also in Anstalten gegeben werden. Alle andern aber, und auch die Trinker, sollen streng bestraft werden. Auch die Krüppel könnten sich meist selbst durch ihrer Hände Arbeit ernähren. Und alle die Hunderttausend junger kräftiger Strömer könnten vom Staat keine Unterstützung verlangen; sie hätten für ihr Raster das Arbeitshaus verdient. Und nicht kleine Strafen genügt; ernsthafte, strenge und lange Freiheitsentziehung müßte jeden vor dem Bettel zurückhalten. Daß eine solche Justiz Erfolg habe, glaubt Löwenstimm mit den Ergebnissen der belgischen Armengesetzgebung beweisen zu können. Vor ihrem Inkrafttreten gab es mehrfach soviel ausländische Bettler in Belgien, als nachher. Er übersehen dabei aber ganz und gar die Wirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Zahlen, die er als noch dem Gesetz ermittelt angebt, stammen eben aus jenen Jahren des beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs. Ueberhaupt geht dem Herrn Ober-Landesgerichtsrat jeder Einblick in die ökonomischen und ethischen Zustände der unteren Volksklassen vollkommen ab. Wohl weiß er eine ganze Reihe Fälle anzuführen, wo Eltern und andre Erwachsene ihre Kinder zum Betteln anboten, wo sogar Kinder zu solchen Zwecken in schamloser Weise verstümmelt wurden. Aber diese aus Jahrzehnten und aus allen Weltwinkeln zusammengekauften Fälle wollen gar nichts besagen. Das sind Ausbrüche der Verkommenheit und Rohheit, die ja natürlich da besonders stark sind, wo schauerhafte wirtschaftliche Zustände herrschen.

Aber was weiß der Autor davon, daß es Fälle geben kann, wo selbst der kräftigste Arbeiter keine Arbeit bekommt? Und dazu treten jene Ereignisse, die es oft auch dem tüchtigsten und ehrenwertesten Arbeiter verbieten, eine Arbeit anzunehmen. Ja, gerade wegen seiner Ehre kann mancher Arbeiter oft arbeitslos und brotlos werden. Aber was weiß der Herr Ober-Landesgerichtsrat von diesen ethischen Ueberzeugungen der Arbeiterklasse! Was weiß er von der Solidarität der Arbeiterschaft! Und was weiß er von dem Bildungs- und Wissensdrang, der so manchen hinausstreift — ganz zu schweigen von so vielen andern Zuständen und Verhältnissen, die viele arme Menschen auf die Landstraße bringen.

Daß aber die wirtschaftlichen Verhältnisse die Hauptursache des Bettelgewerbes sind, wurde gerade während des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre offenbar. Die Anstalten zur Bekämpfung des Strömertums waren selbst im Winter nicht immer ganz besetzt. Und die gewohnheitsmäßigen Landstreicher nahmen zusehends ab. Die häufigere Arbeitsgelegenheit erzog keinen Erfolg für diese bedauernswerten, schlimmen Elemente. Jetzt aber sind diese Anstalten wieder überfüllt. In der Arbeiterkolonie Friedrichswille, die manchen Winter kaum halb gefüllt war, wird der Etat von 200 Kolonisten augenblicklich ganz bedenklich überschritten. Und so ist es in allen dergleichen Anstalten. Und nicht nur diese sind vollgepropt. Immer noch ziehen zu gewissen Tagesstunden auf Landstraßen und Chaussees die armen Reisenden in unabwehrbarer Rette von Ort zu Ort und Stadt zu Stadt. Da mag allerdings aus manchen einem braven Kerl ein echter rechter Landstreicher werden, der dann sein ganzes Leben

lang sich durch Bettellei und Vagabondage an dem modernen Staat rächt, der ihm kein Recht auf Arbeit bietet.

Ja, es kann sich gar nicht darum handeln, solchen armen Kerlen „ein Recht auf Strafe“ zu geben. Und alle Anstalten können auch noch lange nicht mit der Arbeits- und Obdachlosen fertig werden. Nein, ein Recht auf Arbeit verlangen die Existenzlosen. Damit wäre dem Bettel am besten zu Leibe gegangen. Es muß doch immer wieder gesagt werden, daß es sich nicht um die Beseitigung der Wirkung, sondern um die Beseitigung der Ursache handelt!

Und das muß auch dem wissensreichen Herrn Ober-Landesgerichtsrat gesagt werden, für den jede Erscheinung nur dazu vorhanden zu sein scheint, daß er forsche, wieviel Arbeit sich wohl für den Richterstand herausfinden lasse. Aber das bloße, einseitige Wissen genügt doch nicht. Und wenn auch Löwenstimm das Bettelgewerbe von fast ganz Europa kennt und darstellt, so bleibt er doch ein Buchhändler. Und das Charakterisiert ihn so recht als einen Vertreter jener Klasse der „Wahrer der Gerechtigkeit“, die nichts weiter wissen, als jeden Menschen und jede Lebenserscheinung daraufhin zu betrachten, ob sich da nicht recht hohe und strenge Strafen anbringen lassen. Hans Wandrer.

Brochhaus' Konversationslexikon. 14. Auflage. Per Band gebd. 12 M. Leipzig, F. W. Brochhaus.

Das Brochhaus'sche Lexikon ist das älteste Unternehmen dieser Art, in encyclopädischer Weise das Wissen der Zeit zusammenzufassen und weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Der wachsende Erfolg, den das Unternehmen hatte, führte zu der Konkurrenz des Meier'schen Konversationslexikons, das von dem Leipziger Bibliographischen Institut herausgegeben wurde. Die im Jahre 1898 beendete 5. Auflage des Meier'schen Lexikons, zu welcher bisher drei Jahressupplemente erschienen sind, hatte inhaltlich das Brochhaus'sche Lexikon etwas überflügelt, indem die immer wichtiger werdenden technischen Gebiete größere Berücksichtigung gefunden hatten.

In der neuen Auflage des Brochhaus, von welcher mir die ersten drei Bände vorliegen, scheint dieser Umstand voll gewürdigt zu sein; die ältere Ausstattung mit Bildtafeln und Karten ist eine reichhaltigere geworden, und die einzelnen Artikel aus den verschiedensten wissenschaftlichen und technischen Gebieten genügen, soweit einzelne Proben ein Urteil gestatten, den Ansprüchen, die an ein derartiges lexikalisches Werk zu stellen sind. Allerdings liegt es in der Natur der Sache, daß nicht alle Artikel ganz gleichmäßig ausfallen; soll der Umfang des Werkes nicht ganz übermäßig answachsen, so muß eben eine Beschränkung eintreten, für welche ein einheitlicher Gesichtspunkt gar nicht gewinnen werden kann.

Für ein Arbeiterpublikum war das Werk früher kaum berechneter, und auch jetzt wird der Preis von 12 M. pro Band wohl nicht allen vielen Arbeitern gestatten, sich das achtzehnbändige Lexikon anzuschaffen. Immerhin haben die großen Verläge durch die bedeutenden Bezugsbedingungen zu welchen sie von vielen Buchhandlungen geliefert werden (3,00 M. monatliche Abzahlung) eine bedeutend größere Verbreitung gewonnen als in früheren Jahren. Unter solchen Umständen ist es bedauerlich, daß in den geschichtlichen und sozialpolitischen Artikeln eine bestimmte Tendenz der Feindseligkeit gegen die moderne Arbeiterbewegung zu bemerken ist, welche das in anderer Hinsicht so brauchbare und empfehlenswerte Werk vielfach ganz ungenießbar macht. Gerade diesem Mangel sollte das von 1894 bis 1899 von dem Abgeordneten Burm herausgegebene Volkslexikon abhelfen. Ueber alle mit der Arbeiterbewegung zusammenhängenden Fragen wird man sich mit diesem kleineren, nur vier Bände umfassenden Lexikon bedeutend besser unterrichten können; dagegen leisten das große Meier'sche sowie das jetzt erscheinende neue Brochhaus'sche Lexikon auf den Gebieten der technischen Wissenschaften, der Ethnologie (Völkerkunde), Geographie, Kunstgeschichte und manchem andern naturgemäß erheblich mehr. Die vorliegende neue Auflage kann in dieser Richtung nur warm empfohlen werden. b.

Spemanns Annalen 1901/2, Konversationskalender für jedermann, herausgegeben von Johannes Zenzler. Berlin und Stuttgart 1902. B. Spemann. 804 S. 80.

Das Bedürfnis nach Nachschlagebüchern ist nicht neu, wir besitzen eine große Anzahl, zum Teil die umfangreichsten aus dem 18. Jahrhundert, aber erst die letzten Jahrzehnte haben uns in fast allen Wissenschaften und über den Bereich derselben hinaus spezielle Nachschlagebücher geschaffen. Auch für das Gebiet des politischen Lebens fehlte es bisher an Berufen dieser Art nicht. Neben den Geschichtskalendern wollte man Monatsübersichten über

\*) „Kriminalistische Studien“ von Aug. Löwenstimm, Berlin, 1901, Verlag von Johannes Nebe.

Volksverrat und Hochverrat.

Ein Beitrag zum Wilde Bismards.

Uns befeelt und vereint der Gedanke, daß die nationale Einheit nicht ohne die volle Befriedigung der liberalen Ansprüche des Volkes erreicht und dauernd erhalten, und daß ohne die thatkräftige und treibende Macht der nationalen Einheit der Freiheitskampf des Volkes nicht befriedigt werden kann. Deshalb ist unser Wahlspruch: „Der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig und mit denselben Mitteln erungen werden.“ So sagten die wackeren Nationalliberalen in ihrem volltönenden Programm vom Juni 1867 und machten sich flugs daran, ihren verheißungreichen Wahlspruch in die Wirklichkeit zu überetzen, indem sie als getreue Anwälte des für Blut und Eisen schwärmenden „Gewalt geht vor Recht“-Könnes, dem sie eben erst die Jahre der budgetlosen Regierung dankend quittiert hatten, Deutschland in den Sattel hoben.

Nach andern Beweisen ihres Reitenkönnens legte dann die so geschaffene deutsche Freiheit 1878 ihre endgültige Reifeprüfung ab, indem sie sich mit dem Sozialistengesetz seligen Andenkens bedachte. Ein paar Jahre später freilich erließen den „entschieden“ Liberalen eine neue Stellung und Zümmung der Freiheits-Rosinante nötig, und sie legten ihre Hoffnungen für dies Werk auf die in bald erwartete Thronbesteigung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der die alten Verfassungen denn nun voll und ganz in Erfüllung bringen sollte. Damit verdiente sich die aus der Vereinigung der nationalliberalen Seccession und des Fortschritts im März 1884 erwachsene freisinnige Partei denn sogleich den zierenden Weinamen der Kronprinzenpartei. Es war eine zeitgemäße Wiederaufnahme bewährter Traditionen. Hatte doch schon zwanzig Jahre früher ein Haupttheil der preussischen Kammeropposition, Schulze-Delitzsch, sich dahin ausgelassen, die so vielfach von Gott gesegnete preussische Dynastie werde auch einen Träger finden, der das geläuterte monarchische Princip in wahrhaft richtiger Weise zu verstehen und für das eigne Land, wie für das gesamte Deutschland zur Geltung zu bringen wissen werde. Mit und Ausdauer im Voll wärden einen solchen Träger in der preussischen Dynastie schaffen, wenn er auch wirklich nicht vorhanden sei. Der große Vorfalle sagte deshalb allerdings von der preussischen Bourgeoisie, sie werde sich, und wenn es Nöthige von oben regne, immer von neuem wieder vor den Stufen des Thrones wimmelnd hin und erklären, die Hoffnung nicht aufzugeben. Er sprach sogar von einer Pflichtenbewegung, die niemals Resultate haben könne, und wenn man ganze geologische Erdperioden hindurch warten wolle. Das hindert natürlich nicht, daß der Liberalismus immer von neuem dem Kommen des Segens von oben der hoffnungsvoll entgegensteht.

Als umfange der 80er Jahre die Gläubigen des Kronprinzen-Liberalismus mit tausend Pfaffen in den Ocean der Reichsungen hineinzuflüchten und sich vor der Hand bemühten, als Mehrheit für die zukünftige parlamentarische Regierung eine gesamtliberale Partei zu schaffen, da gehörte zu ihren Hauptnägeln der ehemals national-liberale, nun secessionistische Abgeordnete Eduard Lasker. Er arbeitete zu dieser Zeit, bis ihm seine Erkrankung (Februar 1883) die Feder endgültig aus der Hand riß, eine „Denkschrift“ aus, die unvollendet geblieben ist und ausmünden sollte in eine Erörterung der damals projectierten gesamtliberalen Parteigründung. Der fertiggestellte Teil, der nunmehr veröffentlicht worden ist, behandelt die parlamentarische Geschichte des preussisch-deutschen National-liberalismus, zu dessen Hauptnägeln im Streit Lasker gehört hatte, in den Jahren von 1866—1880. In seiner Einleitung nennt der Herausgeber dies Stück Laskerschen Nachlasses ein „Vermächtnis an die liberale Partei“. Sollte dies nicht ein sumfrender Druckfehler sein? Man möchte die Konjektur wagen: ein Vermächtnis der liberalen Partei. Dem in der That lehrt die „Denkschrift“ (sies Wedenkschrift) nur, wie man's nicht machen soll, wie der Liberalismus so gänzlich aus den Hund gekommen ist.

In Laskers Augen sind die nationalliberalen Umfälle und Kaufhandelsgechäfte natürlich lauter staatsmännliche Meisterwerke, bis ihm schließlich doch die Augen übergehen vor der Schatzollfrage und dem Ausnahmegegesetz. Spösig ist nur, wie er sich dreht und windet, um das Schuldverhältnis seines und seiner Freunde jammervollen Umfalle gegenüber der letzteren Frage in bemäntelnde Redensarten einzuwickeln. Er begriff, daß Bismard die glühende Gelegenbeit der Attentate „denso rücksichtslos wie geschickt“ zu Gunsten der bereit gehaltenen Pläne ausgenutzt hat, um eine schatzollnerische Mehrheit zu fabricieren. Er giebt zu, daß die Nationalliberalen, die nach dem ersten Attentat das Ausnahmegegesetz abgelehnt hatten, um „die Ehre der deutschen Gesetzgebung zu schützen gegen einen Akt, welcher den Charakter leidenschaftlicher Parteilichkeit und der politischen Vergewaltigung an sich trug“, nach dem zweiten Attentat ohne weiteres bereit gewesen wären, dem „Paroxysmus der Empörung und des Schredens“ nachgebend, „in sofortige Schatzollregeln zu willigen“. Aber „dies schien dem Reichszanzler die richtige Gelegenbeit zur Auflösung des Reichstags und zum Vertriebe der Reichswähler, aus denen die Umgestaltung der Parteiverhältnisse sich ergeben könnte; und der Kanzler setzte seine Absicht gegen die Bedenken durch, welche selbst aus der Mitte der Regierung gegen die Anordnung von Reichswahlen bei einer so krankhaften Volkseinstimmung geltend gemacht wurden.“ Die National-

liberalen befehen ja nun eine lästige Trochz Prägels; aber in Bezug auf das Ausnahmegegesetz blieben sie das Junglein an der Wage und ließen es auch wirklich in erster Lesung durch Laskers Mund für „eine juristische und politische Nonfinität“ und für „böllig unannehmbar“ erklären. Nun erfolgten die Bismardischen Drohungen, ob die Nation sich bei Herrn Lasker für einen nochmaligen Wahlkampf bedanken solle, worauf es diese Rammeseele nicht ankommen lassen wollte. So wurde das Ungeheuer in der Kommission mit ein paar einsprechenden Spinnweben umgeben und, dergleicht verbessert, im Plenum von Lasker zur Annahme empfohlen. „Unter allen Parteigruppen“, heißt es nunmehr in der Denkschrift, „wählten allein die Nationalliberalen ihren principellen Standpunkt, wie sie offen zugestanden, weidend vor dem Druck der öffentlichen Meinung, die beinahe das ganze Volk umfaßte. . . Sie stimmten dem Gesetze zu, nachdem sie dasselbe in schließliche Grenzen gebracht und mit Garantie gegen Mißbrauch versehen zu haben glaubten, was freilich später in der praktischen Handhabung als eine Täuschung sich erwies. Dieser Wechsel im Princip und im politischen Verhalten, so sehr derselbe durch unabwehrliche Ereignisse bedingt war, daß viel beigetragen, das Ansehen der Nationalliberalen nach außen hin herabzusetzen, aber auch das innere Gefüge der Organisation zu erschüttern.“ Uebemäßig männlich ist dies Ständebekenntnis ja nicht, aber es ist doch ein Pater peccavi. Und Lasker hat ja auch dadurch seine späte Reue bewiesen, daß er 1880 unbedingte gegen jede Verlängerung des Schandgesetzes stimmte; der einzige seiner Farbe. Im übrigen trägt Proktion Drehscheibe beinahe nicht die Schuld daran, daß die Ewigkeitsbauer des Ausnahmegegesetzes nicht beschlossen worden ist.

Im großen und ganzen ist sonst das Interesse der Laskerschen Denkschrift ein außerordentliches, und man sieht nicht recht ein, welchen dringenden Bedürfnisse durch ihre Veröffentlichung abgeholfen werden soll. Indes verzicht man ihre Rede über den letzten flüß Seiten des Buches, deren Inhalt freilich nicht aus Laskers Feder geflossen ist. Man findet da zwei hochinteressante Beilagen: Briefe Rudolfs von Bismarck, der eine während des Wahlkampfes von 1878 an Lasker gerichtet, der andre im vorigen Herbst an den Herausgeber vorliegender Schrift. Die beiden Dokumente enthalten die sämtlichen Einzelheiten des Hochverrats-Vorfalls, den Bismard im Sommer 1866 an Bismarck, damals Vorsitzender des Nationalvereins, ergehen ließ, und den Treitschke schon ein paar Monate später in seiner Broschüre über die deutschen Kleinrenten beiläufig erwähnte. Die niedliche Affaire gehört in eine Reihe mit ein paar andern Vorgängen, die darauf hinauslaufen, daß Bismard Angehörige fremder Staaten zum Hochverrat anstiftete: er, der so sehr für das göttliche Recht der bestehenden Staatsgewalt schwärmte, daß er es erlaubt fand, gleich-

\*) Aus Eduard Laskers Nachlaß. Herausgegeben von Dr. Wilhelm Cohn. I. Teil: Fünfzehn Jahre parlamentarischer Geschichte (1866 bis 1880). Berlin, Georg Reimer, 1902.

ie Vorgänge im politischen und sonstigen öffentlichen Leben schaffen. Sie sind fast alle misglückt, zum Teil wegen der Interesslosigkeit des Publikums, dann aber auch weil es schwer möglich war, mit einem großen Kreise von Abnehmern zu rechnen, denn das Urteil, das einer politischen Richtung gefiel, mißfiel oft in gleich starker Weise allen andern. Den Jued des Geschichtskalenders, alles zusammenzufassen, was an irgend wie bemerkenswerten Vorgängen im Laufe eines Jahres sich ereignete, sucht das oben genannte neue Buch zu erfüllen, aber nicht in der Form einer nach Ländern geordneten Darstellung, in welcher die Ereignisse im wesentlichen nach ihrer zeitlichen Folge angeführt werden, sondern in der Gestalt eines alphabetischen Nachschlagebuches. Wenn der Verleger, wohl um den Vorwurf der Nachahmung des Zeitlerikons der Deutschen Verlagsanstalt zu vermeiden, betont, daß sein Plan schon vor vielen Jahren gefaßt ist, und dabei sich etwas zu gute thut auf die Originalität seines Gedankens, so muß doch dagegen eingewandt werden, daß in den Jahres-Supplementen zu Reuters Konversations-Lexikon eigentlich dasselbe nur in noch umfangreicherer Weise gegeben wird, was die Spemannschen Annalen uns nun bieten. Aber die Beschränkung auf Politik, Biographie, zu denen noch sonst einiges kommt, was den Zeitungsleser und Zeitungsschreiber interessieren kann ermöglicht es, eine Anzahl anderer Gegenstände mit einzubeziehen, die an anderer Stelle nicht behandelt sind.

Es muß das Schicksal dieses Buches sein, daß es wohl nur sehr wenigen zuzugewandt wird; die Kritische, daß ein ebensolcher Redacteur der „Hamburger Nachrichten“ es redigiert, wird schon nichttrüben. Thatsächlich findet sich in dem Buch Anlaß genug zu Anmerkungen. Wir vermessen vor allem, daß dieses Buch in der Vorrede nicht Respektlos ablegt über die Art, wie seine Benutzung gedacht wird. Man muß doch wissen, wo man ein Ereignis nachzuschlagen hat, das, wie der Jarenbesuch, unter Frankreich, Rußland, Katalaus usw. gesucht werden könnte. Manchmal hat man das Gefühl, als ob lediglich ein Zeitungsausschnitt in das Manuskript hineingelassen worden wäre, so z. B. in dem Artikel Frauenverein. Werthvoll müßte einen auch die ständige Bemerkung des Präses an, wo doch alles, was in dem Buche enthalten ist, der Vergangenheit angehört. Wünschenswert wäre auch, wenn am Beginn jedes Bogens, wie z. B. beim Gothaischen Hofkalender, der Redaktionsstempel bemerkt würde, da ja die letzten Bogen naturgemäß weniger Lücken enthalten werden als die ersten. Hier und da macht sich ein gefuchter Purismus breit, so

z. B. wenn anstatt vom Vortritt der Leipziger Bank von ihrem „Bruch“ gesprochen wird.

Ein drückender Mangel an Objektivität unserer Bewegung gegenüber soll nicht dem Buch zum Vorwurfe gemacht werden, aber es findet sich unter Partei lange nicht in der Weise behandelt, wie es ihrer Bedeutung entsprechen würde. Man schlägt z. B. vergeblich nach dem Schlagworte Bebel nach, unter Liebknecht findet man neben der Mitteilung über das Denkmahl, die zwei Zeilen einnimmt, sechs Zeilen über eine geschmacklose Aufhängung von „Liebknecht-Hausdienen“. Beim Schlagworte Arbeitslosigkeit findet man wohl die amtlichen Umfragen erwähnt, nicht aber die Ergebnisse der vorliegenden Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit, ebenso unter Berlin die Mitteilung des Berliner Magistrats vom Ende Oktober, daß keine Veranlassung vorliegt, mit der Frage der Arbeitslosigkeit vor die Öffentlichkeit zu treten, während das ganze übrige Material über die Arbeitslosigkeit unübersichtlich bleibt. Beim Ständentag ist lediglich die Einführung desselben für Staatsbetriebe in Wäshingen erwähnt, dagegen von dem, was in Frankreich in dieser Hinsicht geschah, ebenso wenig etwas erwähnt, wie vom Beschlusse des englischen Unterhauses bezüglich des Ständentages für die Bergarbeiter, von dem österreichischen Berggesetz, wie auch das Schlagwort Bergarbeiterkrieg fehlt. Mit peinlicher Genauigkeit werden dagegen die Humenprozesse registriert, so unter den Schlagworten „Stuttgarter Beobachter“ und „Vorwärts“ und außerdem noch unter einer besonderen Notiz Humenbrieff-Prozesse, während über die genannten Zeitungen sonst gar nichts andres mitgeteilt wird, z. B. auch nicht, daß der „Stuttgarter Beobachter“ die ersten wichtigen Mitteilungen über den Zolltarif-Entwurf gemacht hat. Wohl findet man eine dahingehende Mitteilung unter dem Schlagworte Zolltarif; wer aber überhaupt nach dem „Stuttgarter Beobachter“ in einem Nachschlagebuche für das vergangene Jahr sucht, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach viel mehr durch das politische Ereignis der Veröffentlichung des Zolltarifentwurfes als durch die Erinnerung an den Humenprozeß hierzu veranlaßt werden. Dem größten wirtschaftlichen Ereignisse des vergangenen Jahres, der Gründung des Stahltrains, werden fünf halbe Zeilen gewidmet, genau ebenso viel wie der Jahresversammlung des Vereins deutscher Landesherren, oder dem Tode des Kommerzienrats Steinmeier. Von der größten Petition, die bisher jemals einem Parlamente überreicht wurde,

der Petition der deutschen Arbeiter gegen den Zolltarif-entwurf, wie überhaupt von der großen Bewegung gegen die Tarifvorlage haben wir in dem Buche nichts gefunden. Wohl ist der Zolltarif unter dem Schlagworte „Centralverband deutscher Industrieller“, dann „Centrum und Zolltarif“ und „Zolltarif“ behandelt, aber über den Inhalt des Zolltarif findet sich in dem Buche nichts, dagegen freilich 28 Zeilen über die Spracherklärung im Zolltarif. Unter Lebensmittelzölle, Getreidezölle, sucht man vergeblich nach einer Aufklärung. In dem Abschnitt, der von der Schweiz handelt, wird der Bundespräsident Zamp statt Zemp genannt, dann für das Jahr 1902 Bremser statt Zemp als Chef des politischen Departements, das bekanntlich immer vom Präsidenten geleitet wird, bezeichnet. Auch sonst finden sich die Namen nicht mit der nötigen Genauigkeit angegeben. So wird der polnische Minister ohne Portefeuille im Kabinett Koerber nicht Bietal, sondern Biental geschrieben. Auf Seite 80 heißt es „Damesh Vater der Bacon-Schaleppear-Theorie... gestorben“, es soll natürlich heißen Donnelly, der übrigens nicht der Vater dieser spahhaften Theorie, sondern ein entschiedener Verehrer derselben war. Erschien doch 22 Jahre vor seinem Tode „the great cryptogram“ schon von Holmes ein Buch, das die gleiche Theorie verhandelt.

Die Reihe dieser Einwendungen ließe sich leicht vermehren, aber unsere Ausführungen werden schon zeigen, daß das Buch weder von unbedingter Objektivität, die man ja auch nicht erwarten kann, noch von vollständiger Genauigkeit ist. Trotzdem möchten wir es unter unsren Nachschlagebüchern nicht missen. Es enthält eine außerordentlich große Menge von Einzelartikeln in gedrängter und übersichtlicher Form, es wird sich leicht auf den Schreibtischen der Journalisten und Redactoren, vielleicht auch bei vielen Zeitungslesern einbürgern. Hoffentlich bieten die folgenden Jahrgänge weniger Anlaß zur Kritik.

Die Ausstattung ist, wie wir es bei dieser Verlagsbuchhandlung gewohnt sind, in Bezug auf Druck und Papier tadellos, wir begreifen aber nicht, wie ein Buch, das jeden Tag mehrmals in die Hand genommen werden soll, auch von vielen in die Hand genommen werden muß, die mit frischen Korrekturfahnen beschäftigt sind, in einen hellgelben Einband gebunden werden kann. Wir würden sehr wünschen, daß diese Farbe einer andern in kommenden Jahrgängen weiche.

## Die Arbeitslosigkeit unter den Mauern Berlins.

Als wir im Herbst vorigen Jahres das von der Berliner Gewerkschaftskommission gesammelte Material über die Arbeitslosigkeit veröffentlichten, konnten wir die Mauer nicht berücksichtigen, weil und damals noch kein vollständiges Material von beiden Maurerorganisationen vorlag, und andererseits weil die Mauer ihr Material nicht für Berlin gesondert registrierte, sondern für das Wohngebiet Berlin, wozu außer Berlin auch die angrenzenden Vororte gezählt werden. Das Material liegt jetzt vollständig vor. Eine Uebersicht über dasselbe befindet sich, was bereits für fast alle andern Berufe festgestellt ist, nämlich eine Annahme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1901 gegen beide vorhergehende Jahre.

Durch die Ausgabe von Sammelkarten zum Streikfonds wird die Zahl der in Berlin und den Vororten anwesenden Maurer ziemlich sicher festgestellt, da sich nur wenige dieser Sammlungen entziehen. Nach den auf diese Weise von beiden Organisationen gemachten Feststellungen gab es im Wohngebiet Berlin im Jahre 1899 12 119, im Jahre 1900 14 596 und im Jahre 1901 12 617 Maurer. Die Arbeitslosen sind vom Beitrage befreit, und durch Abstempelung in den Sammelkarten wird jede Woche die Zahl der Arbeitslosen festgestellt. Bei unsren Betrachtungen lassen wir die Wintermonate ganz außer acht, weil in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit vorwiegend durch die Witterung bedingt wird, und deshalb kein zutreffendes Bild von der allgemeinen Lage giebt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Zahlen der Arbeitslosen zusammengestellt, welche von beiden Maurerorganisationen in der ersten Woche eines jeden Monats von April bis Oktober ermittelt worden sind. Daneben ist in Prozenten das Verhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtzahl der ortsanwesenden Maurer angeführt.

	1899		1900		1901	
	Arbeitslose	Proz.	Arbeitslose	Proz.	Arbeitslose	Proz.
April	572	4,66	882	2,64	649	5,50
Mai	131	1,07	350	2,36	540	4,25
Juni	145	1,16	232	1,61	330	2,58
Juli	48	0,32	124	0,85	310	2,41
August	106	0,83	102	1,07	270	2,08
September	131	1,07	289	2,00	390	3,08
Oktober	215	1,75	402	2,78	493	3,91

Wenn wir in dieser Aufstellung die Wintermonate nicht berücksichtigt haben, so war außer den schon angeführten Gründen auch der Umstand bestimmend, daß die Mauer in den Monaten Januar und Februar keine Beiträge zum Streikfonds erheben und deshalb in den genannten Monaten auch die Zahl der Arbeitslosen nicht festgestellt werden kann. Eine eigentümliche Erscheinung mag noch erwähnt werden. Wenn wir die Statistik bis zum Jahre 1897 zurückverfolgen, so erscheint der Dezember mit einer verhältnismäßig kleinen Zahl der Arbeitslosen als einer der günstigsten Monate im ganzen Jahre. Eine Ausnahme macht nur das Jahr 1900, wo der Dezember mit 606 Arbeitslosen oder 4,14 Proz. der ungünstigste Monat des Jahres ist. Während der November und

Dezember 1900 sowohl absolut wie relativ einen viel höheren Grad der Arbeitslosigkeit aufweisen wie die gleichen Monate des Jahres 1899, erscheinen der November und Dezember 1901 erheblich günstiger als im Jahre 1900, wenn auch nicht so günstig wie im Jahre 1899. Der Dezember 1901 ist mit 224 Arbeitslosen oder 1,75 Proz. der günstigste Monat des ganzen Jahres. Die ausnehmend günstige Lage des Dezember entspricht aber keineswegs den wirklichen Verhältnissen, sondern sie wird daraus zurückzuführen sein, daß im Sommer eine große Zahl auswärtiger Maurer in Berlin arbeiten, die im Herbst, sobald die Bauhüftigkeit nachläßt, in ihre Heimat reisen, wodurch sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die der Ortsanwesenden bedeutend herabgemindert wird.

## Aufreizende Zahlen

werden soeben vom Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg veröffentlicht, die gerade jetzt, kurz vor der Ergänzungswahl für ein Stadtverordnetes Mandat, das von den Sozialdemokraten erobert, aber für ungültig erklärt worden ist, weil der Gewählte kein Haus besitzt, doppelt aufreizend wirken.

Die Statistik bezieht sich auf die Grundstücks- und Wohnungszählung, die mit der allgemeinen Volkszählung vom 1. Dezember 1900 verbunden war. Danach hat Charlottenburg 3163 mit Wohnungen bebauten Grundstücke, deren Besitzer in Betracht kommen könnten. Aber nicht alle diese Grundbesitzer sind wählbar, da scheiden zunächst 94 Häuser aus, deren Besitzer Aktiengesellschaften sind; weiter besitzt der preussische Staat 82, das Deutsche Reich 6 Grundstücke, auf welchen Wohnungen erbaut sind; 10 fernere befinden sich im Besitz von Kirchengemeinden, bei andern wieder sind Vereine, Genossenschaften, Stiftungen die Besitzer. Auch die Stadt Charlottenburg besitzt 37 Grundstücke mit Wohnungen. Alle diese Besitzer sind nicht physische Personen und daher nicht wählbar. Im ganzen kommen hierbei 214 Grundstücke in Betracht, so daß nur 2949 übrig bleiben, deren Besitzer aus Personen bestehen. Von diesen wohnt aber mehr als der vierte Teil, nämlich 884, gar nicht in Charlottenburg; diese können also auch nicht hier Stadtverordnete sein. Aber von den noch übrig dieser Leute übrig bleibenden 2065 Häusern müssen immer noch einige ausgescheiden. Nach der Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts, die zwar nicht unsere gesetzliche Auffassung beeinflussen kann, die aber für unser Handeln maßgebend sein muß, sind nur solche Hausbesitzer wählbar, die allein ein Haus besitzen. In Charlottenburg befinden sich 288 Häuser im Besitze von mehreren Personen, die daher für die Wahlen nicht in Betracht kommen. Davon haben wir bereits 117 in Abzug gebracht, weil sie außerhalb Charlottenburgs wohnen; werden auch die übrigen 171 noch abgezogen, so bleiben im ganzen 1844 Häuser übrig, welche in Charlottenburg wohnenden Kleinbesitzern gehören. Da diese 1844 Personen zur Stadtverordneten-Versammlung wählbar sind, steht auch noch keineswegs fest. Wir wollen ganz davon absehen, daß wir nicht wissen, wie viele von diesen Personen mit dem

Strafgesetze in Konflikt gekommen und nicht mehr im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind — auch bei Hausbesitzern soll derartige nicht ausgeschlossen sein; aber die Statistik läßt auch nicht erkennen, wie viele dieser Hausbesitzer Frauen und Kinder resp. Personen in noch nicht wahlfähigem Alter sind. Zweifellos sind auch solche vorhanden, so daß also die Zahl 1844, bei der wir stehen bleiben wollen, noch etwas zu hoch gegriffen ist. Von den 72 Stadtverordneten müssen 36 unter diesen Hausbesitzern ausgewählt werden, so daß auf je 54 Hausbesitzer immer ein Stadtverordneter kommt, während im allgemeinen erst auf 401 Wähler, oder wenn die 36 Sitze der Hausbesitzer fortgelassen werden, erst auf 802 Wähler ein Mandat entfällt. Auch abgesehen von der Dreiklassenwahl seien wir hier eine Einrichtung, welche die städtische Verwaltung einer Clique von Hausagrarern überläßt. Die erste Wählerklasse mit 251, die zweite mit 1295 Wählern sind mit dieser Einrichtung nicht unzufrieden, gehören doch diese 1546 Wähler ihrer großen Mehrzahl nach zu jenen 1944 wählbaren Hausbesitzern, denen unsere Gesetzgebung das Übergewicht in der Stadtverwaltung sichert. Aber die 2732 Wähler der dritten Abteilung dürfen ebenfalls nicht nach Belieben geeignete Vertreter aus ihrer Mitte entsenden, sondern sind durch das Gesetz genötigt, die Hälfte ihrer Vertreter aus jenen 1944 Hausbesitzern auszuwählen; erfahrungsmäßig stellen sich aber jene Herren dem Volke nicht zur Verfügung — sind sie doch im allgemeinen begüterte Männer, deren unmittelbare Interessen zu denen der Bevölkerung in schärfstem Gegensatz stehen.

Welchen Sinn kann es haben, den Hausbesitzern einen so überwiegenden Einfluß in der Stadtverwaltung zu sichern? Bei Erlaß der Städte-Ordnung war die Meinung vorherrschend, daß die Hausbesitzer den schärfsten Teil der Bevölkerung darstellen und daher ein besonderes Interesse an einer guten Verwaltung der Gemeinde haben. Vor sechzig Jahren mag dieser Grund nicht ganz unbillig gewesen sein; wie steht es aber heute damit? Von den 3163 Häusern Charlottenburgs ist noch nicht der dritte Teil, nämlich 1111, seit länger als 10 Jahren in den Händen der gegenwärtigen Eigentümer, die übrigen 2052 haben innerhalb zehn Jahren ihren Besitzer gewechselt. Von diesen letzteren sind auch nur 824 seit fünf Jahren feier Besitz, während 1228 immerhalb dieser Zeit, 840 davon sogar erst in den letzten Jahren von einer Hand in die andre gingen. Im Jahre 1900 wurden 291 bebauten Grundstücke, d. i. 9,2 Proz. der gesamten, verkauft; der erste Teil aller Häuser wechselt durchschnittlich in jedem Jahre den Besitzer durch Verkauf, Häuser und Grundstücke sind eben heutzutage Handels- und Spekulationsobjekte, die dem Besitzer zu schnellem Gewinn verhelfen sollen und keinesfalls ein besonderes Interesse an der Gemeinde verleihen; trefflich wird dieser Umstand auch durch die 884 Hausbesitzer gekennzeichnet, die überhaupt außerhalb der Gemeinde wohnen.

Unter solchen Verhältnissen, bei einer so großen Macht der Hausbesitzer, kann man sich nicht wundern, wenn die Wohnungsfrage immer weiter verjumpt; gute Wohnungen in hinreichender Anzahl zu erträglichen Mietpreisen müssen den Hausbesitzern Konkurrenz machen und sie zwingen, auch ihrerseits mit den Mietern herabzugehen; was Wunder, daß sie dazu ihre Hand nicht bieten wollen, sondern die Angelegenheit jahrelang hinstellen, um schließlich gar nichts zu thun. Daran können auch die schönsten Erlasse von Ministern nichts ändern; die einzige wirksame Hilfe liegt in der Beschränkung der Machtstellung der Hausbesitzer. Die Wohnungsverhältnisse haben sich nachgerade so gestaltet, daß ihre Unhaltbarkeit jedermann klar vor Augen liegt; aber die einzige Partei, welche im Stande ist, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, sucht man auf alle Weise um jeden Einfluß in der Gemeinde zu bringen.

Zwar ist es uns gelungen, unter den 1944 Hausbesitzern Charlottenburgs einen Hausbesitzer zu finden, und wir zweifeln nicht daran, daß die Arbeiter ihn am 14. Februar mit großer Majorität wählen werden; wir brauchen uns aber gar nicht darüber zu täuschen, daß die Hausbesitzer in den Reihen der Arbeiter sehr dünn gesät sind. Wenn es mit einer gründlichen Wohnungsreform Ernst ist, der muß vor allen Dingen eine Änderung der Städteordnung in dem Sinne verlangen, daß die Klassenwahl beseitigt und die Vorherrschaft der Hausbesitzer vernichtet wird.

## Gerihts-Beifung.

Eine kommunale Antikornzoll-Petition vor dem Ober-Verwaltungsgericht. Die Stadtverordneten-Versammlung zu Wittenberge in der Mark hatte beschlossen, gegen die geplante Erhöhung der Getreide- und Rahmungsmittelezölle zu petitionieren und den Magistrat zu ersuchen, zur Ausarbeitung einer entsprechenden Petition eine gemischte Kommission einzusetzen. Der Magistrat beauftragte diesen Beschluß und der Bezirksauskunft in Potsdam wies die hiergegen gerichtete Klage der Stadtverordneten-Versammlung ab. Letztere legte Verweisung ein. Ihr Vertreter, Justizrat L a d e w i g, suchte des längeren nachzuweisen, daß die Erhöhung der Getreidezölle von besonderer Bedeutung für die Industriestadt Wittenberge mit ihrer großen Arbeiterbevölkerung und ihren schlechten Finanzen wäre und deshalb für Wittenberge die Bedeutung einer Gemeinde-Angelegenheit habe, die Veranlassung also hinsichtlich sei. — Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Verweisung ab und führte aus: Die materielle Frage, ob sich eine Petition der Stadt Wittenberge gegen die Erhöhung der Getreidezölle wegen der lokalen Verhältnisse der Stadt als Gemeinde-Angelegenheit betrachten und so gesetzlich rechtfertigen ließe, habe das Gericht nicht entscheiden können. Die Verweisung müsse schon deshalb verworfen werden, weil der Beschluß der Stadt-

zeitig in Preußen gegen die Verfassung zu registrieren und gegen die Polen 1863 den Genfer-Buchstabe des bluttriefenden Paris-Trattats abzugeben. Wie er im Jahre 1870 mit dem französischen Marschall Bazaine durch den Abenteuerer Reigier über verätherische Pläne verhandelte, so ließ er während des Krieges von 1866 den ungarischen Revolutionär Klapka unter preussischen Auspicien in Reiche eine ungarische Legion bilden, um Oestreich gefällig zu machen. Mit diesen beiden Sächseln zusammen bildet die Unterhaltung zwischen Bismard und Venenigen wertvolles Material zur Veranschaulichung von Bismards Charakterbild.

Als die eisernen Büffel ins Rollen kamen, waren die Leiter des Nationalvereins, an ihrer Spitze Herr v. Venenigen, unter dem Eindruck des preussischen Konflikt nichts weniger als gut auf den Ministerpräsidenten zu sprechen. So erließen sie am 14. Mai 1866 eine Erklärung, die dahin lautete, das Volk selbst müsse dem frevelhaft erhobenen Arm des Reichshobers Einhalt thun, und in den kräftigsten Worten den Fluch ichenderte über den schuldigen Urheber des deutschen Krieges. Wie gut aber Bismard die Pappenheimer des Nationalvereins lautete, zeigte sich genau einen Monat später. Am 14. Juni erschien nämlich ein Bismards Namen ein preussischer Emiffär bei Herrn v. Venenigen in Hannover, um ihm ein Geschäftchen anzubieten. Der Ministerpräsident hatte erst dem preussischen Gesandten am hannoverschen Königshofe, Prinz Hsenburg, den ehrenvollen Auftrag zu teil werden lassen. Dieser hatte aber zurückgeschickt, er und Herr v. Venenigen würden von der hannoverschen Polizei dermaßen überwacht, daß er empfehlen müsse, eine unverfängliche Person von Berlin aus mit der delikaten Mission zu betrauen. Das war freilich nur eine faule Ausrede; Prinz Hsenburg befürchtete nämlich, von Venenigen eine wenig angenehme Antwort auf seine Offerte zu erhalten, am Ende gar mit einem Tritt in die weniger edleren Teile zur Türe hinausbefördert zu werden. Daß derartige Befürchtungen unbegründet waren, zeigte sich, als Bismard einen geeigneten Sendboten ausgesandt hatte, keinen andern als den fortschrittlichen Berliner Bürgermeister Dunder. Dieser gute Mann hat zwar später behauptet, den Auftrag nicht gut haben abzulehnen zu können, aber man kann die Entschuldigung nicht ernst nehmen; er hat augenscheinlich mit Vergnügen die Gelegenheit ergriffen, einmal ein bißchen hohe Politik zu machen. Er erschien also frühmorgens am 14. Juni, dem nämlichen Tage, der in Frankfurt die Ablehnung der preussischen Bundesreform-Vorschläge und damit den Krieg brachte, in der Wohnung des Herrn v. Venenigen. Der Leiter des Nationalvereins besam nun folgendes eröffnet: Die Wehrheit in Frankfurt werde mit Oestreich gegen Preußen stimmen, darunter Hannover. Preußen werde

dadurch zum Austritt aus dem Bunde und zur Kriegserklärung gegen Oestreich genötigt. An Hannover werde sofort ein Ultimatum mit 24 Stunden Frist gestellt werden: Neutralität im Kriege und gemeinsames Vorgehen mit Preußen nach dem Kriege für eine deutsche Verfassung und Vertretung. Die Frist werde vorausschicklich ohne Zustimmung Hannovers verstreichen und sodann Hannover von preussischen Truppen besetzt und in Hannover eine preussische Regierung eingerichtet werden. Bismard machte Venenigen den Vorschlag, an die Spitze dieser Regierung zu treten.

Das war nun also in dürren Worten nicht mehr und nicht weniger als eine andrücklich Aufforderung zum Hochverrat, erlassen von demselben gottesschickigen Junker, der sonst mit Eifer für das Königtum in die Bresche sprang. Wenn Herr v. Venenigen und seine Verurtheilten darüber noch nicht darüber belehrt waren, weß Geistes Kind Bismard sei, daß man es in ihm mit einem völlig grundlos und gewissenlosen Gewaltmenschen zu thun habe, der seine Macht- und Eroberungsziele nach Junen wie Augen mit gleicher Rücksichts- und Strampellosigkeit verfolgte, so war ihnen eben der Star nicht zu stehen. Herr v. Venenigen hat freilich den Bismardschen Vorschlag damals rundweg abgelehnt. Andererseits aber ist Herr v. Venenigen schon damals nicht auf den argen Verdacht gekommen, wie einer seiner fortschrittlichen Freunde, Bismard habe das Anerbieten lediglich zu dem Zweck gemacht, ihn im Fall der Annahme politisch zu ruinieren, was doch am Ende einiges für sich hatte, wenn es auch im gegebenen Falle ein Jertum sein mochte. Und der Schlachten-donner von Sedowa war kaum verhallt, als er und seine Gefinnungs-genossen sich beileiten, vor dem Erfolge Kotau zu machen. Sie gingen alsbald davon, mit Bismard, der sein innerstes Wesen eben erst wieder so herrlich entpuppt hatte, der deutschen Freiheit auf die Weine zu helfen, getreu ihrem Wahlsprüche: „Der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig und mit denselben Mitteln erlangen werden.“ Daß die so geschaffene Freiheit etwas absonderlich aussah, kann ja weiter nicht Wunder nehmen; man kann nämlich gerade so gut Feinden vom Dorntstrauch erwarten, wie die Freiheit von einem Banditen. Die braven Liberalen jener Tage wollen zwar, obwohl sie Bismards getreue Ranelunden waren, für seine verschiedenen Hochverratsakten nicht mit verantwortlich gemacht werden. Wenn aber ihr Jahrhundertsheros Virtuose in der Anzettelung von Hochverrat war, so waren seine bürgerlichen Helfershelfer Virtuosen im Vollverrat.

berodneten überhaupt nicht geschnitten zu stande gekommen sei. Der Antrag auf Abfindung einer Pension sei nicht, wie es die Städte-Ordnung, abgesehen von dringlichen Fällen, verlangt, mindestens zwei Tage vor der Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt und den Mitgliedern mitgeteilt worden, sondern als Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung gekommen. Für solche Fälle schreibe aber die Geschäftsordnung der Stadtverordneten-Versammlung vor, daß die Verhandlung und Beschlußfassung über schleunige Gegenstände nur stattfinden könne, wenn Zweidrittel der Stadtverordneten die Dringlichkeit anerkannt. Nun habe ja hier allerdings niemand gegen die Verhandlung und Beschlußfassung opponiert. Das genüge aber nicht, um jene Vorschrift zu erfüllen, sondern die Dringlichkeit müsse durch regelrechte Abstimmung mit zwei Dritteln der Stimmen ausdrücklich anerkannt werden. Da dies hier nicht geschehen sei, so rechtfertige sich schon deshalb die Beanstandung des Beschlusses.

**Die Rechte und Pflichten der Eltern und der Schulverwaltung.** Eine bedeutungsvolle Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Ein Herr Hoff aus Köln holte seinen Sohn aus der Volksschule herausgenommen und ihn in einer klostertlichen Erziehungsanstalt in Belgien untergebracht. Er wurde deshalb wegen Uebertretung der in Preußen geltenden, im Allgemeinen Landrecht und in den Kabinettsordern vom 14. Mai 1825 und vom 20. Juni 1835 niedergelegten Bestimmungen über den Schulzwang in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er ohne triftigen Grund ohne Genehmigung der Schulbehörden den Sohn auf längere Zeit von der Schule ferngehalten habe. Die Unterbringung in einer ausländischen Erziehungsanstalt sei kein Erlaß. — S. legte Revision ein und machte geltend, die genannten Kabinettsordern und die entsprechenden Bestimmungen des Landrechts seien durch den § 1631 des Bürgerlichen Gesetzbuchs geändert worden, denn nach diesem Paragraphen umfasse der Eltern Sorge für die Person des Kindes das Recht und die Pflicht, das Kind zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen. Hiermit hätte es einer Genehmigung der Obrigkeit und der Schulbehörde, wie sie das Landrecht und jene Kabinettsordern vorschreiben, gar nicht bedurft, sondern ohne weiteres das Recht gehabt, den Sohn nach Belgien in Erziehung zu geben. — Der Strafenrat des Kammergerichts verwarf die Revision mit folgender Begründung: Die Kabinettsordern von 1825 und 1835 seien mit Recht angewendet worden. Die von 1835 ergebe in Uebereinstimmung mit dem Landrecht die sprachliche Materie und lasse in seinen Bestimmungen unter 2 und 3 gleich dem Landrecht erkennen, daß der obligatorische Schulunterricht in Preußen stattfinden müsse. Alle preussischen Schulen, auch die Erziehungsanstalten und Privatschulen, unterlägen der staatlichen Aufsicht, ebenso der Privatunterricht zu Hause, letzterer auf Grund der Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1834. Das Landrecht in den fraglichen Bestimmungen und die Kabinettsordern von 1825 und 1835 seien so aufzufassen, daß Eltern, falls sie den notwendigen Unterricht nicht zu Hause bieten können, ihre Kinder in eine inländische Schule schicken müssen. Durch besonderes Uebereinkommen der deutschen Bundesstaaten seien die Schulen in diesen Staaten angenommen, einander gleichgestellt. Die preussische Verfassung habe an jener Bestimmungen des Landrechts und an den genannten Kabinettsordern nichts geändert. Auch durch den § 1631 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sei daran nichts geändert worden, denn die dort getroffenen Bestimmungen seien lediglich privatrechtlicher Natur und berühren nicht das öffentliche Recht, das Schulwesen betreffend. — Der Angeklagte sei mit Recht verurteilt worden, weil er den Sohn der inländischen Schule entzogen und ihn in einer klostertlichen Erziehungsanstalt Belgiens, also des Auslandes, untergebracht habe.

**Inwieweit sind polizeiliche Vorschriften über die Beschaffenheit von Nahrungsmitteln zulässig?** Eine wichtige Entscheidung, die vor allem für Schächter von großer Bedeutung ist, hat das Kammergericht gefällt. Der Schächter D. war der Uebertretung einer Polizeiverordnung angeklagt worden, wonach Wurst nicht mehr als 5 Prozent Mehlzusatz enthalten darf. D. machte dagegen geltend, daß ein Wurst in seinem Laden angelegt, daß seine Semmel-Leberwurst bis zu 15 Proz. Mehlzusatz enthalte. Das Landgericht sprach ihn in erster Instanz frei, weil die Polizeiverordnung neben dem Nahrungsmittelgesetz nicht bestanden hätte und somit unzulässig sei. Das Kammergericht hat nun jetzt die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung verworfen: Im Gegensatz zum Landgericht erkenne der Senat ausdrücklich an, daß neben dem Nahrungsmittelgesetz auch Polizeiverordnungen, die die Nahrungsmittel und ihren Verkauf betreffen, zulässig seien, und zwar auf Grund des § 8 des Polizei-Verwaltungsgesetzes. Indessen bestränkte sie § 97 des Strafgesetzbuchs, denn solche Zusätze, die da noch als Verfälschung des Nahrungsmittels angesehen werden könnten, dürfe eine Polizeiverordnung nicht gefahren. Andererseits dürften solche Polizeiverordnungen auch nicht weitergehen, als erforderlich sei, um das Publikum gegen eine Schädigung des Lebens und der Gesundheit zu schützen. Mehlzusatz zu Wurst sei nun eine Verfälschung der Wurst immer dann, wenn die Wurst zu einem bestimmten Zweck hergestellt sei und unter einem jeden Zweifel ausführenden Namen verkauft werde. Darum sei die Verordnung unzulässig, weil sie einerlei Mehlzusatz zu Unrecht gestatte und andererseits das Verbot eines Zusatzes über 5 Prozent hinaus auch auf solche Produkte erstreckte, bei denen Mehlzusatz eine Verfälschung nicht darstellen würde. — Es frage sich nun, ob nicht der Angeklagte verfälschte Nahrungsmittel feilgeboten und sich dadurch eines Vergehens gegen das Strafgesetzbuch schuldig gemacht habe. Dies sei zu verneinen. Er habe ausdrücklich auf dem Wurst gesagt, daß seine Semmel-Leberwurst bis zu 15 Proz. Mehlzusatz enthalte. Dadurch habe er fundgegeben, daß die fragliche Wurst bestimmt gewesen sei, unter der Bezeichnung Semmel-Leberwurst feilgeboten zu werden, und wer Semmel-Leberwurst kauft, der thue das in dem Bewußtsein, nicht reine Leberwurst zu erhalten. Es handle sich demnach hier um ein besonderes Fabrikat „Semmel-Leberwurst mit Mehlzusatz“, nicht aber um verfälschte Leberwurst, weshalb sich die sofortige Freisprechung rechtfertige.

## Versammlungen.

**Der Arbeitervertreter-Verein Berlin** befahte sich am Donnerstag in seiner Versammlung im Gewerkschaftshaus mit dem Jahresbericht der Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses aus dem Kreise der Versicherten der Landes-Versicherungsanstalt Berlin. Einanowski berichtete von der Thätigkeit im Vorstande der Landes-Versicherungsanstalt. Eine der ersten Arbeiten im vorigen Jahre war die Aufstellung der Liste der Arbeitgeber für den Bau der Anstalt in Belg. Hierbei konnten 27 Verufe in Betracht. 408 Arbeitgeber wurden zur Kommission herangezogen. Nicht in allen Fällen war es den Vertretern der Arbeiter möglich, ihre Wünsche durchzusetzen und die Firmen auszusuchen, die ihrer Ansicht nach nicht als empfehlenswert gelten können. Lebhaftige Debatte immerhalb des Vorstandes hat der Antrag auf Bau einer Kapelle hervorgerufen. Die 52000 M. hierfür wurden aber schließlich gegen die Stimmen der Arbeitervertreter bewilligt. Die Kontrolle der Sanatorien ist dahin abgeändert worden, daß die Besuche jetzt nicht mehr alle sechs Wochen, sondern vierteljährlich stattfinden, und zwar durch ein beamtetes Vorstandsmitglied, einen Arbeitgeber und einen Vertreter der Versicherten ausgeführt werden. Die Klagen sollen seitdem erheblich nachgelassen haben. Eine weitere Renierung besteht darin, daß die behandelnden Ärzte der Rentennachrichter als Vertrauensärzte der Landesversicherungsanstalt fungieren können. Des weiteren erwähnt der Redner die für die ärztliche Untersuchung der Rentennachrichter in der Jüdenstraße gemieteten Räume, die Errichtung des neuen kostspieligen Verwaltungsgebäudes bei der Kaiserstraße und eine Anzahl hypothekarischer Darlehen. In Belg wurden von den Arbeitervertretern die Tischarbeiten einer Firma beanstandet. Die vom beamteten

Vorstand ernannte Kommission hat jedoch alles für gut befunden. Der Einfluß der Arbeitervertreter im Vorstand wurde dadurch beschränkt, daß ein drittes beamtetes Mitglied eingeführt wurde. Der Protest hiergegen, sowie der Antrag nun auch die Vertreter der Versicherten und die der Arbeitgeber um je eine Person zu vernehmen, waren vergeblich. Der Vorschlag für das laufende Jahr beläuft sich auf 9818 149 M. Auf Gehälter für die Beamten in Berlin, Belg und Lichtenberg und die Controleure fallen 308 600 M. Für die Selbstverwaltung samt Reispesen für die Vorstandsbeamten sind nur 7500 M. veranschlagt. Die Entschädigungen für die nicht beamteten Vorstandsmitglieder sind so gering, daß eine Erhöhung beantragt werden soll. — Wolderski ergänzt den Bericht in mehreren Punkten und erwähnt besonders den Bau des Arbeitsnachweises in der Gormansstraße, sowie das Invalidenhaus in Lichtenberg, bei dem auch eine Heilstätte für Syphiliskranke errichtet wird. Redner geht ferner auf die Neu-Einrichtung der Kontrollen der Sanatorien ein und führt an, daß damit keineswegs alle Klagen verstimmt seien und er selbst eifrig bemüht sei, die Pfleger zur Aussprache zu nötigen. — Ueber die Thätigkeit im Ausschusse der Landes-Versicherungsanstalt berichtet Wurst. Der Kostenanschlag für das vorige Jahr wurde in der Höhe von 4 056 886,20 M. bewilligt. Der Redner geht in seinen Ausführungen besonders auf den Bau des Arbeitsnachweises und des weiteren auf den des neuen Verwaltungsgebäudes ein, dessen Kosten sich auf circa 3 Millionen belaufen werden. Der Ausschuss bemüht sich, die Dinge so zu ordnen, daß der Vorteil der Versicherten möglichst gewahrt wird. Bei der Vorberatung des Etats ist danach gefahret worden, die Löhne der Angestellten möglichst hoch zu setzen. Der Ausschuss ist hierbei oft über die Höhe des Vorstandes hinausgegangen. Bedenken wurden gegen die Unterbringung des Schiedsgerichts im neuen Verwaltungsgebäude erhoben, doch sind hierbei mehrere Gründe in Betracht zu ziehen. — An die Berichte schloß sich eine kurze Diskussion. Des weiteren wurde auf mehrere Spezialfälle aus dem Gebiete des Versicherungsweises eingegangen. — Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, die nächste Vereinsversammlung nicht am 6. März abzuhalten, um allen Mitgliedern den Besuch der an diesem Tage stattfindenden Vorträge über die verschiedenen Zweige des Versicherungswesens zu ermöglichen. Die Festsetzung der nächsten Versammlung wurde dem Vorstand überlassen.

**Die Kupferschmelze** hielten am Sonnabend, den 1. Februar, eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Rosenow hielt in derselben einen Vortrag über: „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursache und Bekämpfung.“ Eine Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Der Kassierer des Dispositionsfonds gab dann seinen Kassendbericht. Nach demselben betrug die Einnahme 6665,87 M., die Ausgabe 4245,82 M., bleibt ein Bestand von 2420,05 M. Ohne Hinzurechnung des vorjährigen Restbestandes betrug die Einnahme 3441,95 M., die Ausgabe 4245,82 M., mithin ist eine Mehrausgabe von 803,87 M. zu verzeichnen. Vom Vertrauensmann der öffentlichen Kommission wurde Bericht gegeben über die Thätigkeit derselben in den letzten Jahren. Im Anschluß hieran wurde verlesen, welche Gelder die Gewerkschaft in den einzelnen Jahren für Unterstützungszwecke bei Streiks und Aussperrungen zahlte. Da durch Vereinsbeiträge jedes Vereinsmitglied verpflichtet ist, dem Dispositionsfonds beizusteuern, wird der öffentliche Fonds aufgehoben und der Antrag gestellt, die noch vorhandenen Gelder mit Inventar der Kassenkasse zu überweisen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

**Der Verband der Sattler** hielt am 30. Januar eine kombinierte Versammlung ab, welche sich mit der Zentralisierung der Berliner Sattler beschäftigte. Den Bericht der Kommission gab Ahmann. Er betonte die Notwendigkeit der Reformierung, da die lose Organisation nicht im Stande ist, Gruppierendes durchzuführen und für die Dauer hoch zu halten. Das beste Beispiel geben die Verhandlungen mit den Militärstellen-Fabrikanten. Der angestellte Beamte würde genügend Arbeit finden in den Kleinarbeiten der Agitation. Der Arbeitsnachweis könnte auf die Vormittagsstunden verlegt werden; die Bibliotheken müßten ein Ganzes bilden. Für die zurückgehenden Kollegen würde ein Anhaltspunkt geschaffen. Bei Lohnfreistellungen könnte der Beamte unabhängig eingreifen. Im weiteren geht Redner auf den vorgelegten Entwurf ein, weist nach, daß dieser bei einigermaßen gutem Willen durchführbar ist, und schlägt dann die von der Kommission angelegte Resolution vor. Dieselbe lautet: Die heutige am 30. Januar tagende kombinierte Versammlung der Berliner Verwaltungsräte des Verbandes der Sattler beschließt, die zur Zeit bestehenden Verwaltungsräte sind mit dem 31. März 1902 als aufgelöst zu betrachten. Mit dem 1. April tritt für Berlin eine einheitliche Verwaltungsstelle in Kraft unter dem Namen Ortsverwaltung Berlin. Die Aufsicht resp. Verwaltung der Berliner Sattler geschieht unter vorläufiger Beibehaltung der internen Einrichtung der einzelnen Branchen als Arbeitslosen-Unterstützung, Lokalfallen usw., jedoch mit der Maßgabe, daß der neu gewählte Vorstand bis zum 1. Oktober 1902 auch diese Einrichtung für Berlin regelt. An der hierauf folgenden Diskussion, welche teilweise recht erregt war, beteiligten sich Gegner und Befürworter des Vorschlags. Die Gegner waren der Meinung, daß die Zeit für eine solche Organisation noch verfrüht sei und für dieselbe nicht genügend Mitglieder vorhanden seien. Auch gegen die sofortige Abstimmung erhoben sich Bedenken. Schließlich wurde aber die von der Kommission vorgelegene Resolution angenommen. Bei der Erziehung zum Ausschuss wurde Putenichon gewählt. Zum Schluß wurde die Kommission noch beauftragt, die weiteren Vorarbeiten zu erledigen. In der nächsten Versammlung findet die Beamtenwahl statt.

**Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verlehrs-Arbeiter** hielt am Dienstag, den 4. Februar, in den „Arminshallen“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken der verstorbenen Kollegen Fr. Dugelt, O. Schulz, A. Trantmann, E. Korn und J. Bartkowiak durch Erheben von den Plätzen. Aus dem Jahresbericht, welcher die dem Mitglieder gedrukt vorlag, ist zu entnehmen, daß zur Erledigung der Verbandsgeschäfte 43 Vorstandssitzungen, 6 kombinierte Sitzungen mit den Vertrauensleuten und Bezirksführern, sowie 4 ordentliche und 2 außerordentliche Generalversammlungen stattfanden. Im übrigen wurde im Laufe des Jahres eine rege Agitation entfaltet; fast täglich wurden Versammlungen, Sitzungen und Betriebsbesprechungen für die verschiedenen Branchen abgehalten. Für die Straßenbahner allein fanden 119 kleinere und größere Versammlungen statt. Trotzdem ist die Mitgliederzahl von 8610 am 31. Dezember 1900 auf 6001 am Schlusse des Jahres 1901 gesunken. Neu aufgenommen wurden 2487 Mitglieder, unter den Ausgeschiedenen wurden die meisten, nämlich 5074 wegen nichtständiger Beiträge, gestrichen. Auf die verschiedenen Branchen verteilten sich die Mitglieder wie folgt: Hausdiener und Bader, Jahrsbuchführer und Ackerarbeiter 1846, Holzfäller, Kohlen-, Speditionen- und Spreitarbeiter 1980, Straßenbahner, Droßkutschler etc. 2154, ohne nähere Angabe des Berufs 18, weibliche Mitglieder 3. Lohnbewegungen sind nur in einzelnen Betrieben vorgekommen und sind diese auch mit Erfolg durchgeföhrt worden.

Der Kassenbericht vom 4. Quartal ergibt inklusive des Bestandes von 6706,77 am Ende des 3. Quartals ein Einnahmen 23 963,43 M., an Ausgaben 17 395,76 M., bleibt mithin ein Bestand von 6627,67 M. Die Jahreseinnahme beträgt 78 004,10 M., die Ausgabe dagegen 71 876,49 M., davon wurden an die Hauptkasse 33 327,47 M. abgeliefert. Dieser Bericht giebt Veranlassung zu einer regen Diskussion, in welcher darauf hingewiesen wurde, daß im Geschäftsjahre allein für Unterstützungszwecke 7103,75 M. mehr verausgabt worden sind als im Vorjahre.

An Unterstützungen wurden gegen das Jahr 1900 bezogen: für Rechtschutz 1208,04 (1593,80), Arbeitslosen-Unterstützungen 3941,45 (1455,30), Extra-Unterstützungen 989,60 (786,50), Aranken-Unterstützung 6654,45 (2838,90), Sterbegeld 1949 (381,50), zusammen 14 740,54 (7638,70). Laut Bericht des Arbeitsvermittlers wurden im 4. Quartal im ganzen 450 Stellen

gemeldet, davon direkt durch Arbeitgeber 377 und durch Kollegen 78. Besetzt wurden 312 Stellen, davon zur Nachhilfe 224. Bei den besetzten Stellen betrug der höchste Lohn 26 M., der niedrigste 15 M., der durchschnittliche 20,35 Mark pro Woche. Die längste Arbeitszeit betrug 14 Stunden, die niedrigste 8 Stunden, die durchschnittliche 10 3/4 Stunden täglich. Sonntagsarbeit wurde in 16 Fällen von 2-5 Stunden verlangt. Arbeitslos meldeten sich im Laufe des Quartals 422 Kollegen. Im Laufe des Jahres 1901 haben sich 1009 Kollegen arbeitslos gemeldet. Stellen wurden gemeldet 1632, davon wurden 969 besetzt, unbesetzt blieben 663 Stellen, weil passende Kräfte nicht vorhanden resp. der Lohn ein zu niedriger war. Die Neuwahl der Ortsverwaltung wurde bis auf weiteres zurückgestellt.

**Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen** hielt am 31. v. M. seine gut besuchte Generalversammlung im Lokal von Franke ab. Dem Geschäfts- und Arbeitsnachweisbericht gab der Vorsitzende Bernagel. Demnach haben im IV. Quartal stattgefunden 13 Vorstandssitzungen, 2 kombinierte Sitzungen mit der Hausverwaltung, 1 außerordentliche Sitzung, 3 Mitgliederversammlungen und zwei Generalversammlungen. Au Arbeit wurde vermittelt im IV. Quartal: feste Stellen 30, Anstellstellen 2247. Nach den niedrigsten Gehältern berechnet wurde dem Kommissionär die Summe von 1002,75 M. entzogen. Nach dem Kassendbericht, den Zeisel giebt, betragen die Einnahmen 3513 M., die Ausgaben 2613,35 M., so daß ein Bestand von 899,65 M. verbleibt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Quartals 926. Nach Erledigung der Neuwahlen zum Gesamtvorstand beriet die Versammlung noch über die zum Verbandstag vorliegenden Anträge.

**Der Interessenverein der Rifenmacher** hielt am 8. d. Mts. eine Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht, welchen Juckel gab, wurden 6 Mitglieder, 4 General- und 2 außerordentliche Generalversammlungen sowie 8 Versammlungen mit Frauen abgehalten. Ferner haben 12 Vorstande, 17 kombinierte und zwei außerordentliche Sitzungen stattgefunden. Streiks haben 2 stattgefunden und zwar Abwechsell. Während der eine zu Gunsten der Arbeiter ansah, bleibt bei dem andren die Sperre über die in Frage kommende Fabrik noch fortbestehen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 250. — Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 796,80 M. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 827,08 M. Der Generalbestand beträgt 1685,95 M. In die Lohnkommission wurden folgende Kollegen gewählt: Splinter, Wittmann, Schwanzberg, Dentler, Steinbüchel und Sprung. — Ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung wurde nach langer Debatte dem Vorstand zur weiteren Beratung überwiesen.

**Freie Vereinigung der Civil-Berufsmänner Berlin und Umgebung.** In drei kurz aufeinander folgenden Versammlungen wurde die Auflösung der Freien Vereinigung der Civil-Berufsmänner Berlin und Umgebung zwecks Anschluß an den Centralverband der Civilmänner Deutschlands (Sitz in Hamburg) einstimmig beschlossen. Dem Vorstand wurde für seine Thätigkeit eine Remuneration von 60 M. zuerkannt. Das gesamte Vermögen in bar, Kassenständen, Schulden, sowie Inventar usw. wurde der hiesigen Ortsverwaltung überwiesen. Der neue Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: Rud. Tieg, 1. Vorsitzender, Max Jusko, 2. Vorsitzender, Herm. N. H. 1. Schriftführer, Eugen Fische, 2. Schriftführer, Gustav Garmann, Kassierer, Herm. Lopye, Beisitzer. Zu Revisoren wurden die Kollegen Kinne, Vogel und Beyel ernannt. Die Bibliothek verwaltest Böhmer. Als Arbeitsvermittler fungiert Pacholl. — Die ehemalige Freie Vereinigung der Civilberufsmänner führt nun den Titel: Centralverband der Civilmänner Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.

**Steglich.** Eine staatsgefährliche Versammlung, deren tragischer Ausgang an die Zeiten des seligen Sozialistengesetzes erinnert, tagte am Mittwochabend im Saale von Schellhase. Das Gewerkschaftskartell hatte eine Versammlung einberufen mit der Tagesordnung „Gewerbeverträge“. Die Versammlung war zahlreich besetzt und hörte in aller Ruhe dem Referenten Meins zu, welcher in anschaulicher Weise das Wesen und den Wert der Gewerbeverträge erläuterte. Vor Eintritt in die Diskussion gab der Vorsitzende Böhring bekannt, daß sein Besuch um Verlängerung der Polizeistunde für diese Versammlung vom Amtsvorsteher U. H. o. abgelehnt sei und hat die Diskussionsredner, sich kurz zu fassen. Leimbach verurteilte das mindestens vorläufige Gesetz und war der Ansicht, daß die Polizeistunde mit der Versammlung nichts zu thun habe; im übrigen möge man sich nicht daran lehnen und es den überwachenden Behörden überlassen, ihrer Jurisdiction gemäß zu handeln. Redner kritisiert das Verhalten der Gemeindevorstellung in Bezug auf das Gewerbeverträge und erwähnt den eigenmächtigen „Zusatz“, daß nach Abschließung des bereits ausgearbeiteten Statuts zu Ende des vorigen Jahres die Vangewerksinnung schleunigst „erwoog“, ob es sich nicht empfehle, ein „Zunungs“-Schiedsgericht ins Leben zu rufen. — Ein Vertreter der Gärtner brachte die Klagen seiner Kollegen vor, welche im allgemeinen als landwirtschaftliche Arbeiter behandelt würden und deshalb auch von den Gewerbeverträgen ausgeschlossen würden. Des weiteren sprach sich der Redner für das Proportionalwahlrecht aus. Aus der Versammlung wurde erwidert, daß nach dem Ausdruck des Gemeindevorstehers Duhrow in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung, „daß die Beschäftigung mit Pflanzen die Frömmigkeit fördern und nur ein religiöser Mensch Freude an der Natur habe“, die Gärtner bestimmt auf Erhöhung rechnen könnten. Nachdem noch einige Redner kurz gesprochen und zu reger Agitation aufgefordert hatten, erhielt der Referent das Schlußwort. Die Uhr zeigte wenige Minuten vor zehn, und nun erschien ein Gendarm wieder, der sich vorher entfernt hatte, um vielleicht nähere Instruktionen und gleichzeitig Verstärkung zu holen, um der drohenden Revolution wirksam entgegenzutreten zu können. Einige Minuten nach zehn Uhr fragte der eine Gefeswächter den Referenten, ob er nun aufhören wolle; derselbe war jedoch mit seinem Schlußwort noch nicht zu Ende, und so vollbrachte der Gendarm die rettende That und — löste die Versammlung auf. — Possentlich unternimmt der Einberufer der Versammlung weitere Schritte.

**Stralau.** Der hiesige Wahlverein hielt am Sonntag, den 19. Januar, seine dritte Generalversammlung ab. Zunächst gab der Kassierer den Kassendbericht. Die Einnahme betrug im letzten Quartal 74,40 M., ihr hand eine Ausgabe von 76,78 M. gegenüber. Die Gesamteinnahme seit der Gründung des Wahlvereins vom 1. März 1901 bis 31. Dezember betrug 460,45 M., die Ausgabe während des gleichen Zeitraums 362,85 M. Davon wurden für Agitation auf den Ortskassen 186 M. aufgewendet. Der Kassendbestand betrug am Jahreschlusse 97,62 M., die Zahl der Mitglieder 128. Nachdem die Gemeindevorsteher D. u. d. M. über verschiedene örtliche Angelegenheiten berichtet, wurde von mehreren Anwesenden die Unsanftigkeit des Markgrafendamms einer Kritik unterzogen. Genosse Häbeler-Hergelbe schilderte die dortige Situation und ersuchte um thätigste Unterstützung bei der Agitation in den Ortskassen.

**Spandau.** Der Vorstandbericht des sozialdemokratischen Arbeitervereins in Spandau weist für das verfloßene Quartal inkl. des alten Bestandes eine Einnahme von 493,79 M. und eine Ausgabe von 522,60 M. auf; es verbleibt ein Bestand von 171,13 M. Die Zahl der Mitglieder ist um ein geringes gestiegen und beträgt 155. Der „Vorwärts“ hat 240, die „Brandenburger Zeitung“ 66 und die „Poterne“ 907 Abonnenten. An Stelle des nach Berlin verzogenen Genossen Soywod wurde von der Generalversammlung der Parteigenosse Otto Grieben zum ersten Vorsitzenden, Scholz und Lemme zu Revisoren der örtlichen Parteibuchhandlung gewählt. Hierauf hielt Genosse Kiege einen kurzen einleitenden Vortrag über das Thema: „Wie gestalten wir in Zukunft unsere Agitation?“ in welchem er die hauptsächlichsten Gesichtspunkte für unsere agitatorische Thätigkeit bis zur nächsten Reichstagswahl im Wahlkreise Potsdam-Oranienburg hervorhob. In der weiteren Diskussion beteiligten sich die Genossen Pieper, Schorick, Dornig, Schneider und Aunel.

# Graumann's Festsäle (früher Renz)

Naunyn-Strasse 27. 31908\*

Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. — Sonnabende und Sonntage im April und Mai noch frei und an Vereine zu vergeben. Gustav Graumann.

Sonnabend, der 22. März, frei geworden!



**Chronisch Kranke,**  
besonders Haut-, Harn-, Nieren-, Geschlechts-, Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Blut-, Nerven- u. Frauenleiden, Blutharnt, Bleichsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit gutem Erfolge behandelt in  
**Remede Naturheilstalt „Urachenkopf“ Eberswalde b. Berlin.**

Telephon-Anschluss Eberswalde No. 143.

Während der Wintermonate **sehr billige Preise.** Centralheizung. Aerztl. Leitung. Prospekt u. Heilberichte gratis durch die Direktion.

## Arkonabad Lohtannin-Bäder.

34, Anflamerstr. 34 (Schrägüber der Zionskirchstraße)  
Wannen- u. medizinische Bäder sowie russisch-römische u. vorzügliche Aufschwamm-Bäder (Rohlenbäder) mit Einpackung, Massage u. Annahme ärztlicher Verordnungen für Bäder der Orts-, Junger-, Fodris- und freien Hilfs-Krankenkassen Berlin und Umgegend. 132012\*

## Gesundheit ist Reichtum! Dampf- und Heissluft-Bäder

wirkungsvolles, erfolgreiches und billiges Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankenkassen. 3192L\*

**Bad Frankfurt** | **Ritter-Bad**  
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

Specialität:  
Russ. bezw. Dampfbaden-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder  
täglich für Damen und Herren.

## Ausstellung für Spiritus-Industrie und technische Verwendung des Spiritus

Berlin N., See-Strasse  
Institut für Gärungsgewerbe  
vom 8. bis 16. Februar 1902.  
Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 4 1/2 Uhr nachmittags.

**Die Hausfrau findet** Spiritus-Lampen, Spiritus-Kocher, Spiritus-Kochherde, Spiritus-Bratöfen, Spiritus-Bügeleisen etc.  
**Der Landwirt findet** Spiritus-Locomobilen, Maischapparate, Destillierapparate etc.  
**Jedermann findet** Spiritus-Heizöfen, Spiritus-Motore, Spiritus-Automobile, Spiritus-Beleuchtungs-Anlagen etc.

Alle Apparate, vom grössten bis zum kleinsten, werden im Betrieb vorgeführt.  
Eintrettspreis:  
Für Dauerkarten . . . . . 2 M.  
Für Tageskarten . . . . . 1 M.  
Für Sonntagskarten . . . . . 50 Pf.  
Im Vorverkauf:  
Tageskarten . . . . . 75 Pf.  
Sonntagskarten . . . . . 40 Pf.  
erhältlich im ständigen Ausstellungs- und Verkaufslokal der Centrale für Spiritus-Verwertung, Friedrichstr. 96 (gegenüber dem Central-Hotel) und in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.  
In der Ausstellung abgestempelte Billets werden bei Einkäufen in dem ständigen Verkaufslokal der Centrale für Spiritus-Verwertung in Berlin, Friedrichstr. 96 (gegenüber dem Central-Hotel), sowie während der Ausstellung in Ausstellungs-Gebäude selbst zum Preise von 1,50 M. bei Dauerkarten, 0,70 M. bei Tageskarten, 0,40 M. bei Sonntagskarten in Zahlung genommen.

## Metzners Korbwaren - Fabrik.

Berlin, Andreadstr. 23.  
II. Geschäft: Brunnenstr. 95  
III. Geschäft: Dammstr. 67.  
IV. Geschäft: Leipzigerstr. 51/55  
V. Geschäft: Stralauerstr. 19  
Pappwagen, Leiterwagen, Sportwagen, Kinderstühle.  
Grösstes Lager Kinderwagen, Kinderbettstellen. Berlins.  
1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein authentisches Specialgeschäft in der Branche als das meinige nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren aus und ist meine Konkurrenz garantiert in der Lage, diese 1000 M. zu verdienen.

## Für Berlin und Vororte. Eine laufende Rente

schert sich, wer für eine alle, bestrenommierte Versicherungs-Gesellschaft Feuer-, Einbruchdiebstahl- und Glas-Versicherungen vermittelt, oder die Adressen nachweist. 100/10\*  
Tüchtige Verkaufs-Agenten werden mit Fixum u. hoher Provision angeheilt. Offerten unter B. W. 74 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8

## Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,  
empfehle Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 31912\*  
Knerfont gebiegene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen.

## Das beliebteste aller Hustenmittel

Verantwortlicher Redacteur: Carl Feld in Berlin. Für den Anserenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

## Grösstes Vergnügungs-Etablissement Berlins und Umgegend!

Hasenheide **Neue Welt** Hasenheide  
Nr. 108-114. Nr. 108-114.

Garten für 15 000 Sitzplätze. Gedeckte Räume für 8000 Personen.  
Hierdurch gestatte mir die vorläufige Anzeige, daß ich am 1. März d. J. auch noch die Dekonomie des obengenannten Etablissements auf längere Zeitdauer übernehme und nach gänzlicher der Neuzeit entsprechender Renovierung und den Neubauten, die definitive Eröffnung sowie das ausführliche Programm desselben durch separate Annoncen und Säulenanschlätze bekannt geben werde. 33882\*

Indem ich versichere, daß es mein eifrigstes Bestreben sein wird, durch Verabreichung tadelloser Speisen und Getränke die Zufriedenheit des geehrten Publikums zu erringen, wie ich dies bisher in den von mir geführten „Germania-Prachtsälen“ zu erreichen das Glück hatte, bemerke noch ausdrücklich, daß ich schon von heute ab gern bereit bin, Bestellungen behufs Abhaltung von Sommerfesten u. in meinem Comptoir Chausseestraße Nr. 103 (Berlin) entgegenzunehmen und erlaube ich die verehrten Vereinsvorstände, schon jetzt die dafür bestimmten Tage zu belegen, damit ich event. Wünschen genügen kann. Hochachtungsvoll

**Arnold Scholz, Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 103.**

## Victoria-Brauerei Aktien-Gesellschaft

Berlin und Stralau  
empfehle ihre aus bestem Malz und Hopfen eingebrauten Biere:

## Bock-Bier

Victoria-Lagerbier (halb hell) | Victoria-Tafelbier (ganz hell)  
Victoria-Saazer-Bräu | Victoria-Exportbier  
ganz leicht nach Pilsener Art, sehr aromatisch schmeckend. dunkles Getränk nach Münchener Art, besonders malzreich.

## Trinken Sie gern

einen hochfeinen Cognac, Rum, Punsch oder Liqueur etc., so bereiten Sie sich Ihre Getränke selbst mittels der echten, unerreichten, einzig dastehenden Noa's Original-Extrakte (gesetzl. geschützt), mehrfach prämiert mit goldenen und silbernen Medaillen. Preis p. Fl. Extrakt, reichend bis zu 2 1/2 Liter u. mehr, 25, 35, 40, 50, 60, 75 Pf. etc. Vorrätig über 200 Sorten. Jeder verlangt gegen Einsendung von nur 30 Pf. in Marken 80seitiges illustriertes wertvolles Rezeptbuch: Die Destillation und Brauerei im Haushalte (8. Auflage) vom alleinigen Erfinder und Fabrikanten Max Ed. Noa, Berlin N., Reinickendorferstr. 48.

Detailverkauf auch in den durch meine Plakate erkenntlichen bekannten Niederlagen. Hüten Sie sich vor künstlich verschärften, gesundheitsschädlichen Essenzen unter ähnlicher Bezeichnung.

**„Phänomen“**  
Cigaretten sind anerkannt die Besten. 3360L\*  
Verkaufspreis:  
2, 3, 4, 5, 6, 8 u. 10 Pf. pr. Stück  
Phänomen-Cigaretten sind ges. gesch. u. haben i. d. Cigarregesch. (Vor Nachahmung wird gewarnt.)

## Schlafmöbel-Bazar „Baby“

Jahreszahl 169  
Helle-Altenstr. 107  
Reinickendorferstr. 20  
Frankfurterstr. 115  
Teufelsstr. 18  
Tanzengstr. 7a  
Oranienstr. 31  
Brunnenstr. 92  
fertige Betten und Metallbettstellen für Kinder und Erwachsene.  
Teilhzahlung  
gestaltet. Bei größeren Käufen Cashapresse. Lieferung des Post- und Vorhubs. Vereins.

## Steppdecken

kaufte man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik  
R. Strohmandel, Berlin S. 72, Wallstr. 72, Rosstrasse, wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 33783\*

## Musik

31262\*  
J. Kurzberg, Landbergerstr. 13, part.  
„Alban“ verleiht der Stimme einen prachtvoll schimmernden Klang. Verleiht die Anwendung und Schonung der Stimme. Durch Öffentl. Vorzüge allgemein bekannt. Überall zu haben, wo Plakate ersichtlich. — Bis Ende d. März, täglich von 3-4 nachmittags werden gratis Proben vorgelesen. Kaufpreis: 24, I. Wiener Hofstr. 3920

## Spitzwegerichst-Bonbons.

Rur allein der durchaus äusseren Wirkung weisse echten bei Gustav Behm, Berlin O., Frankfurter Allee 120. G. H. Brenzel, Prinz-Jägerstr. 47 u. Hermannstr. 227. Carl Gierd, Wiesenstr. 32, und Otto Schulz, Chausseestraße 84, vis-a-vis der Steinkirche.

## Leydeckers Festsäle

Sophien-Strasse 34  
empfehlen sich zu Bällen und größeren Vereinstreffen. Jeden Sonntag: Großer Ball, jeden Dienstag: Wirtinnen-Ball und jeden Donnerstag: Damen-Kränzchen, wozu ergebenst eingeladen wird. 936  
**Johannisthal. Raus Park-Restaurant.**  
Jeden Sonntag: Großer Ball, Kaffeebüchse, Kegelbahn, Ausspannung, Saal für Vereine u. Versammlungen.

Freunden eines wirklich guten und sehr wohl bekömmlichen Traubenweins empfehle garantiert **unverfälschten 1899er Rotwein.**  
Derselbe kostet in Fässern v. 302 an 58 Pf. per Eiter  
u. in Flaschen von 12 Fl. an 60 Pf. pr. Fl. von ca. 1/2 Liter, einzeln 60 Pf. 2 Flasch. u. Preis! per Eiter pr. Post. Bestreibe Knerfontenungen. 100/10\*  
Carl Th. Oehmsen, Coblenz a. Rh. 311  
Weinbergbesitzer u. Weinhdla.

## Rum

sehr kräftig und von feinstem Aroma, per 1/2 Liter-Fl. 1,00 bis 1,50.  
**Punsch und Glühwein,** Fl. 75 Pf. bis 1,00.  
**F. Willumeit,**  
Alexanderstr. 62. 13290\*  
Potsdamerstr. 48 (Wing. Kurfürstentor)  
Skalitzerstr. 135. — Reichenbergerstrasse 87 u. Löwestr. 12.

## Rohtabak.

Grösste Auswahl. — Billigste Preise. Güter Brand! Vorzügliche Qualität. Sämtliche 131952\*  
Fabrikations-Unterflächen. Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Preisen.  
**Heinrich Franck,**  
185 Brunnenstr. 185.

## Roh-Tabak, Cigarren-Fabrikation

offertiert in der grössten Auswahl zu den billigsten Preisen  
**W. Hermann Müller,**  
22 Alexanderstr. 22.  
**Roh-Tabak**  
31980\* Max Jacoby, Steglitzerstr. 52

## Roh-Tabak.

Grösste Auswahl. — Billigste Preise. Güter Brand! Vorzügliche Qualität. Sämtliche 131952\*  
**W. Hermann Müller,**  
22 Alexanderstr. 22.

## Rohtabak

Gute Qualitäten. Belcher Brand. Grösste Auswahl. Billige Preise.  
**181 Sebastian Gröbel 181**  
Brunnenstraße

## Roh-Tabak.

Die Besten der Qualität sollen einzeln billig verkauft werden.  
**Lindenslädt, Kaiserliche 39/40.**

## Dr. Schönemann,

Specialist für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
Sprechstunden: 1/2 12-1/2, 1/2 6-1/2 8.  
**Preis:**  
beliebige Teilzahlung.  
Invaliden-Strasse 145

## Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie.  
Teilzahlung Woche 1 Marc.  
**Bruno Steffens, Neanderstr. 21**

## Masken-Garderobe

von **Carl Ernst,**  
Königsplatz 126, 1 Et.  
Grösste Auswahl! Billigste Preise! Vorzüge dieser Annonce erb. 10% Preisermäßigung

## Ball- und Cottillon-Artikel.

Sämtlicher Festlichkeitsbedarf für Vereine, Masken, Dekorations-, Scherz-, Jauch-, Cottillon-Artikel in großer Auswahl. Billige Preise.  
**Paul Schmilck, Berlin, Friedrichstr. 235.**  
Tel. Via Nr. 11873. 133479\*

## Badeneinrichtungen,

gebrauchte, u. neue für jedes Geschäft passend, billig, ev. Teilzahlung. Gebrauchte Einrichtungen nehme in Zahlung. **R. Obst, Tüchlermeister, Reinickendorferstr. 65.**

**Aus Industrie und Handel.**

**Syndikatskämpfe.** Der Kleineisenzeug-Verein hat laut „Verl. Stg.“ einen Rechtsstreit gegen die konsolidierte Nebenhitte angestrengt. Diese hatte ihren Austritt aus dem Verbands angezeigt, als sie von einer Unterbietung durch ein maßgebendes Werk Kunde erhielt. Der Verband aber beantragte, daß es der Nebenhitte bei Vermeidung einer Geldstrafe unterliegt sei, Verkäufe unter den vom Verbands festgesetzten Mindestpreisen zu machen. Gegen eine dahingehende einstweilige Verfügung des Landgerichts erhob die Nebenhitte Widerspruch. Am 11. ds. wird über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung der einstweiligen Verfügung verhandelt werden. Von anderer Seite wird berichtet, daß die konsolidierte Nebenhitte in einer Gegenlage 100 000 M. Erfolgsansprüche geltend macht, weil die Vereinigung sie bei den Lieferaufträgen benachteiligt hat.

**Aufträge der Eisenbahnverwaltung.** In nächster Zeit sollen von der preussischen Eisenbahnverwaltung 5000 Güterwagen, lieferbar bis Ende Oktober, vergeben werden.

**Die Preussische Pfandbriefbank** schließt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1901 mit einem Reingewinn von 1 861 945 M. gegen 1 826 068 M. im Vorjahre. Von dieser Summe sollen 255 877 M. den Reserven zuzählen, 145 917 M. als Laiteme Verwendung finden und 7 Proz. Dividende verteilt werden. Bei einem an-

geliehenen Kapital von 180 Millionen bestand ein Zinsenlohn von 7 700 000 M., von dem ein Mißstand von 4715 M. verblieb. Die Bank war bei 54 Zwangsversteigerungen und 83 Zwangsverwaltungen beteiligt. Aus den Zwangsversteigerungen ist der Bank kein Schaden erwachsen. Im Hypothekengeschäft wurden 7 945 000 M. neue Beleihungen abgeschlossen.

**Dresdener Handelsredactoren.** Besamlich hat die Dresdener Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Verfolgung der von der Dresdener Kreditanstalt befohlenen Journalisten abgelehnt. Die Einwendungen gegen die Begründung der Staatsanwaltschaft scheinen nicht ohne Einfluß geblieben zu sein. Dem früheren Antragsteller ist jetzt folgender Bescheid zugegangen:

Hierdurch wird Ihnen bekannt gegeben, daß das königliche Justizministerium den staatsanwaltschaftlichen Einstellungsbeschluss vom 22. Oktober 1901 aufgehoben und die Fortsetzung des Strafverfahrens gegen die Redactoren angeordnet hat.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht. (gez.) Dr. Bähr.

**Westfälisches Coalsyndikat.** Der Versand von Coals ist im Januar 1902 mit 478 000 Tonnen, gegen den Dezember 1901 um 72 000 Tonnen, gegen den Januar 1901 um 185 000 Tonnen zurückgeblieben.

**Ein niederländischer Petroleumtrust.** Die holländische Blätter mitteilen, ist bereits vor einigen Tagen ein Uebereinkommen

zwischen den drei maßgebendsten Petroleumgesellschaften zwecks Gründung eines niederländischen Petroleumtrusts unterzeichnet worden. Der Trust strebt danach, alle Petroleumunternehmungen in Niederländisch-Indien zu umfassen. Er soll sein Abgabebiet auf den Osten beschränken und also der Standard Oil Co., die ausschließlich Europa und Amerika versorgt, keine Konkurrenz machen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

**N. R.** Wir wissen nichts Nachteiliges über das Institut. Vielleicht giebt Ihnen der Deutsche Dienerbund, Wilhelmstraße 141, genauere Auskunft.

**G. A.** Das Haus hat öffentliche Versammlungsjale, steht jedoch der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung.

**Hohrlad.** Scheint uns veraltet.

**P. S. 19.** Unterhaltungen für junge Handwerker, welche sich ausbilden wollen, geschieht: 1. das Friedrichs-Gewerbestipendium (150-300 Mark), Verwaltung durch ein Kuratorium, an dessen Spitze der Oberbürgermeister steht; 2. der Gewerkschafts-Stipendiums von 1840 (60 Mark, Vorsitzender Stadtrat Böhner im Rathaus); 3. die Justizrat Heidenfeld-Stiftung für Arbeiter, Verwaltung städtische Stipendienabteilung; 4. die Heise-Stiftung (Stipendium, städtische Gewerbeabteilung, Rathaus); 5. die Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1879 (Stipendium unbefristet 300 Mark, Verwaltung durch ein Kuratorium unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters).

**Waarenhaus Hermann Tietz**



**W**ir bringen in dieser **W**oche **W**eisse **W**aaren aller Art, welche eigens für diesen Zweck aufgestapelt,

**W**EISSE!  
**W**OCHE!

zu fabelhaft billigen Preisen. Soweit der Vorrath reicht! Nicht an Wiederverkäufer!

**Baumwollwaaren** einige Beispiele:

**Hausmarke**  
Piqué barchend, Renforcé, Hemdentuch, Louisianauch usw.  
Compen 5 mtr. **1,45**

**Tischwäsche** einige Beispiele:

**Servietten, gesäumt**  
Halbleinen Drell. Halbleinen Jacquard. Reinleinen Jacquard.  
100 p. Dtz. **2.80.** 100 p. Dtz. **3.90.** p. Dtz. **4.25.**

Die weisse Woche bietet grosse Posten guter Waaren zu fabelhaft billigen Preisen.

**Vier aussergewöhnl. Posten Handtücher.**

50 cm breit, Halbleinen Drell, weiss und grau . . . . . mtr. **24 S**  
Halbleinen Jacquard, Drell, Gerstenkorn 62/113 cm . . . Dtz. **3.60**  
Halbleinen Jacquard, gesäumt, 62/113 cm . . . . . Dtz. **4.80**  
Reinleinen und Halbleinen Jacquard bis 50 cm breit mtr. **27 u. 32 S**

**Reinleinen gesäumte Taschentücher**

mit kleinen Webefeldern, 45, 48, 50, 54 cm gross  
per Dtz. **1.50 1.90 2.50**  
Werth bis 2.75 bis 4.00 bis 5.50  
Ein Posten reinleinen Tücher, feine Qualität, 2.90 Werth 4.00  
tadellos per Dutzend  
Ein Posten 16er Extra prima Linontücher, gesäumt, Dtz. **1.80** Werth **2.25**

Die weisse Woche bietet grosse Posten guter Waaren zu fabelhaft billigen Preisen.

**Wäsche für Damen, Herren und Kinder,** einige Beispiele:

**Damen-Hemden** aus gutem Hemdentuch mit Spitze, volle Weite und Länge **95 S**  
**Damen-Hemden** mit Herzpasse und Achselschluss **1.25, 1.45**  
**Damen-Nachthemden** aus Renforcé mit Schleifenlangsette **3.00** u. Stickerei verziert **3.25**  
**Herren-Hemden** aus Hemdentuch 90 cm lang **1.15**  
**Herren-Hemden** aus Prima Renforcé 100 cm lang mit kleinen Falten **1.75**

**Beinkleider** aus gutem Hemdentuch mit Stickerei-Volants **1.00, 1.35**  
**Beinkleider** aus Renforcé mit breite Stickerei-Volants, Knieform **1.35, 1.65, 2.00**  
**Nachtjacken** aus Piqué mit Spitze **1.00**  
**Nachtjacken** aus feinem Damast und Croisé, hübsch garniert. **1.60, 2.00**  
**Piqué-Röcke** mit Languette **1.75**

**Peek & Cloppenburg,** Gertraudten-Strasse 26-27, Ecke Ross-Strasse, Eingang nur Gertraudten-Strasse 26.

Neues grösstes Special-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion. **Vorkauf nur gegen Baar zu streng festen Preisen.**

**Zur Konfirmation**

**Anzüge für Konfirmanden** schwarz und blau 1 und 2 reihig

Oberweite 76-80 cm					Oberweite 82-86 cm						
9.50	11.50	13.50	15.50	18.50	10.50	12.50	14.50	16.50	19.50		
21.-	23.50	25.-	28.-	30.-	33.50	22.-	25.-	26.50	30.-	32.-	35.50

**Anzüge zur Prüfung** farbig und blau 1 und 2 reihig.

Oberweite 76-80 cm					Oberweite 82-86 cm						
8.50	9.50	11.50	13.50	15.50	18.50	9.50	12.50	14.50	16.50	19.50	
21.-	22.-	23.50	25.50	28.-	30.-	22.-	25.-	26.50	30.-	32.-	35.50

Princip des Hauses: Gediogene Stoffe • Dauerhafte Arbeit • Guter Sitz. — Special-Räume für Knaben- und Jünglings-Garderobe im 1. Stock.

Zweiggeschäfte in Amsterdam — Rotterdam — Haag — Utrecht — Düsseldorf — Groningen — Haarlem — Arnheim — Nymwegen — Leuwarden — Leiden — Breda.

# A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17.  
Ecke Leipzigerstraße.

Belle-Alliancestr. 1-2.  
Am Bücherplatz.

Gr. Frankfurter Str. 113.  
Ecke Andreasstraße.

## Glas

Wasserbecher gepresst . . . . .	3 Stück	10 Pf.
Dessertteller, gepresst . . . . .	3 Stück	10 Pf.
Citronenbohrer, gepresst . . . . .	Stück	8 Pf.
Butterdosen, gepresst . . . . .	Stück	16 Pf.
Käseglocken mit Schlift . . . . .	Stück	55 Pf.
Compotschalen mit Schlift	ca. 13 cm	25 Pf.
	ca. 16 cm	35 Pf.
	ca. 18 cm	48 Pf.
	ca. 21 cm	65 Pf.
	ca. 23 cm	80 Pf.

## Steingut

Speiseteller mit farbigem Rand . . . . .	Stück	5 Pf.
Vorratsstollen mit Streublumen . . . . .	Stück	25 Pf.
Terrinen, blau Zwiebelmuster . . . . .	Stück	75 Pf.
Milchtöpfe, blau Zwiebelmuster ca. 1 1/2 Liter	ca. 1 1/2 Liter	42 Pf.
	ca. 2 Liter	52 Pf.
Waschgarnituren, kleine Form	1,10 M.	grosse Form 1,90 M.
Tafelservice 23 Theile für 6 Personen . . . . .		4,90 M.

3 Waggons

## email. u. verz. Geschirre

aussergewöhnlich billig.

Eimer, ca. 28 cm, Stück	66 Pf.	decoriert, mit Deckel	1,75 M.
Wannen	42, 65, 85, 1,10 M.		
Schüsseln, rund	Stück	25, 30 Pf.	
Waschgarnituren, 3teilig, decoriert	Stück	1,75 M.	
Consol mit Maass	Stück	38 Pf.	
Kochgeschirre, emailliert oder verzinkt	Stück	18, 25, 33, 45, 60 Pf.	
Schaumlöffel, Schöpf löffel, am. od. verzinkt	St.	6, 8, 10 Pf.	
Wasserkessel	Stück	45, 60, 80, 95 Pf.	
Kinderbecher, decoriert	Stück	19 Pf.	verzinkt . . . . . 5 Pf.
Kehrschaufeln	Stück	35 Pf.	Tassensiebe 12 Pf.

## Porzellan

Speiseteller (Rococco), flach	Stück	18 Pf.	tief . . . . . Stück 20 Pf.
Compotschalen, rund	Stück	6, 18, 25 Pf.	
Gemüseschüsseln, flach oder tief	Stück	48 Pf.	
Saucières	Stück	48 Pf.	
Milchkrüge, gross	Stück	48 Pf.	
Terrinen für 6 Personen	Stück	1,45 M.	
Bratenschüssel, oval	Stück	35, 48, 70 Pf.	1,10 M.
Milchtöpfe decoriert	Stück	8, 14 Pf.	
Kaffeetassen decoriert	Stück	15 Pf.	
Kuchenkörbe, durchbrochen decoriert	Stück	18, 28 Pf.	
Dessertteller decoriert	Stück	6, 13, 15, 18 Pf.	
Dessertteller, durchbrochen decoriert	Stück	10, 15 Pf.	
Kuchenteller decoriert	Stück	20, 25 Pf.	
Salatschalen decoriert	Stück	20, 25, 43 Pf.	
Eisschalen decoriert	Stück	7, 12 Pf.	
Kaffeesevice	8 Theile	1,60 M.	9 Theile 1,95 M.

## Wirtschafts-Artikel

Kaffeebretter mit Einlage	Stück	48, 55, 75, 95 Pf.
Stuhlsitze viereckig	Stück	18 Pf.
Klammern	Schock	12 Pf.
Strassenbesen	Stück	45, 95 Pf.
Rosshaarbesen	Stück	95 Pf.
Rosshaarhandfeger	Stück	48 Pf.
Esslöffel	Stück	10 Pf.
Theelöffel	Stück	5 Pf.
Küchenmesser	Stück	9 Pf.
Büchsenöffner	Stück	9 Pf.
Gewürztonnen	Stück	4 Pf.
Leuchter	Stück	10 Pf.

	1/4 Dose	1/2 Dose
Stangen-Spargel	1,10 M.	60 Pf.
Stangen-Spargel III	1,25 M.	70 Pf.
Stangen-Spargel II	1,50 M.	80 Pf.
Abschnittspargel	65 Pf.	38 Pf.
Bruchspargel mit Köpfen	1,00 M.	55 Pf.
Bruchspargel Prima	1,25 M.	65 Pf.
Schoten	32 Pf.	
Schoten junge	55 Pf.	33 Pf.
Schoten junge, fein	70 Pf.	40 Pf.
Kaiserschoten	1,30 M.	70 Pf.

## Conserven

Stachel-Beeren, Johannis-Beeren  
Pflaumen ohne Steine, Birnen  
in Gläsern ohne Zucker Glas 55 Pf.

### Gebrannter Kaffee

Brutto 1/2 Pfund . . . 40, 50, 60, 70, 80 Pf.

	1/4 Dose	1/2 Dose
Erdbeeren	1,25 M.	
Dicke Bohnen Ia	70 Pf.	40 Pf.
Gemischtes Gemüse	68 Pf.	38 Pf.
Kohlrabi in Scheiben m. Grün	30 Pf.	
Pfefferlinge	70 Pf.	40 Pf.
<b>Früchte in Dosen</b>		
Mirabellen	65 Pf.	
Frucht-Melange Ia	1,20 M.	65 Pf.
Preisselbeeren	70 Pf.	
Stachelbeeren ohne Zucker	55 Pf.	33 Pf.

**Schnitt- u. Brechbohnen** (Nur so lange der Vorrat reicht) . . . . . 1/4 Dose 22 Pf.